

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 11. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 3 M. für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erfolgt täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (Steilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Quittung.

Im Monat August gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Malen, 13. württemb. Wahlkr., Beitrag f. 1. Halbjahr 1907 37,60. Groß-Berlin à Konto seiner 8 Wahlkreise 10 000,— (darunter 9. 1,20, Schulfabrik von Schüler 1,10, H. G. 8,70, Tau 0,50, Do. 0,60, F. J. 2,—, A. B. 0,90, St. 0,90, Schulz 0,90, J. 0,80, M. Sch. 1,50, Tischlerei Wachsmeider u. Löwenthal 80,—, St.-Ds. 1,70, Möbelfabrik Wittmer, Cadinetstr. 21 3,90, Pa. 0,90, Möbelfabrik Friedrich 10,—, Arbeiter der Firma Sobotta 4,80, Alt 10,—, Abteilung 87 1,30, Bezirk 88 10,70, 3. Pfingstfeiertag „Süden“ 4,80, Statthalter Lindenwirt, Meyerstr. 2 2,50, A. B. Witter 1,—, Monatsbeitrag D. Rofschle 10,—, Bierprocente der Kollegen der Firma Argus 29,—, für das Auer-Denkmal von den Kollegen in der Argus-Motorenfabrik 15,60, J. Schröder, G. Kühner, Bayer 3,50, nicht angenommenes Geburtstagsfest 0,50, B. G. E. 14 8,—, Bierprocente der Tischlerei Heinemann, Postmannstraße 8,—, Honorar von der „Deutschen Tageszeitung“ für einen Artikel aus dem „Vorwärts“ abgedruckt 13,00, Ritzl. der H. D. 7,—, Bierprocente von den Arbeitern der Fa. Kraus, Wehrentstraße, Nationalbank 6,—, Klempner der Firma Eister, Filiale Krausstr. 52 5,—, Mabitpuyser, Bau Kolon, Pariser Platz, durch Reumann 5,25, Bierprocente von Joseph Kemmer 6,—, Berlin, diverse Beiträge: 2 L., Eisenbahner 3,10, Bierprocente der Einkaufeure von Gerschel, Bau Fürstenthor 22,50, Ueberb. d. Kranzsp. d. Koll. Mühlbrodt d. A. E.-G. (Stangerei) durch Jiegner 7,—, Personal der Buchdruckerei „Vorwärts“, Abt. Buchbinderei 20,50, Aus der Bierkasse der Kunstschmiedewerkstatt F. P. Krüger, Poststr. 59 40,—, Madetes 5,—, Dr. L. A. 100,—, Die Kontobuchhalter vom Wedding 5,—, Guttenberg 38,10, Julie H. Ritterstraße 11,00, Die Arbeiter d. Möbelfabr. v. Köhler u. Schmidt, Kopernikusstr. 85 60,—, P. S. 50,—, A. B. 50,—, „Vombe“ 0,50, Baden-Baden, Wahlkreisbeitrag 30,90, Bonn-Reinbach, Wahlkreisbeitrag für das 2. Quartal 1907 20,—, Bern 50,—, Vuchbach i. G., Alexander 0,50, Durlach, 9. badischer Wahlkreis, 2. Quartal 1907 290,40, Driefen, Jahresbeitrag d. Wahlkr. Arnswalde-Friedberg 87,—, Dresden-Band, 6. sächs. Wahlkreis 2000,—, Dresden, aus Unverständnis und Boshheit 1,—, Falkenberg (Ober-Sachsen) 10,—, Friedenau, E. A. 5,—, Finkenwalde, Zentralverein Kalan-Ludau 52,50, Göttinger Agitationsbezirk 200,— (darunter vom Sozialdemokr. Verein Götting, Rest vom 4. Quartal 128,44), Goldbeck i. Allm., stiller Parteigenosse 10,—, Hamburg, in der Expedition des „Hamburger Echo“ eingegangen (zwei Hefen) 308,15, Hildesheim, Kreisverein des 10. hannoverschen Wahlkreises 805,46, Halberstadt-Diedersehen-Bernigerode, Beitrag vom 1. Juli 08 bis 1. Juli 07 98,80, Heidelberg-Eberbach-Rosbach, 12. badischer Wahlkreis, 2. Quart. 07 77,50, Hufnagel-Lönders 59,34, Hamburg, 3. Wahlkreis 10 000,—, Hannover, Kreisverein f. d. 8. hannoverschen Wahlkr. a. Konto der Monate Juli-August 1000,—, Köln a. Rh., Reg. B. 20,—, Königsberg i. Pr., sozialdemokratischer Verein 1. u. 2. Quart. 07 614,14, Ludenwalde, Beitrag des Wahlkr. für das 1. u. 2. Quart. 07 419,50, Ludwigshafen a. Rh., Müdzahl des Gauess Pfalz auf Landtagswahl-Darlehen, 1. Rate 2500,—, Lübeck, sozialdemokr. Verein, 2. Quart. 1907 450,—, Ludenwalde, Rufus 5,—, München, Gau Südbayern 181,41, M.-Gladbach, Beitrag des Wahlkr. für 4. Quartal 1906/07 82,92, Magdeburg, sozialdemokratischer Verein, 3. Quart. 800,—, Neuwied, Kreisorganisation 7,28, Nürnberg, Müdzahlung des Gauess Nordbayern auf Landtagswahl-Darlehen, 1. Rate, 2000,—, Olvenstedt, Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben, 2. Quartal 07 105,—, Reutlingen-Lüdingen, 6. württemb. Wahlkreis 85,20, Stahfurt, Wahlkr. Luedlinburg-Wischerleben-Cölbe, 2. Quartal 07 121,40, Schneidberg b. Berlin, —, 1. Quart. 1907 5,—, Sangerhausen-Edartsberge, Wahlkreisbeitrag 20,—, Schweiningen, 9. württemb. Wahlkr., 2. Quart. 07 117,24, Stuttgart, G. H. 10,—, Teiberg, Kreisver. des 2. badischen Wahlkreises 50,—, Tilsit-Niederung, soziald. Verein, 4. Quart. 1906/07 86,—, Zinsen aus dem Margismus 4174,28.

Berlin, den 9. September 1907.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Achtuhr-Ladenchluss.

Die Notwendigkeit und den Nutzen einer jeden Verkürzung der Arbeitszeit braucht man vor den Lesern einer sozialdemokratischen Zeitung nicht mehr zu beweisen. Jeder Arbeiter, wer er auch sei, kann auf keine andere Weise kulturreich gehoben werden, als durch Verkürzung seiner Arbeitszeit. Sie erst gibt ihm die Möglichkeit, Geist und Körper zu erfrischen, an den höheren Gütern der Kultur, wie allgemeine Bildung, edles Vergnügen teilzunehmen, mit einem Wort: nicht bloß Arbeitstier, sondern auch Mensch zu sein.

Das gilt für alle Arbeiter ohne Ausnahme. Während aber bei den Fabrikarbeitern, den Vergararbeitern, den Bergleuten usw. jede Stunde Arbeitszeitverkürzung gegen das Interesse der Unternehmer verstößt und deren Vorteil verliert — wenigstens so lange bis das Kapital Mittel und Wege findet, durch erhöhte Intensität der Arbeit den Ausfall zu ersetzen oder gar noch zu übertreffen — liegen für die Handlungsgesellschaften die Verhältnisse nicht ganz genau ebenso. Die Vertreter kleinerer Geschäfte, die selbst Tag ein Tag aus in ihrem Laden anwesend sein müssen, haben ganz dasselbe Interesse wie ihre Angestellten an einer Verkürzung der Ladenzeit. Sie sind sich dessen freilich nicht immer bewußt. Die Kellner unter den Handelsangestellten erinnern sich wohl noch mit Schauern der Zeit, als es auch noch keine geregelte Sonntagsruhe im Handel gab. Damals wußten die meisten Inhaber kleinerer Geschäfte kaum, wie es in den nächsten Straßen aussieht, geschweige denn vor den Toren der Stadt, im feuchten grünen Walde. Dort hin kamen sie ja niemals! Wie mit eiserner Kette waren sie an ihren Ladentisch geschmiedet, von morgens 6 bis nachts 11 Uhr,

wochentags wie Sonntags. Und trotzdem widersehten sie sich dem Gesetz, das sie befreien sollte! Trotzdem stimmten sie den „staatsberhaltenden“ Phrasen zu, die sich besonders in der liberalen Presse damals breit machten und den Ruin des Handels prophezeiten. Als aber trotz ihres Widerstandes das Gesetz doch zur Durchführung kam, da merkten sie erst, welche große Wohltat man ihnen erwiesen hatte. Wie von einem schweren Joche erlöst atmeten sie auf und wir glauben nicht, daß auch nur einer unter ihnen ist, der sich wieder nach den Zuständen zurücksehnt, die ihn zwangen, auch den ganzen Sonntag hinter dem Ladentisch zu verbringen.

Und genau so liegt die Sache heute. In Berlin und seinen Vororten herrscht in den Ladengeschäften noch die Arbeitszeit bis 9 Uhr abends. Das Gesetz erlaubt, sie auf 8 Uhr abends herabzusetzen, wenn mindestens zwei Drittel der Geschäftsinhaber das wollen. Als aber vor einigen Jahren eine Abstimmung vorgenommen wurde, da kamen die zwei Drittel nicht zustande. Wie war das möglich? Ganz einfach: die kleinen und kleinsten Ladenbesitzer haben auch jetzt noch eine so übermäßig lange Arbeitszeit, daß sie immer noch nicht in der Lage sind, das, was außerhalb des Geschäfts vorgeht, zu überblicken. Und deshalb wissen sie immer noch nicht, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit in ihrem eigenen Interesse liegt. Deshalb glauben sie auch heute noch dem Geschwätz jener, die ihnen erzählen, daß sie untergehen müssen, wenn sie den Umsatz der letzten Abendstunde verlieren.

Darunter leiden nun aber die Handlungsgesellschaften mit. Wie die Gesetzgebung einmal liegt, hängt die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses von der Abstimmung der Prinzipale ab. In vielen Städten des Reiches ist dieser Fortschritt bereits errungen, in der Hauptstadt Berlin noch nicht! Da ist nun weiter nichts zu machen, als die Prinzipale, besonders die Inhaber der kleinen und kleinsten Geschäfte, über die wahre Sachlage aufzuklären. Und das ist eine Gelegenheit für die gesamte Arbeiterschaft, ihre Solidarität zu beweisen.

Ein beliebter Vorwand der Gegner ist: man könne die Läden, besonders in den Außenbezirken und Vorstädten, deshalb nicht um 8 Uhr schließen, weil die Masse der Arbeiter erst nach 8 Uhr abends ihre Einkäufe besorgen. Es gilt, das Gegenteil zu beweisen, und deshalb muß es sich jeder Arbeiter zum unbedenklichen Grundgesetz machen, niemals nach 8 Uhr abends einen Laden zu betreten! Man kann mit leichter Mühe seine Zeit so einteilen, daß alle Einkäufe vor 8 Uhr besorgt sind. Denken wir an unsere Arbeitsbrüder und -Schwestern hinter dem Ladentisch, denen wir durch Nachlässigkeit in solchen Dingen die Aussicht auf ein bißchen mehr freie Zeit verkümmern!

Doch das ist noch nicht genug. Es muß auch wieder einmal tatkräftig der Versuch gemacht werden, durch eine neue Abstimmung die erforderliche Stimmenzahl zum Achtuhr-Ladenschluss zusammenzubringen! Die beteiligten Gewerkschaften, nämlich der Zentralverband der Handlungsgesellschaften und der Deutsche Transportarbeiterverband haben deshalb beschlossen, am kommenden Sonntag, den 15. September, eine umfassende Unterschriftensammlung zu diesem Zweck im Landespolizeibezirk Berlin, d. h. in den Städten Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf zu veranstalten. Dazu ist die Hilfe aller organisierten Parteigenossen erforderlich. Die Berliner Gewerkschaftskommission und die Wahlvereine von Groß-Berlin haben ihre Zustimmung gegeben, und wir richten nunmehr den Appell an die Parteigenossen der genannten Städte, sich an diesem Werk der Solidarität vollständig zu beteiligen!

Im heutigen Jahlabend wird das Material ausgegeben werden. In jedem Laden oder Keller, in dem Ware verkauft wird, ganz gleich welcher Art, ist ein Flugblatt und eine Karte abzugeben. Selbstverständlich kommen — nach Lage der Gesetzgebung — solche Läden, wo keine Ware verkauft wird, nicht in Betracht. Also z. B. fallen weg: die Restaurateure, Barbiers, Friseur, Wasch- und Blättanstalten, Konditoreien, Besohlanstalten und Schuhmacher, die nur Reparaturen vornehmen, Schlosser usw., also alle Handwerker, die nur Ware herstellen, dieselbe aber nicht verkaufen. — In allen übrigen Läden muß, wie gesagt, sowohl ein Flugblatt wie eine Karte abgegeben werden. Der Inhaber oder die Inhaberin ist zu ersuchen, die Karte genau auszufüllen. Es ist besonders darauf zu achten, daß die Vor- und Zunamen recht deutlich geschrieben werden (keine Abkürzung). Am besten nimmt man die ausgefüllte Karte gleich wieder mit. Sollte jedoch der Inhaber bei Abgabe des Flugblattes und der Karte nicht anwesend sein, so muß die Karte ein oder zwei Tage später abgeholt werden. Alle ausgefüllten Karten müssen dem Bezirksführer spätestens am Mittwoch, den 18. September 1907, zurückgegeben werden.

Wenn Inhaber von Geschäften sich weigern, ihre Unterschrift zu geben, so ist möglichst der Name und die Adresse genau zu notieren und dem Bezirksführer zu übergeben, damit später noch der Versuch gemacht werden kann, ihn davon zu überzeugen, daß er nur in seinem eigenen Interesse handelt, wenn er für den Achtuhr-Ladenschluss stimmt.

Parteigenossen, auf Werk! Die Berliner Sozialdemokratie muß zeigen, daß sie auf dem Posten ist, wo es eine Pflicht der Solidarität zu erfüllen gilt!

Papierener oder wirklicher Protest?

Die „Volks-Zeitung“ veröffentlicht zwei Zuschriften aus freisinnigen Wählerkreisen, die gegen den schmachtvollen Blockhacker der — von wegen „Bildung (?) und Besitz“ führenden — Freisinnleitung entrüsteten Protest erheben. Und bezeichnenderweise stammen die Zuschriften nicht nur aus Arbeiter-, sondern auch aus Handwerkerkreisen! Ein Berliner Handwerksmeister schreibt der „Volks-Zeitung“:

„Es erfüllt mich mit großer Freude, daß die „Volks-Zeitung“, wie stets, so auch jetzt wieder, im Kampfe um die Wahlrechtsreform mit größter Entschiedenheit sich der Interessen der erwerbstätigen Bevölkerungskreise annimmt, und daß sie den Herrschaften gründlich den Standpunkt klar macht, die ihre Hand zu einer bloßen Scheinreform des „Lebendigen aller Wahlsysteme“ bieten wollen. Von dieser Scheinreform würde niemand mehr benachteiligt werden, als die Handwerker. Es ist bekannt geworden, daß nach dem Muster der sächsischen Wahlreformvorlage die preussischen Herren Junker und ihr Blockgeselle bereit sein sollen, ein sogenanntes Pluralwahlsystem zu bewilligen. Damit hoffen sie wohl dem Volke den Mund stopfen zu können. Damit denken sie dem Aulse nach einer wirklichen Reform des preussischen Dreiklassenwahlsystems ein Ende bereiten zu können! Daraus folgt, daß diese Elemente uns Handwerker für unerlaubt dumm halten müssen, wenn sie annehmen, uns damit Sand in die Augen streuen zu können!

In dem Pluralsystem, wie es in Sachsen vorgeschlagen wird, soll derjenige von vornherein eine Stimme mehr haben, der es in der Schule bis zum Einjährigengzeugnis gebracht hat. Nun kenne ich Tausende von tüchtigen Handwerksmeistern, die dieses Zeugnis nicht erworben haben, die aber trotzdem sehr tüchtige und intelligente Staatsbürger sind und die vom politischen, wirtschaftlichen und praktischen Leben mehr verstehen als mancher andere, der sich mit Ach und Krach bis zum Einjährigengzeugnis in der Schule durchgedrückt hat.

Auch die Geldfrage soll wiederum, wenn es zum Pluralwahlsystem kommt, eine Rolle spielen. Ich weiß noch nicht, wie die Abstufung des Wahlrechts nach dem Jahresverdienst in Preußen erfolgen wird. Jedenfalls kann mancher tüchtige Handwerker es trotz allen Fleißes und aller Arbeit nicht weiter bringen, als daß er eine sehr bescheidene Lebenshaltung innehalten muß. Soll er nun deshalb durch ein minderwertiges Wahlrecht gestraft werden, weil er vielleicht den Satz für die Verdoppelung des Stimmrechts nicht erreicht? ...

Wenn die Kleinhandwerker nicht wirklich so „unerlaubt dumm“ sind, wie sie die freisinnigen Führer nach diesem Zeugnis eines freisinnigen Handwerkers einschätzen, werden sie den freisinnigen „Führern“ ebenso nachdrücklich „den Standpunkt klarmachen“. Die nächste und beste Gelegenheit dazu bietet ja die am nächsten Sonntag stattfindende freisinnige Monsterversammlung im Zirkus Busch! Worte nützen ja nichts, die „Führer“ wollen Taten sehen, um nicht auf die in Rorderney gestellten Leimrutten des „agrarischen Reichskanzlers“ zu kriechen!

Ein Arbeiter schreibt dann weiter dem wild-freisinnigen Blatte:

„Ich bin Mitglied eines Gewerksvereins (S. D.). Nach unserem Statut ist unsere Organisation politisch neutral. Ich persönlich aber bin demokratischer Gesinnung wie wohl die erdrückende Mehrzahl aller mehr als 100 000 Arbeitskollegen, die hierherdum organisiert sind. Und so möchte ich mir als Arbeiter das Recht nicht nehmen lassen, meine Meinung über die gegenwärtige Wahlrechtsfrage auszubringen. Wir Arbeiter, die wir nicht zur Fahne Weibels schwören mögen, wissen dieses Eintreten für eine alte demokratische Forderung doppelt zu schätzen, wo leider der größte Teil der freisinnigen Presse in dieser Beziehung vollständig versagt. Sie glauben gar nicht, wie uns das Auftreten einiger freisinnigsten Größen berührt, die als Kaufmannsmänner zur Wahlrechtsfrage stehen und die freisinnigen Wähler davon abreden wollen, die allgemeine direkte geheime und gleiche Wahl für Preußen zu verlangen. Es scheint so, als wollten diese Herren die Arbeiter, die noch nicht sozialdemokratisch sind, mit Gewalt vor den Kopf stoßen und sie von ihren Hochschiffen abschütteln. Diese Reumalklugen mögen sich darüber nicht täuschen: Wenn die freisinnige Volkspartei auch in dieser Frage nicht dicht hält, dann wird ihr kein Arbeiter mehr über den Weg trauen.

In unserer Fachpresse wird diese Frage leider nicht eingehend genug behandelt. Vielleicht, weil man denkt, man will dem Statut treu bleiben und nicht in Politik machen. Das ist aber eine falsche Auslegung des Statuts. Denn wir können und sozial nicht verbessern und alle unsere sozialen Bestrebungen schweben gleichsam in der Luft, wenn wir gar keinen Einfluß auf das Parlament und auf die Abgeordneten ausüben wollen. Wir als Arbeiter müssen das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhaus haben. Das gibt uns erst die Möglichkeit, unsere sozialen Gewerksvereinsbestrebungen vermöge der Gesetzgebung so zu fördern, wie wir es gern möchten.

Den Herren von der freisinnigen Fraktion, zu der ja auch unser Verbandsvorsitzender gehört, möchte ich im Sinne von Zehntausenden von Arbeitern zurufen: Spielt nicht mit unseren berechtigten Forderungen, als ob wir nichts bedürten! Es könnte dem Freisinn einen argen Stoß versetzen, wie er ihn noch nie erlebt hat, wenn ihr jetzt nicht, wo zu euch außer der „Volks-Zeitung“ auch der alte Kämpfer der Fortschrittspartei, der Justizrat Albert Traeger, ermahnt hat, den Arbeitern zeigt, daß euch das Programm ernst ist!

Auch hier können wir nur wiederholen: mit der platonischen Entrüstung, mit dem Protest in der

Presse ist es nicht getan. Wenn die Tausende Hirsch-Dunkerfcher Arbeiter wirklich auf dem Standpunkte des Briefschreibers stehen, so haben sie bereits am nächsten Sonntag Gelegenheit, ihren Protest nachdrücklichsten, weitestgehenden Ausdruck zu geben. Oder wollen sie sich ohne den geringsten Versuch des Widerstandes von den Freisinnwählern aus Berlin W. majorisieren lassen?!

Der 15. September wird für die demokratischen Elemente des Freisinn die Generalprobe sein!

Witwen- und Waisenversicherung.

Als im Jahre 1903 der Kampf um den neuen Polltarif tobte, stellte das Zentrum, um die über die Verteuerung ihres Lebensunterhalts durch den neuen Tarif beorgte katholische Industriearbeiterschaft zu beschwichtigen und sich als ihren Wohltäter aufzuspielen, im Reichstage den Antrag, daß ein bestimmter Teil der neuen Pollerträge zur Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung verwendet werde, und tatsächlich gelang es denn auch der Zentrumsfraktion, in das Polltarifgesetz einen Paragraphen (§ 15) hineinzubringen, der bestimmte, daß der Teil der aus der Verzollung von Roggen, Weizen, Rindvieh, Schafe, Schweine, Fleisch, Speck und Mehl gewonnenen Zolleinnahmen, der den im Durchschnitt der Jahre 1898 bis 1903 auf den Kopf der deutschen Bevölkerung entfallenden Nettogolltertrag dieser Waren übersteigen werde, zur Durchführung der Witwen- und Waisenversorgung benutzt werden solle. Komme bis zum Jahre 1910 kein Gesetz über die Witwen- und Waisenversicherung zustande, so sollten von da ab die Zinsen der angesammelten Mehrerträge sowie die eingehenden Mehrerträge selbst den einzelnen Invalidenversicherungsanstalten „nach Maßgabe der von ihnen im vorhergehenden Jahre aufgebrachtten Versicherungsbeiträge“ zum Zwecke der Witwen- und Waisenversorgung der bei ihnen Versicherten überwiesen werden.

Durch diesen Paragraphen sollte nach der Versicherung der Zentrumspresse die Einführung der Witwen- und Waisenversorgung in Deutschland garantiert sein. Mit den üblichen Tamtamklängen wurde die unermüdlige Arbeiterfürsorge des Zentrums angepriesen und den Arbeitern verheißt, daß, wenn auch vielleicht die Preise einiger Lebensmittel infolge der Erhöhung der Pollsätze etwas steigen sollten, dafür die Arbeiter künftig den Vorteil haben würden, bei ihrer Abberzung durch den Tod ihre Witwen und Kinder vor Elend und Not geschützt zu wissen, denn der Lebensschutz der Pollerträge würde sich voraussichtlich auf 70—80 Millionen Mark — teilweise wurden noch höhere Summen genannt — jährlich stellen; bis zum Jahre 1910 würde also der Versicherungsfonds mehrere Hundert Millionen Mark betragen, und damit ließe sich schon manches machen.

Wie so viele andere Verheißungen des Zentrums erweist sich jedoch auch diese als ein Phantom. Schon bei den Pollverhandlungen im Reichstage wurde darauf hingewiesen, daß der Ertrag aus solchen Pollüberschüssen sehr unsicher und schwankend und deshalb zur Finanzierung der Witwen- und Waisenversicherung wenig geeignet sei. Und wie damals befürchtet wurde, ist es gekommen, bisher haben die Pollerträge noch keinen Pfennig zum Witwen- und Waisensfonds geliefert.

Das Polltarifgesetz ist am 1. März 1906 in Kraft getreten. Schon in dem einen noch in das Rechnungsjahr 1905 fallenden ersten Monat der Geltung des Polltarifgesetzes stellte sich heraus, daß der Fonds eine Dotation nicht erhalten werde; und auch im Staatsjahre 1906 (also vom 1. Mai 1906 bis Ende April 1907) ist für ihn nicht der geringste Betrag abgefallen, so daß noch immer der Fonds nur in der Phantastie existiert. Das wird wahrscheinlich in schlechten Erntejahren, wenn Deutschland größere Mengen Korn aus dem Auslande hinkaufeu muß, anders werden. Aber Voraussicht nach wird schon im laufenden Jahre sich ein Ueberschuß ergeben. Ob er aber auch nur die Hälfte der früher bezugschlagenen Summe von 80 Millionen Mark erbringen wird, ist höchst zweifelhaft. Jedenfalls aber ist diese Einnahmequelle des Hinterbliebenenversicherungsfonds eine so unsichere und schwankende, daß auf dieser Basis die Witwen- und Waisenversorgung nicht begründet werden kann. Das geben auch die „Berl. Pol. Anze.“ in einer offiziellen Notiz zu. Sie schreiben:

„Wie dem aber auch sein wird, gleich die erste Zeit der Existenz des Hinterbliebenenversicherungsfonds gibt die Lehre, daß es sich hier um eine recht schwankende Einnahme und demgemäß auch um eine recht schwankende finanzielle Unterlage für die Witwen- und Waisenversorgung handelt. Nach dem Polltarifgesetz würden die aus den landwirtschaftlichen Böden zu erwartenden Mehrerträge, sobald die Witwen- und Waisenversorgung durch Gesetz eingeführt wäre, jährlich für diese Versorgung zu verwenden sein. Wenn aber, was später doch auch möglich, in einem Jahre jeglicher Mehrertrag wegsallen würde, dann würde überhaupt nichts zur Verwendung für diesen Zweck aus laufenden Reichseinnahmen vorhanden sein. Man wird also gut tun, bei der Ausarbeitung des Witwen- und Waisenversorgungsgesetzes hierauf Rücksicht zu nehmen und den infolge dieser Ertragschwankungen möglichen Mifständen vorzubeugen.“

Das ist richtig. Die Vorteile, die das Zentrum der Arbeiterschaft aus dem § 15 des Polltarifgesetzes versprochen hat, erweisen sich als recht zweifelhaft. Dagegen ist die Verteuerung seines Lebensunterhalts durch den neuen Polltarif eine Tatsache, die der Arbeiter täglich am eigenen Leibe verspürt.

Die Finanzen der Partei.

Die soeben erschienene Broschüre, die als Vorlage für die Delegierten zum Essener Parteitag die Berichte des Parteivorstandes, der Vertrauensperson der Genossinnen und der Reichstagsfraktion vereinigt, gibt eine in dem in der Presse erschienenen Vorstandsbericht nicht enthaltene, übersichtliche und sehr interessante Zusammenstellung der Parteibeiträge, die der Zentralkasse zufließen, nach den Landesstellen geordnet.

Die Tabelle A verzeichnet die Beiträge der Organisationen, nach der amtlichen Reihenfolge der Reichstagswahlkreise geordnet. Danach sind eingegangen aus

Sachsen	616,80 M.
Westpreußen	862,24
Brandenburg	153 274,18
(darunter Groß-Berlin)	150 000,—
(so daß Brandenburg ohne Groß-Berlin gezahlt hat	3 274,18)
Hannover	1 778,80
Posen	84,70
Schlesien	7 568,96
Sachsen (Provinz)	19 546,88
Schleswig-Holstein	20 613,76
Hannover	18 522,63
Westfalen	8 380,17
Hessen-Rhaffan	6 396,14
Rheinprovinz	15 518,93
Preußen insgesamt	246 599,09

Bayern	11 719,58 M.
Sachsen (Königreich)	64 956,89
Württemberg	4 151,97
Baden	5 579,23
Hessen	4 562,25
Mecklenburg-Schwerin	400,—
Sachsen-Weimar	1 490,60
Oldenburg	2 757,02
Braunschweig	2 257,61
Sachsen-Meiningen	496,92
Altenburg	1 952,74
Ruburg-Gotha	977,93
Muhlart	504,54
Schwarzburg-Sonderhausen	53,46
Schwarzburg-Rudolstadt	274,40
Waldeck	10,20
Neuh. Alt. L.	594,—
Neuh. jüng. L.	1 702,—
Limpe	186,24
Lübeck	1 250,—
Bremen	7 600,64
Hamburg	101 525,07
Elb-Vertr. d. Ostpreußen	592,48

Die Tabelle B führt die sonstigen Beiträge, nach den Orten alphabetisch geordnet, auf: Berlin ist mit 55 608 M. angeführt, doch sind das nur die aus der Stadt Berlin gezahlten Beiträge, die der anderen Orte im Bezirk Groß-Berlin sind gesondert aufgeführt. Und zwar sind verzeichnet:

Adlershof 15,—	Alt-Blonitz 40,—	Vorhagen 1,45	Buch 10,—	Charlottenburg 63,50
Friedenau 35,—	Friedrichshagen 95,90	Lichtenberg 1,55	Mariendorf 11,50	Mariensfelde 15,—
Neue Mühle 4,—	Neuenhagen 20,—	Nieder-Schöneeweide 36,50	Ober-Schöneeweide 57,50	Oranienburg 15,—
Pankow 12,—	Rigsdorf 114,90	Rummelsburg 25,—	Schöneberg 25,—	Steglich 17,—
Stralau 150,—	Tempelhof 46,75	Waidmannslust 20,—	Weißensee 44,20	
insgesamt 876,75 Mark.				

In sonstigen Beiträgen sind also aus Berlin-Stadt 55 608 M., aus anderen Orten Groß-Berlins 876,75 M., insgesamt aus Groß-Berlin an sonstigen Beiträgen 56 484,75 M. eingegangen.

Es sind also der Parteikasse aus Groß-Berlin zugeflossen an Beiträgen der Organisationen 150 000 M., an sonstigen Beiträgen 56 484,75 M., insgesamt also 206 484,75 M.

Außerdem ist Groß-Berlin der größte Teil des 170 682,90 M. betragenden Ueberschusses des „Vorwärts“ zuzurechnen.

Marokko.

Die französische Regierung ist mit der Antwort Deutschlands auf ihre Mitteilung, daß sie französische Polizeitruppen in die Häfen legen werde, zufrieden, wie Clemenceau erklärt hat. Sie kann das auch sein, da die Antwort der deutschen Regierung bedeutet, daß sie zwar nicht sehr erbaud von dem französischen Vorschlag ist und von ihm Gefahren für die Europäer in Marokko befürchtet, daß sie ihm aber nichts in den Weg legen will und die Hände in Unschuld wäscht. Die „Vossische Zeitung“ liest sogar aus der Antwort heraus: „Wenn wir diese deutsche Erklärung recht verstehen (und wir sehen nicht ein, wie sie anders aufgefaßt werden soll), so bedeutet sie nicht nur einen Freibrief, sondern geradezu eine Aufforderung an Frankreich und das mit Frankreich operierende Spanien, alle in der Agadirafakte genannten marokkanischen Häfen mit möglichst viel Truppen zu besetzen. Frankreich hat daher allen Grund, mit dieser deutschen Antwort durchaus zufrieden zu sein.“

Das freisinnige Blatt will auch wissen, die im „Temps“ geäußerte französische Ansicht, Deutschland werde die Entschädigungsforderungen für Casablanca bei Marokko, dem die „Vossische Zeitung“ verurteilt, geltend machen, werde hier nicht geteilt. „Nach genauerer Prüfung der Erklärungen werden diese dem Staate übermittelt werden, der für den Schaden unmittelbar verantwortlich gemacht werden muß. Allem Anschein nach wird also Frankreich zahlen müssen. Es wird dann seine Sache sein, wie es sich mit Marokko darüber auseinandersetzt.“

Das französische Ministerium hat nun tags vorher beschlossen, daß Frankreich nicht verantwortlich für die Schäden sei und die Schadenersatzansprüche bei Marokko anzubringen seien.

Vom Waffenstillstand wird nichts weiter berichtet, offenbar sind die Unterhändler nicht erschienen.

Die Meldungen des Tages lauten: Paris, 10. September. Die „Aurore“ findet, der gestrige Ministerat habe in der Schadenersatzangelegenheit, um derentwillen die deutsche Presse so großen Lärm schlug, den besten Ausweg gefunden. Der Schaden werde nach Feststellung durch eine internationale Kommission auf Kosten Marokkos ersetzt werden.

London, 10. September. Die Fremden in Tanger mißbilligen nach einer Meldung der „Morn. Post“ die Absicht Frankreichs, die Hafenspitze militärisch zu besetzen, da sie eine Wiederholung der Vorhänge von Casablanca befürchten; die an Ort und Stelle getroffenen Maßregeln in Tanger, Mogador und Rabat seien zur Sicherheit der Europäer unzureichend.

London, 10. September. Nach einer Tangerer Meldung der „Times“ verlinket Mulay Hafid in einem an die Bevollmächtigten in Tanger gerichteten Schreiben, daß er mit den europäischen Mächten in Frieden leben, alle von früheren Sultanen mit Europa abgeschlossenen Verträge gewissenhaft halten und alle schwebenden Fragen und Forderungen erledigen wolle. Zum Zeichen der Aufrichtigkeit dieser Bestimmung hat Mulay Hafid dem Brief das große Staatsiegel aufgedrückt. „Daily Mail“ meldet aus Tanger, daß die Beziehungen zwischen Spanien und Frankreich gespannte seien, weil Spanien eine größere Truppenmacht, als sie Frankreich anbietet, unter einem General nach Marokko abzuschicken beabsichtigt, wogegen Frankreich Einspruch erhebt.

Paris, 10. September. Die Zeitungen melden aus Casablanca, daß französische Truppen, dreitausend Mann stark, bereit waren, am Sonntagmorgen nach Taddert zu marschieren, als die Kerze dem General Drude absolute Ruhe auferlegten. Da dieser es nicht für notwendig hielt, die Ereignisse zu überflügeln, verschob er den Marsch, den er selbst kommandieren wollte, auf den folgenden Tag. Er hofft, seinen Anfall von gastrischem Fieber heute so weit überwunden zu haben, daß er das Kommando wieder übernehmen kann. — Admiral Philibert erhielt nach hier eingegangenen Drahtungen die Meldung, daß die Abreise des Sultans von Fez nach Rabat gestern erfolgen sollte. Gleichzeitig erhielt er die Nachricht, daß Sendlinge des Staates Kassa aus Rabat nach Casablanca unterwegs seien, um zu unterhandeln.

Gibraltar, 9. September. (Meldung des Renterischen Bureau.) In Agadir ist der Befehl eingetroffen, daß eine Brigade in Stärke von 7000 Mann unter General Cano am Mittwoch zur Einschiffung nach Tanger bereit sein soll.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. September 1907.

Jungliberale Flottenbegeisterung.

Auf seiner Vertreterversammlung, die der Reichsverband der nationalliberalen Jugend dieser Tage in Kaiserlautern abhielt, beschäftigte er sich selbstverständlich auch mit der deutschen Welt- und Flottenpolitik; und ebenso selbstverständlich ist, daß sämtliche als Vertreter amwesenden großen Kinder mit und ohne Vollbürgerschaft darüber einig waren, daß die deutsche Flotte völlig ungenügend sei und also schnellstens ausgebaut werden müsse. Als Referent fungierte ein Herr Hellbeck aus Eberfeld, der lang und breit über deutsche Zukunftsprognosen, Offenhaltung des Weltmarkts, Aufbau eines deutschen Kolonialreiches, tatkräftige koloniale Erschließungsarbeiten, deutsche Volkskraft usw. redete und schließlich eine lange Resolution zur Annahme empfahl.

In ihrem ersten Teil begrüßt diese Resolution „die Bestrebungen zur Anbahnung eines friedlichen Einvernehmens der großen Kulturvölker der Erde“ — dann aber heißt es weiter:

In der deutschen Wehrkraft erblickt die nationalliberale Jugend nicht lediglich „ein notwendiges Uebel“, sie schätzt die deutsche Wehrkraft als ein großes nationales Gut: Die Pflichten echten Mannesmut und eiserner Disziplin. Die nationalliberale Jugend erwartet aber auch, daß dem Volke die Freude an Heer und Flotte nicht getrübt wird durch einen engen militärischen Kastengeist und durch unwürdige Behandlung der Rekruten.

Der Vertretertag ist der einmütigen Ueberzeugung, daß mit den Flottengesetzen von 1900 und 1906 für die Entwicklung unserer Seemacht nicht genug geschehen ist. Er richtet deshalb an die nationalliberale Fraktion des Reichstages das dringende Ersuchen, die Initiative zu einer weiteren Verstärkung der deutschen Kriegsstärke ergreifen zu wollen und ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß

1. der Bau unserer Linienfahrtschiffe so beschleunigt wird, daß wir nicht erst im Jahre 1920, wie es das Flottengesetz vom Jahre 1900 vorsieht, sondern zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt zwei Doppelgeschwader vollwertiger Linienfahrtschiffe besitzen,
2. die Altersgrenze der Linienfahrtschiffe von 25 auf 20 Jahre herabgesetzt wird,
3. unsere Kreuzerflotte über den Rahmen der Flottengesetze von 1900 und 1906 hinaus vermehrt wird,
4. der Bau einer Unterseebootsflotte sofort in Angriff genommen wird,
5. unsere Küstenbesatzungen erheblich verstärkt werden.

Natürlich wurde die Resolution mit großer Mehrheit akzeptiert.

Die nationalliberale gereifte Jugend übertrumpft also nicht nur die alten Herren des Nationalliberalismus an Flottenenthusiasmus, sondern selbst Herrn Peter Spahn aus Kiel. Warum auch nicht, ist doch der Enthusiasmus das Vorrecht der Jugend. —

Noch einmal Herr Erzberger.

Vereist neulich, als wir mitteilten, daß die Beleidigungsklage des Gouverneurs a. D. v. Wennigsen kontra Erzberger zum Heile des letzteren mit einem Vergleich endete, wiesen wir darauf hin, wie notwendig es sei, daß Herr Erzberger endlich einmal diejenigen Zeitungen nomhaft mache, von denen er seinerzeit behauptet hatte, daß sie bestochen seien, die Kolonialskandale zu unterdrücken. Herr Erzberger, der damals in seiner Fehde mit dem Kolonialgeheimrat Helfferich im Reichstage mit Stolz als „Journalistendoll“ gebrüht sich bekannte, auf das Herr Helfferich als minderwertig herabsehen zu können glaubte, wird es begreifen, wie notwendig es ist, daß die Presse, der angehöre er sich zur Ehre rechnet — bekanntlich verfiel Herr Erzberger ja auch ein halbes Hundert Zeitungen der Zentrumspresse mit Nachrichten —, über solche Unehrenhaftigkeit, wie sie nach Herrn Erzbergers Erklärung besetzen soll, aufgeklärt wird.

Wir richten also gleich anderen Zeitungen wiederholt an Herrn Erzberger die Aufforderung, wenn er nicht als Schwäger gelten will, endlich einmal mit der Sprache herauszutreten. Heraus mit den Namen derjenigen Zeitungen, welche sich bestochen ließen!

Die Klage des Herrn v. Wennigsen gegen den Abgeordneten Erzberger erinnert uns übrigens an eine weitere Klage, die der Staatsanwalt gegen ihn bezw. den „Anzeiger im Oberland“ wegen Beleidigung der südafrikanischen Schutztruppe erhoben haben soll.

Herr Erzberger bestritt damals in einem in dem „Konstanzer Nachrichten“ veröffentlichten Briefe, durch seinen mit „E.“ gezeichneten Artikel im „Anzeiger im Oberland“, als dessen Verfasser allgemein in der Presse Herr Erzberger genannt wurde, die südafrikanische Schutztruppe je indogewalt beleidigt zu haben. Auf diese Erklärung dürften Regierung wie Staatsanwaltschaft jedoch wenig Gewicht gelegt haben. Von größerer Bedeutung für sie dürften dagegen wohl diejenigen Einzelfälle gewesen sein, die der loyale Herr Erzberger dem Kolonialdirektor Dernburg vertraulich mitgeteilt haben will; das Resultat der Untersuchung auch dieser Fälle, welches Herr Dernburg im Winter dem kindlich gläubigen Reichstag mitzuteilen versprach, ist niemals mitgeteilt worden. Herr Erzberger aber verhält sich ganz ruhig! Oder wegen der gegen ihn erhobenen Klage abwartend? Besteht hier vielleicht ebenso wie in früheren Fällen Druck und Gegendruck? Fürchtet man, daß bei einer öffentlichen Verhandlung sobiel Vergewiss Erregendes bekannt wird, daß die Regierung bezw. die Staatsanwaltschaft auch in diesem Falle — wie erinnern an das vor einiger Zeit gegen unseren verantwortlichen Redakteur wegen Beleidigung der südafrikanischen Schutztruppe eingeleitete Verfahren wegen Beleidigung — die Hinmahnung der Beleidigungen des Herrn Erzberger einem Bekanntwerden der Skandale vorzieht, mit denen Herr Erzberger aufwarten würde? —

Moffes Größentwahn.

Das „Berl. Tagebl.“ veröffentlicht in der Presse, so in der „Köln. Ztg.“, Annoncen, in denen Herr Mofse seinem Blatte nachsagt:

„Seine Bedeutung als maßgebendes politisches Organ ist in der ganzen Welt anerkannt.“

Möglich, daß die Leser des Mofseblattes in Japan oder Brasilien glauben, daß das „B. Z.“ ein „politisch maßgebendes“ Blatt ist. Wie „maßgebend“ das Mofseblatt innerhalb seiner eigenen Partei ist, hat ja erst wieder die Wahlrechtsdebatte bewiesen! Da war das „B. Z.“ solange maßgebend, als es in das Horn der freisinnigen Wahlrechtskämpferpolitik blies, was ja bekanntlich noch im Juli der Fall war. Als es gleichzeitig mit dem ebenso „maßgebenden“ politischen Verwandlungskünstler Raumann seine Schwentung nach links vollzog, war es im Hundstunde um seinen politischen Einfluß gekommen. Aber vielleicht sichert es sich seine „maßgebende Bedeutung“ wieder dadurch, daß es nun gleich Herrn Raumann wieder rechts um kehrt macht! —

Späte Erkenntnis.

Am Montag ist in Köln der Rednerkursus der nationalliberalen Partei der Rheinprovinz eröffnet worden. Professor Moldenhauer hielt die Begrüßungsansprache, worin er darauf hinwies, daß in der nationalliberalen Partei sich schon seit langen Jahren das Bedürfnis gezeigt habe nach geeigneten Rednern für die Agitation, für die Verbreitung der nationalliberalen Ideen und des Verständnisses für die bedeutenden Aufgaben der Gegenwart. Während das Zentrum, die Sozialdemokratie und auch die christlichsozialen Parteien in trefflicher Weise ihre Fürsorge getroffen hatten und liberal Redner ins Feld führen konnten, litt die nationalliberale Partei entschiedensten Mangel an diesen so wichtigen Kräften. In den Versammlungen, in der Debatte machte sich außerdem sehr bedenklich das Fehlen von geschulten Parteigenossen geltend, die den meist trefflich vorbereiteten und mit dem Parteiprogramm und den Tagesfragen wohlvertrauten Gegnern erfolgreich entgegenzutreten konnten. Auch die Leitung vieler Versammlungen entbehrte der nötigen Sicherheit und Ruhe.

Die nationalliberale Partei hat nun bereits eine Geschichte von vier Jahrzehnten hinter sich, man muß sich wundern, daß die Partei, in der sich „Bildung und Besitz“ paaren, erst im Schwabenalter daran denkt, sich mit den elementaren Fähigkeiten des politischen Kampfes auszurüsten. Der Rednerkursus in Köln dauert acht Tage. Die Veranstalter denken nicht daran, wie Professor Moldenhauer bemerkte, nach dieser Zeit „formvollendete Redner entlassen zu können, wohl aber die Herren, soweit es möglich ist, mit dem besten Rüstzeug anzufüllen, mit dem sie selbständig weiter arbeiten und sich für ihre hohe und bedeutsame Aufgabe vorbereiten können“. Und diese Aufgabe besteht darin, „die großen Volksmassen zu gewinnen, ihnen die Aufklärung zu bringen und ihnen zu zeigen, daß sie in der nationalliberalen Partei den sichersten Hort und die beste Förderung aller ihrer Interessen finden“.

Bei aller Achtung vor dem pädagogischen Geschick nationalliberaler Professoren wie vor der Gelehrigkeit nationalliberaler Rednerschüler, scheint uns der Zeitraum von acht Tagen doch arg knapp bemessen für das Studium der Kunst, die großen Volksmassen zu gewinnen. —

Ein Schmiedegeselle als Volksschullehrer.

Nicht nur Preußen, auch die Obotritenlande, besonders das Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz, hat unter einem Mangel an Volksschullehrern zu leiden. Sein Umfang läßt sich zahlenmäßig nicht genau feststellen, denn von der Behörde wird statistisches Material nicht veröffentlicht. Doch geht man kaum fehl in der Annahme, daß mindestens 15 Proz. aller Lehrstellen im Dominion des Herzogtums unbesetzt sind. Die Mitterschaft des Landes weiß sich jedoch zu helfen. Erst kürzlich wurde einem Schmiedegesellen die Verwaltung einer ritterschaftlichen Schule übertragen. Auch werden infolge des Lehrermangels viele alte Lehrer, die ihr Pensionsgesuch eingereicht haben oder einzureichen beabsichtigen, veranlaßt, noch weiter im Amt zu verbleiben.

Für Preußen zeigt sich, bemerkt dazu die „Berl. Volksztg.“, hier ein erfreuliches Vorbild, wie es seinem Lehrermangel begegnen kann. Schon zu Friedrichs des Großen Zeiten waren als Lehrer vielfach Handwerker tätig. Das Ideal, das sich preussische Junker von der Volksschule machen, wäre spielend erreicht, wenn man zu dieser Praxis zurückkehrte. Auch Unteroffiziere sind schon als Volksschullehrer vorgeschlagen worden. Nach jüngstlichen Anschauungen lernt das Volk schon viel zu viel. Also münte drauf los „reformieren“! Soll Mecklenburg Preußen an Reformmeister für die Volksschule beschämen?

Siehe! Öffnet sich hier ein guter Ausweg, die Pöbelwörter, die den Ansprüchen der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden nicht genügen, unterzubringen. Zum „Vollbildner“ lang's allemal! —

Klassenjustiz.

Dortmunder Blätter veröffentlichen die Namen der für die nächste Schwurgerichtsperiode am Landgericht Dortmund ausgetretenen Geschworenen. Unter den 30 Personen sind elf Direktoren und Ingenieure, also Angestellte der Großindustrie, sechs Kaufleute, drei Architekten, drei Rentner, drei Landwirte, ein Arzt, ein Apotheker, ein Oberlehrer, ein Hotelbesitzer und ein Gerichtsadvokat — aber kein Arbeiter!

Dortmund ist einer der großen Mittelpunkte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Die Arbeiterschaft macht dort den weitesten Teil der Bevölkerung aus und ganz gewiß steht auch mancher Angeklagter aus dem Kreise der Arbeiter demnächst vor den dortmundern Geschworenen. Aber unter den zwölf Männern der Geschworenenbank sieht keiner, der ihm sozial nahesteht und seiner Gedanken- und Gefühlswelt jenen Verständnis entgegenbringt, wie es zur Fällung eines gerechten Wahrspruches nötig wäre. Und zwischen dem Angeklagten und der Richterbank gähnt ein nicht minder tiefer und weiter Abgrund. Und bei einer solchen Ausübung der Geschworenen soll etwas anderes herauskommen als Klassenjustiz?

Ungarn.

Wahlrechts-Demonstration.

Budapest, 10. September. Die Vertreter sämtlicher Arbeiter- und Fachvereine haben beschlossen, am 10. Oktober aus Anlaß der Eröffnung des Parlamentes im Interesse des allgemeinen Wahlrechts eine Straßenkundgebung zu veranstalten und die Arbeit an diesem Tage einzustellen. Die Arbeiter beabsichtigen, derartige Demonstrationen in allen Teilen des Landes zu veranstalten.

Italien.

Polizei-Kamorra.

Napel, 10. September. Die Mitteilungen der Presse über die Mitschuld der Polizei bei den Verbrechen der Kamorra haben wiederum zur Verhaftung von zwei Kommissaren, eines Polizeioffiziers und verschiedener Polizeianten geführt, welche sämtlich beschuldigt sind, an zahlreichen Verbrechen der Kamorra beteiligt zu sein. Man erwartet weitere Standale.

Amerika.

Eine interessante Liste von Namen bekannter Leute aus den Kreisen der Großfinanz und der Trusts veröffentlicht die New Yorker „World“. Es ist eine Beitragsliste zum Wahlfonds für die republikanische Partei zur letzten Präsidentenwahl im Jahre 1904! Obenan steht Harriman, der bekannte Eisenbahnmagnat, mit 50 000 Dollar. J. Pierpont Morgan, der Stahltrustmann, gab 10 000 Dollar. In Summa sind auf die Liste 260 000 Dollar gezeichnet. —

Als einige Tage vor der Wahl 1904 der demokratische Kandidat behauptete, daß Roosevelt seine Wahlkampagne von den Trusthäuptern zahlen lasse, ließ Roosevelt öffentlich erklären, daß diese Behauptung „ein gemeiner Wahlsoup“ wäre, und er tat gewaltig entrüstet. Seitdem hat schon manche Enthüllung, z. B. die über die Verschwendung von Geldern der Lebensversicherungsgesellschaften in New York ergeben, aus welchen Quellen die republikanischen Wahlfonds gespeist wurden. Die jetzt bekannt gegebene Liste ist ein neuer Beweis dafür, daß die Großkapitalisten die Wahl Roosevelts

zum Präsidenten wünschten und als in ihrem Interesse liegend erachteten.

Man tut gut, sich diese wichtige Enthüllung zu merken für den Fall, daß Roosevelt und seine Stippstaffel wieder einmal so tun, als wolle der Herr Präsident — den Trusts ernstlich zu Leibe gehen. —

Aus der Partei.

Zum Essener Parteitag.

In den drei Wahlkreisen Hamburgs sind als Delegierte gewählt: 1. Wahlkreis: Otto Stolten und Frau Luise Fieg; 2. Wahlkreis: Georg Blume und Emil Fischer; 3. Wahlkreis: Heinr. Stubbe, Berth. Grosse und Heinr. Lath.

Zur Diskussion über die Stellung der Konsumgenossenschaften zu den Forderungen der Angestellten brachte die „Freie Presse“ zu Elberfeld einen B. gezeichneten Beitrag, der sich gegen einen Artikel Kaufmanns in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ richtet. Darin wird zum Schluß folgende Stelle aus dem kaufmannschen Artikel zitiert:

„Ich soll ferner meine Leser nicht darüber unterrichtet haben, daß die Löhne der höchsten Angestellten, der Direktoren, von 10 000 auf 12 000 M. erhöht worden sind. In Nr. 30 Seite 888 der „Rundschau“ steht ausdrücklich zu lesen, daß das Höchstgehalt der Geschäftsführer auf 12 000 M. erhöht worden ist. Es beträgt somit 6000 M. steigend bis 12 000 M., statt früher bis 10 000 M. Der Besucher hebt die Ziffern 10 000 M. und 12 000 M. durch Fettdruck hervor. Es erscheint ihm wahrscheinlich ungewöhnlich, daß die Leiter eines Unternehmens mit heute schon über 50 Millionen Mark Umsatz einen „Lohn“ von 6000 bis 12 000 M. erhalten. Nun ist allgemein bekannt, daß in Privatbetrieben gleicher Größe das Drei- und Vierfache und mehr bezahlt wird, und daß wenn wir gar zu weit zurückbleiben, das Privatkapital alle Intelligenzen einfach wegengagieren würde.“

Darauf antwortet B.:

„Da haben wir's ja! Warum denn nun all die Aufregung und der Streit? Hier wird mit dürren Worten gesagt, daß der Zentralvorstand der Konsumvereine sich in Lohnfragen nicht von sozialen, sondern von unsozialen, von kapitalistischen Rücksichten leiten läßt. Nicht die Frage: Wie können die Arbeiter bei diesen Löhnen leben? Ist für ihn entscheidend, sondern die Frage: In welchem billigen Preise können wir sie kriegen? Das war es, was v. Elm in Düsseldorf in die Worte kleidete: „Wir müssen uns nach der Konkurrenz richten“, und was das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission sehr richtig „den typischen Standpunkt des Unternehmers“ nannte. Die Arbeiter können uns nicht weglaufen, denn sie kriegen anderwärts auch nicht mehr, aber die Leiter, die „Intelligenzen“, die werden wegengagiert, folglich müssen wir ihnen mehr geben!“

Und in welch blendendes Licht wird nicht der „Idealismus“ dieser „Intelligenzen“ gestellt! Da hat sich der arme Professor Staudinger erst kürzlich — um von Elm zu verteidigen — die Finger wund geschrieben mit der Mahnung: man dürfe bei der Arbeit für den Konsumverein nicht bloß auf's Geld sehen, im Interesse der gesamten Arbeiterschaft müsse man, wenn's nicht mehr gebe, auch etwas billiger arbeiten. Und nun erklärt Heinrich Kaufmann: das gilt bloß für die Arbeiter, die „Unintelligenzen“; die „Intelligenzen“ lassen sich einfach wegengagieren; wenn ihnen das Privatkapital höheren Lohn bietet, sind sie sogar mit 10 000 M. nicht zufrieden!

Haben wir recht gehabt, als wir die Arbeiterschaft auf die kapitalistischen Mährchen der Herren vom Zentralvorstand der Konsumvereine aufmerksam machten? Und haben wir heute recht, wenn wir sie aufrufen, diesen Strebschaden beizugehen und zu rufen?

Und noch einmal: was will eigentlich von Elm? Er regt sich fürchtlich auf, er stellt Ansuchen, und dabei ist ihm doch nichts Schlimmeres zum Vorwurf gemacht worden, als daß er in Düsseldorf eben die Grundfrage verteidigt hat, die sein Freund Kaufmann hier als selbstverständliche Grundfrage des Zentralvorstandes der Konsumvereine zum Besten gibt.

Nur um späteren Mißbräuchen vorzubeugen, fügen wir noch hinzu: selbstverständlich ist auch das eine Fällung Kaufmanns, daß wir die Direktorengehälter ungewöhnlich fanden. Wir haben nicht gegen hohe und höchste Löhne; können die Direktoren noch höhere Löhne durchsetzen, so haben sie unseren Segen dazu. Aber für die Arbeiter soll das gleiche Recht gelten. Und man soll nicht der Welt erzählen, eine Erhöhung der Lagerhalterlöhne im Umkreis von 1900—1800 M. mache die Konsumvereine konkurrenzunfähig.“

Fortschritte in Oberschlesien. In Neustadt O.-S. feierten am Sonntag die organisierten Arbeiter, deren Zahl sich von Woche zu Woche steigert, ein lange ersehntes Fest: Die Einweihung eines eigenen Heimes. Das bedeutet für Oberschlesien, das Neuland so nahe liegt, viel mehr, als man zunächst glauben darf. Wenn irgendwo, so wird die Lokalaufbahrung gerade in diesem finsternen Winkel mit allen Mitteln betrieben. Auch in Neustadt, dem Sitz einer großen Schuh- und Textilindustrie, hatten die Arbeiter bisher sehr unter dem Lokalmangel zu leiden und mußten sich mit ein paar kleinen gemieteten Zimmern begnügen. Jetzt ist das besser geworden. Ein von den Arbeitern gemeinsam erworbenes und zum Gewerkschaftshause umgebautes geräumiges Haus ziert jetzt die Stadt. Mit einer Volksversammlung und einem großen Volksfest wurde es am Sonntag feierlich eingeweiht. Der Saal saß circa 850—400 Personen und war — zum Entsetzen der Reute der Schwarzgen — vollständig besetzt. Genosse Schlich, der Parteisekretär für die 18 um Breslau liegenden Kreise (Mittelschlesien), hielt die Festrede. Ein Aufatmen der Erleichterung geht jetzt durch die Reihen der Neustädter Arbeiter. Mit verdreifachter Kraft werden sie den Kampf gegen die Christlichen, gegen die Polizei und vor allem gegen die Kapitalisten, deren Uebermut und Protertum nahezu unerträglich geworden waren, aufnehmen. Und die Arbeiterschaft Deutschlands freut sich mit ihnen und wünscht dem neuen Vorposten Vorderbrunnens viel Glück.

Ueber das geplante Parteisekretariat in Altenburg teilt die Altenburger „Volkszeitung“ mit: „Es ist unrichtig, daß der Sekretär „zur Hälfte“ Redakteur, zur anderen Sekretär sein soll, wie der Parteisekretär Leber-Jena behauptete. Er soll vielmehr ein ganzer Sekretär sein, zu dessen Aufgaben u. a. allerdings die Redaktion eines monatlich einmal achteilig im halben Zeitungsformat erscheinenden für die Agitation auf dem Lande bestimmten Blattes gehören wird. Unrichtig ist zum Schluß auch noch die Mitteilung, daß die „Genossen von Jena“ sich dem Plane der Altenburger Parteigenossen, ihren Kreis von dem Jenaer Parteisekretariat loszulösen, widersetzen. Das zu tun ist den Genossen in Jena bisher gar nicht eingefallen. Der einzige Genosse von Jena, der sich dem Plan widersetzt, ist der Parteisekretär Leber. Dieser ist allerdings der Ansicht, daß der Altenburger Plan der „Begründung“ entbehrt. Doch sind schließlich auch die Altenburger Parteigenossen u. a. in der Lage, zu entscheiden, was für ihre Verhältnisse passend oder unpassend ist. Auf alle Fälle darf angenommen werden, daß sie nur das Beste für die Entwicklung der Partei wollen und zu tun beabsichtigen.“

Personalien. Genosse Georg Stausser ist aus der Redaktion der „Bremer Bürger-Zeitung“ ausgeschieden, der er seit 1 1/2 Jahren angehörte. Er tritt als zweiter politischer Redakteur in die Redaktion der „Volksstimme“ zu Frankfurt a. M. ein.

Bericht der norwegischen Arbeiterpartei zum sechsten skandinavischen Arbeiterkongreß.

Das alte Schlagwort der bürgerlichen Parteien: „In Norwegen ist kein Boden für den Sozialismus“, ist nun schon zum tausendvierten Male durch den stetigen Fortschritt der Arbeiterbewegung vollständig widerlegt worden. Die norwegische sozialdemokratische

Partei hat bedeutend zugenommen und hat sich bereits überall im Staate und in Gemeinden eine sichere Stellung erworben und sich bedeutenden Einfluß verschafft. Eine größere Ausbreitung der Partei ist speziell in den ländlichen Bezirken zu konstatieren. Sie zählt gegenwärtig circa 20 000 zahlende Mitglieder mit 398 Vereinen. Während die Partei vor 1901 nur über eine kleine Anzahl Vertreter in den Gemeindeverwaltungen verfügte, eroberte die Partei 1901 147 Plätze in 23 Gemeinden, 1904 stieg die Zahl auf 330 Vertreter in 54 Gemeinden. Das kommunale Frauenstimmrecht wurde im Jahre 1901 zum ersten Male ausgeübt. Der Wahlerfolg aber macht das Wahlrecht der meisten Arbeiterfrauen illusorisch und die sozialdemokratische Partei kämpft deswegen weiter für das gleiche und allgemeine Wahlrecht. Bei den Störthingwahlen 1900 erhielt sie 7000 Stimmen und keinen Vertreter; 1904 jedoch schon 24 500 Stimmen und vier Mandate; 1906 43 000 Stimmen und zehn Mandate. Im Störthing hat die Fraktion in erster Linie propagandistische gewirkt und demnächst ist sie energisch für praktische soziale Reformen eingetreten.

Es erscheinen gegenwärtig 18 sozialdemokratische Zeitungen, wovon fünf täglich, zweimal jährlich erscheint eine Zeitschrift für die sozialdemokratische Jugendbewegung. Monatlich erscheint einmal ein illustriertes Wochenschrift. Die Partei gibt regelmäßig kleine und billige Agitationsbroschüren heraus.

Der Angriff der Regierung auf die Pressefreiheit durch Beschlagnahme russischer Schriften hat weit über Norwegens Grenzen hinaus Aufsehen erweckt. Das Obergericht hat jedoch die Beschlagnahme aufgehoben. Das Wahlrecht ist durch Erweiterung der Zulassung des Kongresses der russischen Parteigenossen verlegt worden.

Die politischen Begebenheiten zwischen Norwegen und Schweden im Jahre 1905 haben unsere Partei stark in Anspruch genommen. Das Verständnis und das Solidaritätsgefühl waren während der Krise zwischen den sozialistischen Parteien beider Länder das denkbar beste und hat die schönsten Resultate gezeitigt. Die Sozialdemokratie Skandinaviens kann als ein leuchtendes Beispiel in kommenden nationalen Kämpfen anderer Länder gelten. Wegen die Einführung des neuen Königstums hat die Partei in Wort und Schrift energisch gekämpft, für eine demokratische Republik stimmten circa 70 000 Wähler.

Unter den politischen und sozialen Kämpfen der letzten Jahre ist es den industriellen und ländlichen Arbeitern in unserem schwach bevölkerten und ausgedehnten Lande immer mehr klar geworden, daß der alte Liberalismus weichen muß um der vorwärtstrebenden Sozialdemokratie Platz zu machen.

Neue sozialistische Tageszeitung in Italien. Rom, 6. September. (Fig. Ver.) Am 7. d. M. erscheint in Turin eine neue sozialistische Tageszeitung. Das seit mehr als einem Jahrzehnt bestehende Wochenblatt „Grido del Popolo“ („Schrei des Volkes“) hat es endlich möglich gemacht, sich zu einer Tageszeitung auszugestalten. Das Bedürfnis nach einer solchen war unter den Sozialisten des Piemonts seit langem sehr lebhaft und es ist anzunehmen, daß die starken Partei- und Gewerkschaftsorganisationen dieser Landschaft dem neuen Tageblatt ein sicheres Gedeihen ermöglichen.

In Italien werden somit jetzt sechs sozialistische Tagesblätter bestehen, von denen drei, nämlich der „Avanti“, die „Giustizia“ von Reggio Emilia und das neue Turiner Blatt Eigentum der Partei sind. Von Privatleuten verlegt werden der Mailänder „Tempo“ und die in Mantua erscheinende „Provincia di Mantova“. Der Genueser „Lavoro“ ist Eigentum der Gewerkschaften und Genossenschaften der Provinz. Chefredakteur des „Grido del Popolo“ wird Genosse Calbi, Abgeordneter von Volzenza, der einzige Intransigente der italienischen Parlamentsfraktion.

Gewerkschaftliches.

Hinaus, wer sich zu organisieren wagt!

Anlässlich des Kaiserzuges pries der Stadtdirektor vom Hammer in, wie ihm bezeugt worden, „großartig stillschweiger Leistung“ die sagenumwobenen Berge des Harzes, wo „die Art des Bergmanns in schwerer Arbeit das Erz zutage fördert“. Die schwere Arbeit des Bergmanns ist leider keine Phantasie, sondern brutale Wirklichkeit. Zwölf Stunden müssen z. B. auf der unweit Goslar gelegenen Eisensteingrube „Georg Friedrich“, zu der 60 Prozent Dividende spendenden „Hedder Hütte“ gehörig, die Arbeiter bei recht beschwerlichen Löhnen. In ihrem Elend machten einige von ihnen von ihrem Rechte Gebrauch und schlossen sich dem Bergarbeiter-Verband an. Die Grubenverwaltung bekam Wind von dieser freventlichen Vermessenheit der Arbeiter; sie antwortete mit folgender

Bekanntmachung.

„Die der Bergarbeiter bekannt sein wird, haben sich verschiedene Grubenarbeiter einem Arbeiterverbande angeschlossen. Ich habe hier von der Direktion der Hedder Hütte Mitteilung gemacht und die Nachricht erhalten, daß ich jeden Arbeiter, der einem sozialdemokratischen Verbandsangehörigen als Mitglied angehört, und seinen Austritt aus diesem Verbandsangehörigen acht Tagen nicht vollzogen hat, sofort kündigen soll. Ich fordere hiermit jeden Grubenarbeiter auf, mir Mitteilung innerhalb dieser Woche zu machen, daß derselbe dem Verbandsangehörigen oder aus demselben ausgestiegen ist. Wer glaubt, dieses nicht tun zu können, muß am 31. August 1907 die Weisheit verlernen.“

Grube Georg Friedrich, den 19. August 1907.

Betriebsführer: Wiegand.“

Und es blieb nicht allein bei dieser Drohung. Neun Arbeiter, die sich nicht ducken wollten, erhielten die Abfuhr. Das höchste und heiligste Recht der Arbeiter, ihr Koalitionsrecht, wird von den Geldsackgewaltigen brutal unter die Füße getrampt. Das ist die Art und Weise, wie, um mit den Worten des Stadtdirektors Tramm zu reden, „eine mächtig aufsteigende Industrie den großen sozialpolitischen Forderungen der Gegenwart gerecht zu werden“ versucht! —

Berlin und Umgegend.

Die Elektromonteur- und die Hüßmonteur- sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

An 800 Monteur beziehungsweise Hüßmonteur waren am Montagabend in den Andreas-Bezirk erschienen, um ein Referat bezüglichen Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, O. Handke, entgegenzunehmen. Handke gab ein Bild von den schlechten Erwerbungsbedingungen der Elektromonteur. An der Hand der Statistik bewies er, daß Löhne von 28 Pf. pro Stunde für erwachsene Arbeiter dieser Branche nicht zu den Seltenheiten gehören und daß die Entlohnung eines sogenannten Obermonteurs mit 110 bis 120 M. pro Monat schon als eine besondere hohe angesehen werden kann. Im Gegensatz hierzu stehen die Preise, welche die Unternehmer ansetzen. Sie knöpfen den Konsumenten rundig 1,20 bis 1,50 M. pro Stunde ab, was für sie einen Entbehrungslohn bis zu 300 Proz. ausmacht. Diese Verhältnisse herrschen leider überall und haben, wie bekannt, auch in anderen Städten große Erbitterung hervorgerufen. So wies Handke auf den Stand der Bewegung in Hamburg hin und hob hervor, daß, obgleich hier in Berlin versucht wurde, Kollegen nach dort zu bestimmen, sich trotz der glänzenden Versprechungen kein Verräter gefunden habe. Große Verärgerung löste das Verlesen eines Kotschreies des Installateur-Verbandes aus, worin derselbe fußfällig die Konsumenten bat, Rücksicht zu üben, damit der 800prozentige Profit nicht geschmälert wird.

Angeichts der gleich ungünstigen Verhältnisse hier in Berlin beauftragte die Versammlung die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verhandlungen mit den Unternehmern einzuleiten, was in folgenden Resolutionen, welche einstimmig zur Annahme gelangten, zum Ausdruck kam:

„Die am 9. September tagende öffentliche Versammlung der Elektromonteur- und Berufsgenossen Berlins und Umgegend erklärt, daß in Anbetracht der teurer werdenden Lebensverhältnisse der Arbeiter es notwendig ist, daß eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ihres Berufes beantragt wird.“

„Mit Rücksicht darauf, daß eine Reihe von Arbeitgebern, wo Elektromonteur beschäftigt sind, die Notwendigkeit behufs Steigerung resp. Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitnehmer erkannt haben, es aber den Firmen der Elektromontage sehr leicht möglich ist, eine derartige Veränderung des Arbeitsverhältnisses einzuführen, beauftragt die Versammlung die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes, in Verbindung mit der Agitationskommission in geeigneter Weise mit den Arbeitgebern Verhandlungen anzubahnen, damit die Arbeitsverhältnisse derartige werden, wie man es nach den gegenwärtigen Zeitverhältnissen beanspruchen kann.“

Deutscher Transportarbeiterverband. Die Ortsverwaltung Berlin 2 hat laut Beschluß der ordentlichen Generalversammlung vom 12. August d. J., am Sonntag, den 8. September über den Antrag der Ortsverwaltung, betreffend die Erhebung eines Ortsbeitrages von 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche und jugendliche Mitglieder pro Woche eine Urabstimmung vorgenommen, welche folgendes Resultat zeitigte: Abgegeben wurden im ganzen 3311 Stimmen; davon 1803 Stimmen mit Ja, mit Nein 1420 Stimmen. Ungültig waren 60 Stimmen. Somit ist der Antrag angenommen. Die Erhebung des Ortsbeitrages resp. Lokalaufschlages erfolgt ab 1. Oktober d. J.

Deutsches Reich.

Der Menschenhandel in Rheinland-Westfalen.

Hamborn, 10. September. Gestern traf ein Exkurgator von österreichischen Arbeitern mit Familie für die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ hier ein. Ebenso kamen heute 170 Arbeiter mit Familie aus dem Osten an. Gegen den gewissenlosen Agenten, der die 400 Verleiher vor einigen Tagen nach Oshersleben angeworben hatte, ist Strafantrag gestellt worden.

Zur Bewegung der Metallarbeiter Königsbergs.

Die Direktion der Union-Gießerei hat nach mehrstündigen Verhandlungen die Forderungen der Dreher, Werkzeugmacher und Hilfsarbeiter ohne Ausnahme bewilligt. Es ist ein schriftlicher Vertrag zustande gekommen. Damit ist die drohende Gefahr einer Auspeicherung der Metallarbeiter Königsbergs vorüber. Währenddem die Verhandlungen geführt wurden, ruhte der Betrieb in den Dreherei-Abteilungen.

Am Mittelrand-Kanalbau ist es zu einem Streik der Italiener gekommen. Wie aus Duisburg-Nordwest gemeldet wird, stellten am Sonnabend die am neuen Deichbau in Weederrath beschäftigten italienischen Arbeiter, circa 60 Mann, die Arbeit ein. Sie geben als Ursache an, daß die Firma (Grün u. Wilsinger) Lohnabzüge habe eintreten lassen. Die am Emricheralan bei derselben Firma arbeitenden Italiener erklärten sich mit den anderen solidarisch, wodurch am Sonnabend der ganze Betrieb stillstand. Die Firma zahlte hierauf die alten Löhne, weshalb die meisten die Arbeit wieder aufnahmen. Ein Teil der Leute hat jedoch bereits anderweitig angefangen.

Eine Schlichtungskommission

Woll der bayerische Metallindustriellen-Verband errichten. Der Entwurf, der jüngst veröffentlicht wurde, gab Anlaß zur Einberufung einer Konferenz der Metallarbeiter Bayerns, die in Nürnberg tagte. Der vom Hauptvorstand erscheinende Referent Reichel kritisierte in längerer Rede den Entwurf, der darauf hinausgeht, den Einfluß der freien Gewerkschaften gänzlich aufzuheben oder auf ein Minimum zu beschränken und dagegen den gelben Gewerkschaften und sonstigen vom Unternehmertum veranlaßten und protegierten „Arbeitervereine“ - Gründungen einen ihnen nicht gebührenden Einfluß zu verschaffen. Die Quinzestenz des Referats wurde in einer einstimmig angenommenen Resolution niedergelegt, die die Schaffung von paritätisch zusammengesetzten Schlichtungs-Kommissionen für durchaus notwendig erklärt und anerkennt, daß solche Kommissionen bei richtiger Organisation und Handhabung in ganz außerordentlichem Maße dem gewerblichen Frieden und damit auch dem Fortschritt dienen können. Die Versammlung steht daher dem Grundgedanken dieser Schlichtungskommission sympathisch gegenüber und ersucht den Hauptvorstand, mit dem bayerischen Metallindustriellenverband in Unterhandlungen zu treten und dabei vor allem folgende Grundsätze zu beachten: Die vom Industriellenverband angestrebte Schlichtungskommission kann nur dann sozial und wirtschaftlich fortschrittlich wirken, wenn dem tatsächlichen Organisationsstand der Gewerkschaften vollkommene Rechnung getragen und davon abgesehen wird, Arbeitervereinsbildungen zur Mitwirkung heranzuziehen, die nach ihren Entstehungsgründen und nach ihrer ganzen Tätigkeit als gewerkschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter nicht angesehen werden können. Die Hinzuziehung von Beamten der Gewerkschaften ist nicht nur auf Grund der lokalen Anerkennung des Organisationsstandes der Gewerkschaften gerechtfertigt, sondern auch direkt notwendig zur Vermeidung von Mißverständnissen und Herbeiführung sachgemäßer Verhandlungen und einer schnellen und leichten Verständigung. Der Entwurf in seiner vorliegenden Fassung, besonders die Bestimmung über das Wahlverfahren und die Verteilung der Mandate kann aber die Zustimmung keiner, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter ernsthaft vertretenden Gewerkschaft finden, der Entwurf sucht vielmehr den von Unternehmern gegründeten Arbeitervereinen ein weder durch die Zahl der Mitglieder noch durch sonstige Umstände berechtigtes Übergewicht zu geben und wirkt sogar durch die Zulassung unnatürlicher Blindnisse (es ist gestattet, daß zwei oder mehr Parteien zusammen mit „verbundenen Listen“ wählen) direkt demoralisierend. Die Konferenz erwartet, daß der bayerische Metallindustriellenverband mit dem Deutschen Metallarbeiterverband in Unterhandlungen eintritt. Falls solche Verhandlungen statifindend, soll möglichst vor Einleitung weiterer Schritte eine zweite Delegiertenkonferenz einberufen werden, doch ist das Resultat der Verhandlungen dem Beirat des Vorstandes zur Beratung zu unterbreiten.

Ausland.

Der Kampf der Antwerpener Dockarbeiter.

Antwerpen, 9. September. (Eig. Ber.) Es tritt immer mehr zutage, daß nur ein Teil in der Unternehmervereinigung auf dem verhängnisvollen Zustandsstandpunkte verharrt; ein großer Teil will eine Verständigung. Das Komitee der „Fédération maritime“ hat heute eine Beratung gehalten, doch liegt bis jetzt keine Verlautbarung vor.

Auf den Schiffen der „Nations“ wurde heute gearbeitet, sonst hat sich im Streikbild wenig geändert. Die „Fédération maritime“ läßt immer Streikbrecherhübe ankündigen, aber wie bereits telegraphisch mitgeteilt wurde, die Sache bleibt sich ziemlich gleich. Selbst offiziell heißt es, daß nur auf 68 Schiffen mit einer Zahl von nicht ganz 3000 Arbeitern gearbeitet wird. Bedenkt man den wirklich ausreichenden „Schuh“, den nun die Streikbrecher ge-

nießen, so muß man schon sagen, daß die Unternehmer nicht viel Glück haben. Und man holt ihre Streikbrecher mit bewaffneter Macht vom Bahnhofs ab! Freilich darf man nicht vergessen, daß sogar den meisten zur Arbeit untauglichen englischen Streikbrechern die Arbeitsverhältnisse bei der Unternehmervereinigung zu miserabel waren und viele von ihnen darum und nicht so sehr aus Furcht vor den Antwerpener Arbeitern davonliefen.

Vermerkt soll noch werden, daß kürzlich ein Mitglied der Unternehmervereinigung, der „fortschrittliche“ Gemeinderat Zoungier, einem Journalisten des „Petit Bleu“ sehr energisch sein Mißfallen darüber ausgesprochen hat, daß der Bürgermeister „so spät“ Militärschutz requirierte. Der Mann scheute sich nicht, den Bürgermeister, der wegen seiner Bemühungen, durch ein Schiedsgericht den Konflikt zu lösen, bei den Unternehmern nicht gut angeschrieben ist, öffentlich wegen seiner nicht genug „sozialistischen“ Haltung zu tabeln. Die liberal-reaktionäre Presse wieder will aus dem unparteiischen Vorgehen des Bürgermeisters ein „politisches Komplott“ herausdestillieren, das zu Wahlzwecken gestiftet worden sei. Es genügt schon, daß jemand nicht gleich auf streikende Arbeiter schießen lassen will, um ihn in seinen Motiven zu verdächtigen.

Nachdem Ihr Korrespondent bereits einige Male verzeichnet hat, daß ein beträchtlicher Teil der Presse und eine Reihe von Persönlichkeiten für die Brandlegungen die Steinkohlen in keiner Weise verantwortlich machen, sei noch bemerkt, daß heute ein 13jähriger Junge von einem Polizisten dabei betroffen wurde, als er einen mit Oel gefüllten Behälter anzünden wollte. — Mit Ausnahme kleinerer Zwischenfälle stört nichts die Ruhe der Stadt und — der Arbeit.

Am den Gerüchten entgegenzutreten, die durch das Zirkular der Unternehmer verbreitet werden, als ob der Streik eine Einschränkung erfahren hätte, hat das Streikkomitee seinerseits ein Zirkular verteilen lassen, in dem dieser tendenziösen Nachricht energisch entgegengetreten wird. Der Kampf, heißt es darin, wird fortgesetzt, und kein Arbeiter wird die Schande auf sich nehmen, seine Brüder zu verraten. Die Deutschen, die auf der „Bahia“ arbeiten sollten, haben die Arbeit verweigert. Auch ein Teil der englischen Verleiher hat die Arbeit wieder verlassen, weil sie ihnen — zu schwer war. — Die Unterstühtungen fließen reichlich; so zeigen sich denn auf der ganzen Linie die besten Aussichten für die kämpfenden Docker.

Antwerpen, 10. September. (W. L. B.) Zur Beilegung des Ausstandes ist von dem Vermittlungsamt ein Vergleichsvorschlag gemacht worden, der auf folgenden Grundlagen beruht: 1. Der Lohn wird um 50 Centimes erhöht. 2. Die Arbeiter verpflichten sich, vor Ablauf eines Jahres nicht mehr von einer Lohnhöhung zu sprechen. 3. Für Ueberstunden keinen Lohnzuschlag von 50 Proz. zu verlangen. Die Arbeiter scheinen geneigt zu sein, auf den Vorschlag einzugehen.

Verfassungen.

Protest gegen die Errichtung einer Betriebskrankenkasse für die Siemenswerke.

Die Direktion der Siemenswerke hat den Arbeitern durch Anschlag am 28. August bekanntgegeben, daß sie beabsichtigt, eine Betriebskrankenkasse einzurichten und daß etwaige Einprüche der Arbeiter der Direktion bis zum 11. September unterbreitet werden sollen. — Es wäre nun die Pflicht des Arbeiterausschusses gewesen, den Arbeitern der Siemenswerke Gelegenheit zu geben, sich zu der beabsichtigten Errichtung einer Betriebskrankenkasse zu äußern, damit die Ansichten der Arbeiter der Direktion durch den Arbeiterausschuß übermitteln werden konnten. Der Arbeiterausschuß, der von Selben und Hirsch-Dunderschen beherrscht wird, hat jedoch diese Pflicht nicht erfüllt. Deshalb sah sich eine von den Arbeitern der Siemenswerke zu diesem Zweck eingesezte Kommission veranlaßt, ihre Kollegen zu einer Versammlung einzuberufen, die zu der Errichtung einer Betriebskrankenkasse Stellung zu nehmen hatte. Diese Versammlung fand am Sonntag im großen Saale des Raabiter Gesellschaftshauses statt. Sie war sehr zahlreich besucht.

Der Referent, Arbeitersekretär Wauer, führte den Anwesenden an der Hand der gesetzlichen Bestimmungen und der tatsächlichen Verhältnisse vor Augen, daß das Mitbestimmungsrecht, welches die Arbeiter in den Ortskrankenkassen haben, in den Betriebskrankenkassen tatsächlich ausgeschaltet ist und daß es wohl im Interesse des Unternehmers, aber nicht im Interesse der Arbeiter liegt, wenn sie aus der im vorliegenden Falle zuständige Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse auscheiden und einer Betriebskrankenkasse der Siemenswerke beitreten müssen. An der Hand des von der Direktion entworfenen Statuts der Betriebskrankenkasse zeigte der Redner, daß dasselbe hinsichtlich der Leistungen sich mit dem Statut der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse deckt. In dieser Hinsicht würden die Arbeiter also nicht besser gestellt als sie es jetzt sind, dagegen würden aber ihre Rechte geschmälert, denn in der Betriebskrankenkasse sei der Wille des Unternehmers entscheidend und demgegenüber könne die Ansicht der Arbeiter nicht zur Geltung kommen. Die Arbeiter der Siemenswerke sollten deshalb Widerstand leisten gegen die geplante Errichtung der Betriebskrankenkasse, vielmehr trete dann die Betriebsleitung von ihrer Absicht zurück.

In der Diskussion kamen in ausgiebigster Weise mehrere Vorstandsmitglieder einer in den Siemenswerken bestehenden gelben Organisation zum Wort, die sich Unterstützungsverein nennt. Von dieser Seite ist ein Flugblatt verbreitet worden, worin gesagt wird, die Direktion der Siemenswerke habe sich auf „bringenden Wunsch der Arbeiter“ bereit erklärt, eine eigene Betriebskrankenkasse zu errichten. Als Grund zu diesem „bringenden Wunsch“ wird angeführt, in der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse hätten die Siemenschen Arbeiter keinen Einfluß, denn die Verwaltung der Kasse sei in den Händen des Metallarbeiterverbandes. — Diesen Standpunkt vertraten die Herren vom Unterstützungsverein auch in der Versammlung. Was sie gegen die Neue Maschinenbauer-Krankenkasse anführten, das waren Einwendungen der kleinlichsten Art, die in der Diskussion von einem Vorstandsmitglied dieser Kasse als gänzlich unhaltbar nachgewiesen wurden. Was es mit dem „bringenden Wunsch der Arbeiter“ nach Errichtung einer Betriebskrankenkasse auf sich hat, das wurde ebenfalls in der Diskussion festgestellt. Die Siemenschen Arbeiter haben bis jetzt — das steht fest — noch nicht Gelegenheit gehabt, sich über die Errichtung einer Betriebskrankenkasse zu äußern, noch viel weniger haben sie einen „bringenden Wunsch“ ausgesprochen. Aber — wie die Herren vom Vorstand des Unterstützungsvereins sagten — haben sich die Arbeiterausschüsse der Siemenswerke für die Betriebskrankenkasse erklärt und zwar nicht nur die Unterstützungsvereine, sondern auch die Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins. — Daß der Vorstand des Unterstützungsvereins sich für die Betriebskrankenkasse erklärt hat und daß jedenfalls auch aus seiner Mitte der „bringende Wunsch“ an die Direktion gestellt worden ist, bezweifelte niemand in der Versammlung. Wohl aber äußerte W u s c h i l vom Metallarbeiterverband Zweifel darüber, daß auch die Mitglieder des Gewerksvereins der Errichtung einer Betriebskrankenkasse zugestimmt haben sollen. Er sagte, wenn man auch schon manches von den Gewerksvereinsmitgliedern erlebt habe, so traue er ihnen doch nicht zu, daß sie die Errichtung einer Krankenkasse befürworten sollten, in deren Verwaltung die Arbeiter gar keinen Einfluß haben. — Weiter wurde den Wortführern der Gelben entgegengehalten, daß es die Pflicht

der Arbeiterausschüsse gewesen wäre, die Arbeiter selbst über ihre Ansicht in dieser wichtigen Angelegenheit zu fragen. Da das nicht geschehen ist, hätten die Ausschüsse kein Recht, sich namens der Arbeiter für die Betriebskrankenkasse zu erklären.

Die Versammlung endete mit der fast einstimmigen Annahme einer Resolution folgenden Inhalts: „Die versammelten Arbeiter der Siemenswerke legen entschieden Protest dagegen ein, daß die Berliner Krankenkassen durch Gründung einer neuen Betriebskrankenkasse noch weiter zersplittert werden. Die Versammlung sieht in der Errichtung einer Betriebskrankenkasse eine schwere Schädigung der Arbeiterinteressen, weil die Arbeiter keine genügende Kontrolle über die Verwaltung einer solchen Kasse haben. Die Versammlung fordert die Arbeiter der Siemenswerke auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, daß eine Betriebskrankenkasse für die Siemenswerke gegründet wird.“

Die in den Niederlanden beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen — dem Metallarbeiterverband zugehörig — hielten am Sonntagmorgen eine Agitationsversammlung im „Marienbad“, Badstraße, ab. Der Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt hielt einen Vortrag über das Thema: „Die Internationale der Gewerkschaften“. Er erinnerte an die politische Internationale der Arbeiter im Anfange der modernen sozialistischen Bewegung. Mangelte es ihr zuerst an Lebensfähigkeit, so feierte sie eine kräftige Wiedererweckung auf dem Pariser Kongress im Jahre 1889. Neben der politischen gewann die gewerkschaftliche Internationale an Bedeutung in Uebereinstimmung mit der industriellen Entwicklung aller Länder. Sie hatte andere Aufgaben zu erfüllen. Der Redner erläuterte diese Aufgaben näher und hebt die Solidarität der Interessen dem Kapitalismus gegenüber und die Unterstützungszwecke der Gewerkschaften besonders hervor. Die gewerkschaftliche Organisation habe eine großartige Ausdehnung gewonnen. Dem internationalen Sekretariat seien 15 Länder angeschlossen. Die Jahresberichte dieses Sekretariats finden nach der Meinung des Redners durchaus nicht die gebührende Beachtung in der Arbeiterpresse. Bisher seien drei Berichte erschienen, die einen außerordentlich interessanten Einblick in den Fortschritt der Organisationen der Arbeiter in den 15 Ländern gewähren. Zu diesen 15 Ländern gehören noch nicht die Vereinigten Staaten und Australien. Alle zwei Jahre finden Konferenzen der verschiedenen Landessekretariate statt. (Schmidt macht aufmerksam auf den Kongress, der nächste Woche in Kristiania stattfindet.) Deutschland gewinne langsam die Führung unter den Ländern mit gewerkschaftlicher Organisation. Früher habe man immer mit dem größten Respekt von Englands Trade-Unions gesprochen, heute müsse man erleben, daß England ganze Streikbrecherkolonnen nach dem Auslande liefere. Der Redner spricht die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern nach dem Bericht des internationalen Sekretariats vom Jahre 1906 und verweist bei den französischen Gewerkschaften etwas länger in Verbindung mit einer Kritik über den Generalstreik und die „direkte Aktion“, die gern von den Franzosen empfohlen würde. Auf den Stuttgarter Kongress übergehend, gab er der Hoffnung Ausdruck, daß das Resultat der Beratungen über den Punkt „Partei und Gewerkschaften“ befriedigend auf die Entwicklung der Bewegung in den einzelnen Ländern wirken möge. Bei der Erwähnung der Frage über Ein- und Auswanderung machte Schmidt allerlei Bedenken geltend gegen eine unbeschränkte Einwanderung der Mongolen und meinte, wir würden uns wahrscheinlich nicht anders verhalten wie die amerikanischen und australischen Gewerkschaften, wenn wir in Deutschland allen Ernstes vor einer Ausfrage ständen. Er erklärte: „Ich bestreite, daß wir die Türen weit aufmachen würden, um die Chinesen und Japaner hereinzulassen.“ — Mit einem dringenden Appell, der wachsenden Macht des Unternehmertums eine immer stärker werdende gewerkschaftliche Organisation gegenüberzustellen, schloß er seinen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag. — Zur Diskussion meldete sich nur ein Redner, der sich besonders gegen die Bestrebungen einer Zersplitterung in den Gewerkschaften wandte, im übrigen aber mit dem Vortragenden einverstanden war. — In die Agitationskommission wurde R e u s i u s als Erasmann gewählt.

Eingegangene Druckschriften.

Die Bedeutung und Aufgabe des nationalen Bloks im Reichstage. Von R. Böhm. 20 Pf.
Preußen und Polen. Von H. Wörder. 6 R. Verlag: J. F. Lehmann in München.
Bericht der I. I. Gewerbe-Inspektoren 1906. 487 Seiten. Verlag: R. L. Hof- und Staatsdruckerei in Wien.
Die Neue Preussische Jagdordnung vom 15. Juli 1907. Verlag: L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdenerstr. 80. Preis 1 R.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sandalen.

Marburg, 10. September. (W. S.) In Wetter verübten vorgestern junge Vurschen schwere Ausschreitungen. Sie zertrümmerten am Bahnhof die Läuteapparate und Laternen, und als der Frühzug von Frankenberg einlief, bewarfen sie die Passagiere mit Steinen; es sollen mehrere Leute durch Steinwürfe verletzt worden sein. Eine Dame mußte sogar die Fahrt unterbrechen. Die Täter sind ermittelt.

Friede in Antwerpen in Aussicht.

Brüssel, 10. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß auf Grund neuer Vermittlungsvorschläge der Streik im Hafen von Antwerpen im Laufe der nächsten Woche beendet wird. Nach dem neuen Vorschlag soll der Streik keinem Schiedsgericht unterbreitet werden, sondern die sozialistischen und katholischen Dockerorganisationen ernennen Delegierte, die mit den Unternehmern direkt in Verhandlung treten. Nach einer vorläufigen Aufnahme zu den allen Bedingungen soll eine Lohnmehrung eintreten. Auch der Führer der Streikenden, Genosse M i l i r, hat die Beendigung des Streiks in Aussicht gestellt. Vorläufig bleibt noch der Streik in vollem Umfange bestehen. Die Zahl der Streikbrecher hat sich nur ganz unwesentlich vermehrt.

Die Brandkatastrophe in Raab.

Budapest, 10. September. (W. S.) Zu dem Brandunglück in Raab wird noch berichtet: Die Zahl der Toten hat sich bisher nicht vergrößert, die Zahl der Schwerverletzten beträgt etwa 60, die meisten Krüppel bleiben dürften. Arbeiter werden noch immer vernutzt. Die Hauptursache dafür, daß die Katastrophe solche Dimensionen annehmen konnte, ist wohl hauptsächlich die schlechte Ausrüstung der Feuerwehre. Der Schaden an Getreide und Vorräten beläuft sich auf etwa 2 Millionen.

Eine musterhafte Kasenführung.

Budapest, 10. September. (W. S.) In Proos im Honhabet Komitat wurde ein Abgang von 700 000 Kronen öffentlicher Gelder konstatiert. Die Gesamtabgänge dürften über 1 Million betragen, da seit Jahresfrist gar keine Verbuchungen erfolgten. Der Stadtkassierer Moriz Schuller ist flüchtig.

Einführung der Goldwährung in China.

New York, 10. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Eine hier aus Washington eingegangene Wochendepeche besagt, daß China sich entschlossen habe, die Goldwährung einzuführen.

Das Nachrichtenbureau.

Die „Vergifchte Arbeiterstimme“ in Solingen druckt aus der „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ den Privatentwurf der fünf Redakteure ab, dessen wesentlichste Forderungen in unserem Artikel vom 27. August wiedergegeben waren, und bemerkt im Anschlusse daran:

Wir müssen nach seiner Lesart sagen, daß wir die entristete Opposition des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ gegen ihn nicht verstehen. Man kann — wie bereits unser Kasseler Bruderblatt richtig hervorgehoben hat — sehr verschiedener Meinung darüber sein, welche Aufgaben im einzelnen dem Presbureau zuerteilt werden sollen. In dieser Hinsicht werden auch die Bedürfnisse der einzelnen Parteiblätter oft verschiedenartige sein. In einem aber müssen wir dem Entwurf der fünf Kollegen unbedingt den Vorzug vor dem des Parteivorstandes geben: die im Presbureau tätigen Kollegen müssen in enger Fühlung mit den Redaktionen arbeiten, und das läßt sich nur erzielen, wenn sie der maßgebenden Kontrolle der Redaktionen unterliegen. Der Parteivorstand kann unmöglich so viel redaktionstechnische Erfahrung besitzen, daß er die Wünsche der Redaktionen und die Leistungen des Presbureaus maßgebend zu beurteilen imstande ist. Die übermäßige Zentralisation unserer Partei bringt an sich schon genug Schattenseiten mit sich. Der Parteivorstand unterstützt viele Parteiblätter, der Parteivorstand kontrolliert den prinzipiellen Inhalt der Parteipresse, der Parteivorstand wird immer wieder bei der Besetzung von Redakteursposten um Auskunft ersucht. Der Parteivorstand soll nun auch der Parteipresse ihre wichtigsten Mitarbeiter aussuchen. Dabei ist der Parteivorstand schon jetzt nicht mehr in der Lage, die nötige Fühlung mit den Organisationen im Lande anrecht zu erhalten. . . . Wir meinen, die Parteipresse sollte auf ihr bisheriges Recht, sich ihre Mitarbeiter selbst auszusuchen, und zugunsten eines neuen von der Zentralinstanz abhängigen und darum notwendig mehr oder minder bürokratisch wirkenden Instituts nicht freiwillig verzichten. Die Gefahr, daß das Presbureau irgendwelchen bestimmten „Richtungen“ innerhalb der Partei ausgeliefert wird, besteht unseres Erachtens nicht.

Auf die Forderung des Entwurfs der fünf Redakteure, das Nachrichtenbureau der maßgebenden Kontrolle der Parteipresse selbst zu unterstellen, brauchen wir nach dem Artikel Webels nicht mehr einzugehen.

Wir begnügen uns deshalb mit der Feststellung, daß auch das Solinger Parteiblatt einer Diskussion über den Kernpunkt der Frage, die dem Nachrichtenbureau zu überweisenden Aufgaben, vorichtig aus dem Wege geht!

Der „Volkswille“ in Hannover wendet sich lebhaft gegen die „Gespenserscheerei“ des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ und sagt dann zur Sache selbst das Folgende:

Die Frage der Einrichtung eines Nachrichtenbureaus ist, wenn auch keine Lebensfrage für die Partei, so doch immerhin eine Frage von einiger Bedeutung. Schon der Umstand, daß mehrere Parteioorgane sie für eine „dringliche Aufgabe“ erklären, sollte Anlaß genug sein, sie nicht glatt von der Hand zu weisen. Tatsache ist, daß die Parteipresse der bürgerlichen Presse vielfach nachempfunden, und daß hier ein parteigenössliches Nachrichtenbureau gute Dienste leisten könnte. Ob es allen Anforderungen gerecht werden würde, hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren ab, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Einige Parteioorgane, und zwar die größeren, leugnen nun die Notwendigkeit eines derartigen Bureaus. Daß die größeren Parteioorgane eines solchen Bureaus entbehren können, will ich nicht bestreiten; haben sie doch neben ihrem bedeutend stärkeren Redaktionsstab ihren privaten Nachrichtendienst, dessen die Provinzpresse wegen der erforderlichen bedeutenden Mittel sich nicht bedienen kann. Diese Gegnerschaft resultiert in der Hauptsache aus der Befürchtung, daß ein Presbureau „Physiognomie und Charakter der Parteipresse gefährde“; daß es zu einer „literarischen Oberbureauverwaltungsbehörde“ sich auswachsen und „zu einer ganz unerträglichen Uniformierung und Vereinheitlichung der Parteipresse führen könnte“.

Daß die Gefahr der Uniformierung und Schablonisierung bis zu einem gewissen Grade besteht, läßt sich nicht in Abrede stellen angesichts der wenig erfreulichen Erfolge, die einige private Nachrichtenbureaus erzielt. Daß aber das Bureau zu einer geistigen „Oberbureauverwaltungsbehörde“ sich auswachsen könnte, eine solche Befürchtung kann doch nur gegen bezw. aussprechen, wer über die Fähigkeiten der Redaktionen unserer Provinzpresse recht bescheiden denkt. Meines Erachtens sind auch die Redakteure an der Provinzpresse Mannes genug, jeder geistigen Bevormundung, komme sie, woher sie wolle, sich zu erwehren; andernfalls wäre es für die Partei besser, wenn solche unfähigen Kräfte so schnell als möglich aus ihren Stellen entfernt würden. . . .

Ein Nachrichtenbureau kann segensreich wirken; es kommt nur darauf an, es zweckentsprechend einzurichten und seinen Wirkungskreis genau zu umgrenzen. Dies letztere aber nicht etwa, weil ich „politische Suggestionen“ fürchte, sondern weil ich im Interesse der Parteipresse und der Partei einer, wenn auch nur teilweise „Uniformierung“ vorbeugen sehen möchte.

Auch das Hannoverische Parteiblatt schweigt sich also über die Aufgaben des Presbureaus grundsätzlich aus, trotzdem es die Gefahr der Uniformierung und Schablonisierung nicht in Abrede stellt und es gleich uns für notwendig hält, den Wirkungskreis des Nachrichtenbureaus „genau zu umgrenzen“. Warum läßt uns dann aber das Hannoverische Bruderorgan gleich der übergroßen Mehrzahl der Blätter, die zu der Frage Stellung genommen haben, so völlig im Unklaren darüber, welche Aufgaben dem eigentlich das Nachrichtenbureau zu erfüllen hat? Man brauchte sich doch nur mit den eingehenden Darlegungen der „Leipz. Volksztg.“ und des „Vorwärts“ selbst zu beschäftigen! Mit unbestimmten Redewendungen schafft man doch keine Klarheit in einer Sache, von der der „Volkswille“ selbst zugesteh, daß sie für die Partei „doch immerhin eine Frage von einiger Bedeutung“ sei!

Etwas gründlicher, aber freilich lange nicht gründlich genug geht die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ auf die geltend gemachten Bedenken ein. Die „Leipz. Volksztg.“ hatte geschrieben:

Wenn er (der „Vorwärts“) beispielsweise die erste Forderung des Redakteurenentwurfs: telegraphische und telephonische Uebermittlung wichtiger Auslassungen der führenden bürgerlichen Presse, als ein journalistisches Hilfsmittel schätz, und es nur nicht überschätzt haben will, so würden wir unfererseits jeden Pfennig für weggeworfen erachten, der an diese Aufgabe gewandt würde. Es ist vom Standpunkt des Parteinteresses aus völlig gleichgültig, ob der Kohl, den der Dividenden-Wähler oder der Amten-Vertel oder ähnliche Größen, die „zur führenden bürgerlichen Presse“ gehören, auf ihren Inseratenplantagen bauen, unserer Provinzpresse um ein paar

Stunden früher oder später serviert wird. Die „führenden“ Wiedermänner werden am ehestensten sein, daß ihren sogenannten Geisteserzeugnissen ein Wert beigelegt wird, den sie vermutlich selbst nicht beanspruchen. . . .

Dagegen wendet sich die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ folgendermaßen:

Durch diese Darstellung wird der Schein erweckt, als berauhe der Entwurf der Redakteure auf einer lächerlichen Ueberschätzung irgendwelchen bürgerlichen „Kohls“, wie ja die Artikel der „Leipz. Volksztg.“ allenthalben den Verdacht durchblinden lassen, als könne durch das Presbureau die Bahn eklebsten Klatsches und niedriger Korruption eröffnet werden. Zum Schluß gegen solche Darstellung sei einfach wörtlich mitgeteilt, was der Entwurf der Redakteure in Wahrheit besagt. Da heißt es:

„Die Mehrzahl der Blätter erscheint vormittags, mittags oder nachmittags. Die Bearbeitung der in den Berliner Morgenblättern enthaltenen Nachrichten ist ihnen unmöglich. Die Redaktionen müssen abschließen, ehe die Morgenblätter eingetroffen sind oder doch so bald nach ihrem Eintreffen, daß genügende Durchsicht, Auswahl und Bearbeitung nicht mehr möglich ist. Auch der „Vorwärts“ ist nicht mehr an seinem Erscheinungstage auszumachen. Je weiter die Blätter von Berlin entfernt sind, um so schwieriger ist ihre Situation. Während die konkurrierende Presse durch telephonischen Dienst schon am Morgen, wenn nicht bereits in der Nachtausgabe gut unterrichtet ist, hinkt unsere Presse nach. Zugleich ist sie auf die gegnerischen Nachrichten und auf deren Art der Verarbeitung und Darstellung angewiesen. Die Depeschen von Wolff, Girsh und Herold können diesen Uebelstand keineswegs beseitigen, sie sind nach Auswahl und Darstellung auf die Bedürfnisse der gegnerischen Presse berechnet. Es wäre daher ein erheblicher Vorteil, wenn unsere Blätter den wichtigsten Nachrichtenstoff der Berliner Morgenblätter im Laufe des Vormittags telephonisch übermittelt erhielten. Die Uebermittlung müßte je nach dem Redaktionsfluß der Blätter eingerichtet werden.“

Der Entwurf der Redakteure strebt also die Beseitigung eines Uebelstandes an, unter dem unsere Parteipresse leidet. In den weiteren Entfernungen von Berlin tritt dieser Uebelstand sehr deutlich in die Erscheinung. Die „Leipziger Volkszeitung“, die darunter weniger leidet, weil sie durch günstige Zugverbindungen mit Berlin in den Stand gesetzt ist, zeitig genug das Zeitungsmaterial zu erhalten und zu benutzen, sollte sich besser bemühen, die Verhältnisse und Bedürfnisse der übrigen Parteipresse kennen zu lernen. Während doch der Entwurf der Redakteure ausdrücklich auf die Möglichkeit der schnelleren Benutzung des „Vorwärts“ hinweist und den Zwang beseitigen will, den Nachrichtenstoff in der von der bürgerlichen Presse gegebenen Verarbeitung und Darstellung zu übernehmen, während der Entwurf also deutlich genug sagt, was er meint, verheißt die „Leipziger Volkszeitung“ den Inhalt des Entwurfs und macht den Parteigenossen das falsche Bild vor, als sollte die Parteipresse mit „bürgerlichem Kohl“ überflutet werden.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ selbst erklärte, deckt sich ihre Auffassung über diese Form des Nachrichtendienstes nicht völlig mit der des „Vorwärts“, noch weniger freilich mit den Wünschen der fünf Redakteure und der Ansicht der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“.

Wir sind der Meinung, daß in der führenden bürgerlichen Presse mancherlei enthalten ist, was für die Kennzeichnung der Politik der bürgerlichen Parteien charakteristisch ist, wenn daraus auch natürlich für den Politiker, der die Verhältnisse verfolgt, keinerlei Offenbarungen zu schöpfen sind. Wir sind deshalb auch nicht dagegen, daß bürgerliche Presstimmen der Parteipresse mitgeteilt werden, damit sie gleich den in Frage kommenden größeren Parteiblättern eine selbständige Kritik an diesen bürgerlichen Presäußerungen üben können, statt wie bisher entweder auf eine Berliner Privatkorrespondenz angewiesen zu sein, oder aber — was wir freilich für kein allzu großes Unglück erklären — mit der eigenen Beurteilung 24 Stunden später zu kommen — ein Umstand, der trotz kurzer telephonischer oder telegaphischer Informationen wohl auch für die Zukunft die Regel bilden dürfte. Der Entwurf der fünf Redakteure dagegen, dessen Standpunkt ja die „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ einnimmt, will es nicht bei bloßen Auszügen und rein referierenden Meldungen bewenden lassen, sondern betont ausdrücklich, daß die Nachrichten und Informationen selbständig geordnet, gefärbt, literarisch dargestellt und mit selbständiger Beurteilung (durch das Nachrichtenbureau) versehen sein“ müßten!

Das wäre aber nichts als die Uniformierung und Schablonisierung, vor der auch viele Parteiblätter nachdrücklich warnen, die die Schaffung eines Nachrichtenbureaus sonst befürworten!

Weiter heißt es in der „Sächs. Arbeiter-Ztg.“:

2. Informationsdienst. Der Nachrichtendienst unter 1 soll nicht sich lediglich auf den Blättermeldungen aufbauen, sondern es sollen nach Möglichkeit eigene Nachrichten gewonnen werden. Hierbei kommen zunächst in Betracht Nachrichten und Informationen, die vom Parteivorstand, aus dem „Vorwärts“, von der Generalkommission der Gewerkschaften und von anderen Organen der Arbeiterbewegung kommen.

Der Informationsdienst soll sich ferner hauptsächlich beziehen auf Vorgänge in den Berliner Parlamenten, in den Kommissionen des Reichstages und Landtages. Die Aufgabe dieses Dienstes soll sein, die Parteipresse nicht nur über die tatsächlichen Vorgänge schnell zu unterrichten, sondern auch über die Unterströmungen der Politik, über das, was im Werden ist. Die Redaktionen fern von Berlin bedürfen dringend derartiger Informationen, um nicht von den politischen Ereignissen überrascht zu werden.

Diese Stelle des Entwurfs ist vom „Vorwärts“ also ausgelegt worden: Das bedeutet nichts anderes als die Befragung unserer Politik durch Hintertreppentisch und Konjunkturpolitik der allerbedenklichsten Art“. Diese liebendwürdige Auslegung ist freilich auch nur möglich, wenn, wie es der „Vorwärts“ tat, die Worte „über die Unterströmungen der Politik, über das, was im Werden ist“, völlig aus ihrem Zusammenhang herausgerissen werden. Wer nicht so grübelnd aus dem Zusammenhang reißt, wird nicht verstehen können, wieso es zu Hintertreppentisch und Konjunkturpolitik führen soll, wenn das Presbureau, auf Grund von Erkundigungen und Befragungen mit dem Parteivorstande oder der Generalkommission der Gewerkschaften, den Redaktionen in der Provinz Mitteilungen über Geschäfte macht, die sich erst anbahnen, die man in Berlin bereits kennen kann, während in der Provinz ihre Tragweite noch weniger zu ermessen ist.“

Wir bewundern wirklich den Mut der „Sächs. Arbeiter-Ztg.“, und falsche Auslegung und Herausreißen aus dem Zusammenhange vorzugewerfen! Unterstellungen läßt sich gerade die „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ zuschulden kommen!

Das beweist gerade der Wortlaut des zitierten Absatzes des Fünfer-Entwurfs! Da ist zunächst die Rede von „Nachrichten und Informationen, die vom Parteivorstand, dem „Vor-

wärts“, der Generalkommission und den anderen Organen der Arbeiterbewegung kommen.

Dann aber soll sich der Informationsdienst ferner (1) beziehen auf die Parla ment sberhandlungen usw. Die Aufgabe dieses (1) Dienstes“ soll dann auch sein, „über die Unterströmungen der Politik, über das, was im Werden ist,“ zu berichten.

Wer reißt also aus dem Zusammenhange, wer unterstellt?!

Nun könnte freilich wenn auch nicht von einer „Unterstellung“ des „Vorwärts“, so doch von einem Mißverstehen der Absichten des Fünfer-Entwurfs die Rede sein, von einem Mißverständnis, für das allerdings einzig und allein die Verfasser des Entwurfs die Schuld tragen. Und man könnte meinen, daß der Wortlaut des Artikels der „Sächs. Arbeiter-Ztg.“ bezeugt wäre, dem Wortlaut der zitierten Stelle des Fünfer-Entwurfs eine solche ihrer ganzen Fassung freilich völlig widersprechende Deutung zu geben, da er ja zugleich der Hauptverfasser dieses Entwurfs ist.

Leider scheidet aber auch diese Möglichkeit völlig aus! Daß es sich nicht um Unterströmungen handelte, für die Parteivorstand und Generalkommission usw. als Informationsquellen in Betracht kämen, sondern um Unterströmungen, deren ergiebige Quelle in dem parlamentarischen Ratssch Bürgerlicher Nachrichtenversteher flüsse, darüber liegen gerade die Auslassungen der beiden Mitverfasser des Fünfer-Entwurfs nicht den geringsten Zweifel für alle diejenigen, die der letzten Besprechung des Parteivorstandes mit drei Pressevertretern in Sachen des Presbureaus beiwohnten! Und der Verfasser des Artikels der „Sächsischen Arbeiter-Ztg.“ war gerade einer der beiden Pressevertreter, die auf die Information über diese „Unterströmungen“ das Hauptgewicht legten!

Wir können deshalb nur wiederholen: Wir bewundern den Mut der „Sächsischen Arbeiter-Ztg.“, dem „Vorwärts“ den Vorwurf „liebenwürdiger Unterstellung“ zu machen!

7. Allgemeiner skandinavischer Arbeiterkongreß.

n. Christiania, 6. September.

Im Plenarsaal des Stadtverordnetenkollegiums wurde heute der 7. skandinavische Arbeiterkongreß hier eröffnet. Vertreten sind zierla 400 000 auf dem Boden des Klassenkampfes organisierte skandinavische Arbeiter. Und zwar sind anwesend aus Schweden 125 Delegierte, Norwegen 107 und aus Dänemark 86. Außerdem nimmt zum erstenmal die junge Arbeiterbewegung Finnlands durch 6 Delegierte an den Verhandlungen teil. Aus Deutschland, Belgien und Ungarn sind die Landessekretäre der Gewerkschaften anwesend, deren internationale Konferenz am 15. und 16. September hier stattfand.

Der Vorsitzende der norwegischen Sozialdemokratie, Dr. Oskar Risse, eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache, in der er besonders die Verdienste der schwedischen Sozialdemokratie um die Erhaltung des Friedens auf der skandinavischen Halbinsel im Jahre 1905 hervorhob. Für die ausländischen Gäste sprach Huhsmans-Präsident, der in einer glänzenden Rede die vorbildliche Arbeiterbewegung des skandinavischen Nordens feierte. „Als in Stuttgart“, führte Huhsmans u. a. aus, „in der antimilitaristischen Kommission der Resolutionsentwurf vorgelegt wurde, konnten die schwedischen Delegierten erklären, daß sie in ihrer praktischen Tätigkeit längst über das hinaus seien, was da gefordert wurde. Und zu der Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften konnten die skandinavischen Delegationen insgesamt erklären, daß dies für sie längst keine Frage mehr sei.“

In der Nachmittags Sitzung hielt zunächst Hj. Wranting-Stockholm das einleitende Referat über die Ziele der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, dabei einen Ueberblick über ihre Entwicklung in Skandinavien gebend. 21 Jahre sind vergangen, seit dem ersten tastenden Versuch, in Gothenburg die skandinavischen Arbeiter einander näher zu führen. Damals hatte nur Dänemark eine annehmbare Organisation der Arbeiter, die in Norwegen und Schweden im tiefsten Stund dahingeblieben. Heute sind in den drei Ländern über 400 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert und die Gewerkschaften haben eine ungemein erfolgreiche Arbeit zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der skandinavischen Arbeiter getan. Mit der großzügigen Entwicklung des Kapitalismus sei auch die Bewegung der Arbeiter auf sozialdemokratischer Grundlage gewachsen, der ganzen Welt zur Warnung, daß die Lage des Kapitalismus nicht ewig seien. Aber die Gewerkschaften allein können den Kapitalismus nicht Herr werden, sie bedürfen der Ergänzung durch die sozialdemokratische Partei, die für die sozialistische Erziehung der Massen Sorge zu tragen habe und durch Parlament und Presse die Interessen des arbeitenden Volkes wahrnimmt. Das Wachsen der Arbeiterorganisationen, die immer größer werdenden Massenansammlungen zeigen am besten die Notwendigkeit der Ergänzung der gewerkschaftlichen Aktion durch die politische. Und als drittes Glied in der Kette, sei die Tätigkeit auf genossenschaftlichem Gebiete heute mit einzufügen. — Wrantings Vortrag, der sowohl rhetorisch als inhaltlich eine ausgezeichnete Leistung war, wurde vom Kongreß mit stürmischem Beifall aufgenommen und die von ihm eingebrachte Resolution, die im Sinne seines Referats die intensive Hand in Hand gehende Aktion auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete bis zur endgültigen Beseitigung aller Klassenprivilegien empfiehlt, wurde einstimmig angenommen.

An Stelle Sign. Offens hielt sodann P. Knudsen-Kopenhagen, das Referat über das Genossenschaftswesen, dabei einen Ueberblick über die Entwicklung der genossenschaftlichen Bewegung seit Robert Owen gebend. Die sich daran knüpfende Diskussion ist eine recht lebhaft. Hocking-Stockholm vertritt mit großer Schärfe die Genossenschaftsbewegung als einen Teil der allgemeinen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, dazu berufen, wertvolle Dienste im Kampfe gegen den Kapitalismus für den Sozialismus zu leisten. Die weitere Debatte wird auf den folgenden Tag vertagt.

Aus den gedruckt vorliegenden Berichten von Schweden und Norwegen ist hervorzuheben, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Schweden auf 214 574 und in Norwegen auf 28 965 gestiegen ist. Die Zahl der Parlamentarische, die von den sozialistischen Parteien der drei Länder erobert sind, beträgt in Dänemark 24 von 114, in Norwegen 10 von 128 und in Schweden 15 von 220. Die Zahl der politisch organisierten Sozialdemokraten wird für Norwegen auf 20 000 und für Schweden auf 100 000 angegeben. Die sozialdemokratische Presse Schwedens hat eine Auflage von 151 000 Exemplaren erreicht. In Norwegen ist die Auflage der sozialdemokratischen Presse auf 37 000 gestiegen. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher beträgt in Norwegen 230 in 54 Gemeinden und in Schweden 67 in 44 Gemeinden. — In Schweden ist ferner während der letzten Jahre eine erfolgreichere Landarbeiterbewegung entstanden, die bis heute zierla 10 000 Mitglieder zählt. Freilich wurde 1900 die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter über 18 Jahre auf 862 189 festgestellt. Aber diese Zahl ist ungenau; jedenfalls ist die Zahl der tatsächlichen Organisationsfähigen weit geringer. Trotzdem stehen die schwedischen Genossen vor einer schweren Aufgabe, an die Partei und Gewerkschaften mit aller Kraft jetzt herangehen.

Aus der Verhandlungspraxis des Kongresses sei hier auf die sich bewährenden Kommissionsberatungen hingewiesen. Eingeführt

find fünf Kommissionen, die alle zur Verhandlung gelangenden Fragen erst prüfen und entsprechende Vorlagen ausarbeiten, wie auf den internationalen Sozialistkongressen. Diese Verhandlungspraxis hat unbefriedigend große Vorzüge, indem die Generaldebatten wesentlich abgekürzt werden.

Entgegnung.

Auf die aus der „Leipz. Volkszeitung“ übernommenen Angriffe des Genossen Kautsky wegen meiner Haltung bei der Kolonialabstimmung in Stuttgart habe ich folgendes zu erwidern:

Schon in der Sitzung der deutschen Delegation am Tage nach der Abstimmung sind von einzelnen Genossen die gleichen Anklagen, die Kautsky jetzt aufwärmt, gegen mich erhoben worden. Sie wurden aber von den verschiedensten Seiten zurückgewiesen, und die Haltung der großen Mehrheit der Delegation ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß sie den Standpunkt der Ankläger nicht teilte. Man erkannte vielmehr an, daß ich als Mitglied der Kolonialkommission und als Vertreter des Mehrheitsbeschlusses der Delegation nach parlamentarischem Brauch wohl berechtigt war, die Stimme für diese abzugeben. Jedenfalls war keinerlei anderweitiger Beschluß in dieser Hinsicht vorher gefaßt worden.

Daß das Votum der deutschen Delegierten nach Ablehnung ihres prinzipiellen Antrages, resp. dessen Ersetzung durch die Minderheitsresolution konsequenterweise rein lauten mußte, kann erstlich nicht bestritten werden. Allenfalls wäre das vom Genossen Pfannkuch vorgeschlagene Votum auf Stimmenthaltung mit unserer vorherigen Abstimmung noch zu vereinbaren gewesen. Für die Delegation mit Ja zu stimmen, dazu war nach Lage der Dinge jedenfalls niemand autorisiert. Zu einer „Entschuldigung“ meinerseits in der Delegation, von der Kautsky phantasiert, lag also nicht der mindeste Grund vor, da ich weder der Form noch der Sache nach etwas getan hatte, wozu ich nicht berechtigt gewesen wäre.

Ich habe in der Delegationsitzung lediglich den Stimmantrag, mit dem ich das Nein ausbrachte, mit der Absicht erklärt, mich der ganzen deutschen Delegation, die zerstreut unter den Seitengalerien und zum Teil auch hinten in dem großen Saale saß, verständlich zu machen. Den von Kautsky beliebten geschmacklosen Vergleich mit dem Hirtenknaben und der Hanneleherde weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. Die deutsche Delegation, die die einzig kompetente Richter in dieser Sache war, da sie die Vorgänge aus unmittelbarer Anschauung kannte, würde, wenn ich mir eine derartige „eigenartige Rolle“ angewandt hätte, gewiß nicht versäumt haben, mir in der Sitzung tags darauf das Nötige zu sagen. Sie tat dies nicht, da keinerlei Grund dazu vorlag, und wenn jetzt Kautsky jene Vorgänge in tendenziös entstellender Weise nachträglich breittreibt, so ist das der einzige „Skandal“ bei der ganzen Sache. Er muß wohl selbst die Schwäche seines naïv-doktrinären Standpunktes in der Kolonialfrage empfinden, daß er auf diese Weise versucht, seine sachlichen Gegner persönlich zu diskreditieren und dadurch die Diskussion auf das Niveau des persönlichen Händels herabzuziehen.

Eduard David.

Die russische Revolution.

Amtliches Lügen-Magazin.

Petersburg, 10. September. Laut amtlicher Mitteilung über die Vorgänge in Odessa wurden am 31. August zwei Polizisten verächtlich getötet und ein Polizeiaufseher schwer verletzt. Dieser Umstand in Zusammenhang mit der Ermordung des Generals Karanogoff im Kaukasus rief starke Erregung unter der russischen Bevölkerung Odessas hervor, welche sich in Ausschreitungen hauptsächlich gegen Juden äußerte. Am 31. August wurden in den Straßen ein Jude getötet und drei verwundet. Vom 1. bis zum 6. September erhielten bei Straßenzusammenstößen 12 Personen Schußwunden, davon starb eine, 32 erhielten Stich- und Schlagwunden. 23 Personen, Mitglieder des Verbandes acht russischer Leute, und acht Anarchisten wurden verhaftet, wobei sich herausstellte, daß mehrere sich fälschlich als echt russische Leute ausgegeben hatten. Durch energische Maßnahmen wurde der Ausbruch eines Pogroms verhindert. (11) Die Ruhe ist jetzt wieder hergestellt.

Gleiche Brüder —

Der Verband des russischen Volkes ist der internationalen antizönsialistischen Liga beigetreten.

Soziales.

Eine Scharfmachertagung.

Die Vertreter der deutschen Vaugetwerks-Verbandsvereinigungen und die Delegierten des Innungsverbandes hielten in der abgelaufenen Woche in Halle ihre Verbandstage ab. Wer die Herrschaften kennt, weiß, was man von ihnen zu halten hat. Die bürgerlichen Stadtväter, die für die Arbeiter verächtlich wenig übrig haben, hatten es sich nicht nehmen lassen, für den festlichen Empfang der Herren einen bedeutenden Betrag aus den Steuergrößen zu bewilligen. Man sah und trank, brachte ein Kaiserhoch aus, erinnerte an die große Entschuldigungsaktion vor 37 Jahren mit dem „Lobfeind“ und ging dann, das ist durchaus logisch, dazu über, die Rechte der Arbeiter zu beschneiden. Bescheiden, wie die Vertreter von 833 Innungen mit 9706 Mitgliedern nun einmal sind, verlangten sie eine Abänderung der Gewerbeordnungsnovelle (Gesetz vom 7. Januar 1907) dahingehend, den Gewerbebetrieb als Bauunternehmer bzw. Vauleiter zu unterlegen. Die Behörden mühten „geschänt“ werden, ungeeigneten Unternehmern das Handwerk zu legen, denn es gebe im Deutschen Reich etwa 40000 Bauunternehmer, von denen ein großer Teil im Bauhand nicht die nötige technische und „moralische“ Vorbildung besitze. Bei Streiks und Ausperrungen sind die Herren vielfach „moralisch einzig“. Selbstverständlich wurde unter großem Beifall auch eine Resolution angenommen, nach der der Befähigungsnachweis eingeführt werden „muß“.

In der „sozialen Fürsorge“ für die Arbeiter wurde man sich in einer Resolution dahingehend einig: Da die Arbeiter die Unfallversicherungsbeschränkungen nicht gewissenhaft beobachten, sollen alle festgestellten Verstöße der Arbeiter gegen die bestehenden Vorschriften den zuständigen Stellen schnell zur Verurteilung unterbreitet werden. Dies geschieht, so sagten die Herren selbst, im Interesse der Arbeiter, deren Leben und Sicherheit geschützt werden soll. Sollten bei dieser Gelegenheit die Bauarbeiter nicht zu Gegenmaßnahmen greifen? Jedoch die Verstöße der Unternehmer werden ja „von den Behörden übermachtet“.

Eine weitere Abänderung der Gewerbeordnung verlangen die Herren bezüglich der Befähigung zur Anleitung von Lehrlingen; dann forderten sie den Schutz des Baumeisters und „Vaugetwerksmeister“. Jeder jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre soll als Lehrling gelten. Im Submissionswesen wollen sie Kurse, in denen das Veranschlagen auf Hochschulen geübt werden soll, einführen. Das Veranschlagen scheinen die Herren noch nicht gründlich zu verstehen; man ist jedenfalls im „Ueberdasochhören“ noch nicht ganz klar, wie ein recht marianter Fall jünger in Halle ergeben hat, bei dem einem Übernimmungsmeister im Submissionswesen vor Gericht betrügerische Manipulationen vorgeworfen wurden. Schließlich weiterte man noch recht lebhaft gegen die Streiks und dann plädierten die Scharfmacher in einer Resolution für die Einführung der Streiklausel „überall“. Hamburg habe in dieser Beziehung „vorbildlich“ gewirkt, sagte man. Künftig soll noch mehr vereint geschlagen werden.

Natürlich nahm auch ein Regierungsvertreter an der Scharfmachertagung, die für sich selbst spricht, teil.

Entwicklung der deutschen Lebensversicherung im Jahre 1906.

Nach den soeben veröffentlichten „vorläufigen Ergebnissen“ des kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung hat die deutsche Lebensversicherung unter dem Einflusse der günstigen Wirtschaftslage breiterer Volksschichten im Jahre 1906 ganz erhebliche Fortschritte gemacht. Die Versicherungsgesellschaften, von denen 42 große Lebensversicherungen, 13 sogenannte Volksversicherungen, 12 sonstige kleine Lebensversicherungen (Sterbegeld) betrieben, wozu noch 10 Anstalten von Versicherungsvereinigungen kamen, hatten folgende Neuabschlüsse zu verzeichnen:

	Polizen	Versicherungssumme
Große Todesfallversicherung	169 976	821 686 000 M.
Lebensfallversicherung	32 987	60 541 000 "
Volksversicherungen	950 526	190 842 000 "
Kleine Lebensversicherungen	5 800	8 416 000 "
Berufsbereinsversicherungen	20 574	11 439 000 "
Im ganzen 1906	1 179 703	1 087 924 000 M.
Gegen 1905	1 064 261	983 201 000 "

Es wurden also im letzten Jahre 115 442 Polizen und 104 723 000 M. Versicherungssumme mehr neu abgeschlossen als im Jahre vorher. Alle Versicherungsarten sind an diesem Mehrzugang beteiligt mit Ausnahme der Lebensfallversicherung, die immer mehr durch die verschiedenen Kombinationen der Todesfallversicherung ersetzt wird. Der Versicherungsbestand am Schlusse des Jahres 1906 war folgender:

	Polizen	Versicherungssumme
Große Todesfallversicherung	1 874 467	8 688 353 000 M.
Lebensfallversicherung	588 727	866 333 000 "
Volksversicherungen	5 708 244	1 008 748 000 "
Kleine Lebensversicherungen	70 083	27 224 000 "
Berufsbereinsversicherungen	236 323	124 300 000 "
Zusammen	8 427 794	10 664 958 000 M.

Im Durchschnitt ist also fast jede siebente Person im Deutschen Reich in irgend einer Form bei einer der privaten Lebensversicherungsgesellschaften versichert, während die durchschnittliche Versicherungssumme einer Police 12 700 M. beträgt. Daraus ergibt sich, daß heute auch weiteste Schichten der Arbeiterbevölkerung für sich und ihre Angehörigen in der freiwilligen Selbstversicherung eine Ergänzung zur staatlichen Zwangsversicherung sehen, und dadurch die privaten Versicherungsgesellschaften alljährlich um viele Millionen bereichern. Betrugen doch die Prämien und Polizen, die diese Gesellschaften im letzten Jahre einbrachten, nicht weniger als 480 Millionen Mark. Eine Verstaatlichung der Versicherungen ist noch in der letzten Reichstagsession von sozialdemokratischer Seite angeregt.

Amerikanische Sklaverei. Die Sklaverei in Amerika ist vor 40 Jahren abgeschafft, und dennoch existiert dieselbe noch heute in den Südstaaten, über die Rich R. G. Terrel in dem „Kineteenth Century“ Staunen erregende Enthüllungen bringt.

Diejenigen, die Arbeiter für ihre Farmen, Sägemühlen, Bauplätze, Brennereien, Kohlen- oder Phosphorminen benötigen, oder welche große Kontrakte irgendwelcher Art haben, mieten Straflinge von der betreffenden Provinzial- oder Staatsregierung, welche sie an den Höchstbietenden vermietet, in Wirklichkeit dem Reichtum die Macht über Leben und Tod der unglücklichen Männer und Frauen einräumt. Je mehr Arbeit der Pächter aus den Straflingen herausbekommt, desto mehr Geld fließt in seine Tasche.

In Georgia gibt es gegenwärtig — wie Rich Terrel schreibt — 150 000 Männer, welche am 1. April 1904 auf eine Periode von 5 Jahren an den Reichtum vermietet wurden. Die Durham Coal and Cull Co. mietete 150 Straflinge und zahlte für diese 228 bis 232 Dollar pro Person jährlich. Andere Gesellschaften mieteten 100, 175, 500 und mehr für 220, 221, 223 und 240 Dollar.

Während in früheren Jahren die farbige Bevölkerung ursprünglich allein für diese moderne Sklaverei in Frage kam, erlitten in jüngster Zeit auch zahlreich Weiße dasselbe bedauernde Schicksal. Im vergangenen Oktober wurde eine wohlhabende Familie in Arkansas überführt, zwei weiße Mädchen, von St. Louis Mo. kommend, gefangen gehalten zu haben. Das Urteil lautete auf 1000 Dollar Geldstrafe. Der Farmer, der die Mädchen veranlaßt hatte, von Missouri nach Arkansas zu kommen, machte sie einfach zu Sklaven.

Im gleichen Monat wurde bekannt, daß 1000 weiße Mädchen, die rechtlich Erben von großen wertvollen Wäldungen in Florida waren, Männerkleidung trugen und Seite bei Seite mit den Negern arbeiten mußten, die ebenso wie sie in Sklaverei gehalten wurden. Diese Mädchen sollen als kleine Kinder für ein Spottgeld an die reichen Holzhändler und Schwefelbergwerkbesitzer verkauft worden sein. Die Armen erhalten nichts für ihre Arbeit. Die Sklaven werden kaltblütig erschossen, wenn sie den Gehorsam vertragen.

Neue Arbeitsämter. Nach dem in Madrid erscheinenden Boletín del Instituto de Reformas sociales (Mai 1907) ist in Argentinien ein nationales Arbeitsamt errichtet worden, dessen Hauptaufgabe die Vorbereitung einer sozialen Gesetzgebung sein soll. Die Grundfrage für ein derartiges Amt kann natürlich nur geschaffen werden durch sorgfältige und laufende Statistiken und methodische und unbesangene Beurteilung. Solche Statistiken existieren für Argentinien nicht. Der Präsident des neuen Amtes hat daher mit der Organisation eines statistischen Betriebes begonnen, der sein Hauptaugenmerk auf die Erforschung und das Studium der sich als dringend darstellenden gesetzgeberischen Reformen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes richtet. Er hat zu diesem Zwecke auch die Hilfe der Behörden und des Publikums angeregt.

Auch Uruguay hat sich kürzlich ein Arbeitsamt geschaffen. Im dem Errichtungsbeschlusse wird dem Bureau die Gewerbe- und Arbeiterstatistik zugewiesen sowie die Aufgabe, die wirtschaftlichen Verhältnisse der verschiedenen Erwerbszweige zu studieren, sich ferner zu beschäftigen mit den hygienischen Verhältnissen der industriellen Arbeit, mit den Fragen bezüglich der Arbeitszeit, der Streiks und ihrer Ursachen und der Methoden, ihnen vorzubeugen, weiter mit der Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung, mit der Witwen- und Waisenversicherung, den Alterspensionen, dem Einflusse der Steuern auf die Lebensverhältnisse der Arbeiter, den Arbeiterwohnungen, den Konsumtionspreisen, den Kosten des Lebensunterhaltes, den Produktionskosten heimischer Erzeugnisse, Arbeitsnachweisen, der Belehrung über Unfallversicherung und Hygiene der arbeitenden Klassen, den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter, der Vermittlungsdämter, der Sparcassen und schließlich mit der gesamten ausländischen Gesetzgebung, soweit sie diese Gebiete angeht. — Man sieht, es ist eine recht reichhaltige Speisekarte, die nicht einmal von den alten europäischen schon seit vielen Jahrzehnten bestehenden Ämtern auch nur im entferntesten durchgeföhrt worden ist. Hoffentlich bleibt die Wirklichkeit nicht allzuweit hinter dem gesteckten Ziel zurück, man könnte dann das neue Amt schon jetzt herzlich begrüßwünschen.

Aus Industrie und Handel.

Steigerung der Haushaltungskosten.

Der Preussische Beamtenverein in Breslau hat durch Umfrage bei Geschäftsleuten und seinen Mitgliedern Material gesammelt, das zur Beurteilung der Verteuerung der Lebenshaltung dienen soll. Man ging dabei von dem Plane aus, die Verteuerung für eine längere Periode zu erfassen. Die Verarbeitung des Materials ist dann in der Weise erfolgt, daß die Preise und Ausgaben im Jahre 1906 in Vergleich gebracht werden zu den entsprechenden Zahlen des Jahres 1905. Die Monatshefte für deutsche Beamte“ berichtet darüber: Aus dem vorsichtig gesammelten und gewissenhaft verwerteten Material wird zunächst mitgeteilt, um wieviel Prozent die Kosten für die Bekleidung der Familie und für die Erziehung der Kinder seit dem Jahre 1905 gestiegen sind:

a) für den Mann

A. Hüte um 10—15 Proz. B. Wäsche: a) Leinwand um 33 1/2 Proz., b) Baumwollene um 20—25 Proz., c) wollene um 16 1/2—21 1/2 Proz. C. Oberbekleidung: a) Anzug um 20 Proz., b) Ueberzieher um 25 Proz., c) Woll allgemein um 60,3 Proz., d) Arbeitslohn um 60—65 1/2 Proz. D. Schuhwerk um 10—15 Proz. E. Sonstiges: a) Strawatten um 10—20 Proz., b) Regenschirme um 25 Proz., c) Handschuhe, Glace, um 28 Proz., d) Haarschneiden um 50 Proz., e) Rasieren um 50 Proz.

b) für die Frau

A. Hüte um 30 Proz. B. Wäsche: a) Leinwand um 33 1/2 Proz., b) Baumwollene um 20—25 Proz., c) wollene um 28 Proz. C. Oberbekleidung: a) Anzug um 20—50 Proz., b) Ueberzieher um 20 bis 35 Proz., c) Woll allgemein um 60,3 Proz., d) Arbeitslohn um 60 bis 65 1/2 Proz. D. Schuhwerk um 10—15 Proz. E. Sonstiges: a) Strawatten um 10—20 Proz., b) Schirme um 25 Proz., c) Handschuhe um 28 Proz., d) Haarschneiden um 50 Proz., f) Schulgeld um 20—20,4 Proz., Wäcker um 5—10 Proz. durch Wegfall des Rabattes.

c) für die Kinder

A. Hüte um 10—25 Proz. B. Wäsche: a) Leinwand um 33 1/2 Proz., b) Baumwollene um 20—25 Proz., c) wollene um 18—28 Proz. C. Oberbekleidung: a) Anzug um 20—50 Proz., b) Ueberzieher um 20 bis 35 Proz., c) Woll allgemein um 60,3 Proz., d) Arbeitslohn um 60 bis 65 1/2 Proz. D. Schuhwerk um 10—15 Proz. E. Sonstiges: a) Strawatten um 10—20 Proz., b) Schirme um 25 Proz., c) Handschuhe um 28 Proz., d) Haarschneiden um 50 Proz., f) Schulgeld um 20—20,4 Proz., Wäcker um 5—10 Proz. durch Wegfall des Rabattes.

A. Lebensmittel.

Butter ist teurer geworden um 18—36 Proz., Eier um 28 Proz., Kartoffeln um 22 Proz., Mehl um 10 Proz., Obst um 14 Proz., Bohnen um 48 Proz., Erbsen um 27 Proz., Linsen um 85 Proz., Reis um 16 Proz., Getreid um 11 Proz., Rindfleisch um 4 Proz., Hahnergänze um 21 Proz., Hirsche um 45 Proz., Semmel um 27 Proz., Zwieback um 17 Proz., Lagerbier in Flaschen um 10 Proz., Getreide um 20 Proz., Pfeffer um 53 Proz., Zwiebeln um 20 Proz.

B. Feuerungsmaterial.

Kohle (Sommerpreis) ist gestiegen um 15,3 Proz., Kohle (Winterpreis) um 22,2 Proz., Braunkohle (Sommerpreis) um 12,5 Proz., Braunkohle (Winterpreis) um 17,7 Proz., Brennholz um 21,4 Proz.

C. Hausgeräte.

Küchengeräte, eiserne und hölzerne, Bettstellen, Matratzen, Schränke, Tische, Stühle, kleinere Sachen sind gestiegen um 15 bis 20 Proz.

Außer diesen Erhöhungen sind noch erhebliche Preissteigerungen eingetreten hinsichtlich der Arzthonorare, Arzneikosten, Kirchen- und sonstigen Steuern, Gebühren für kirchliche Handlungen, Kosten der Beerdigung, Sezen und Pflege des Grabhügels usw.

Die Versorgung deutscher Großstädte mit Kohle. Die Kohlenzufuhr zu den wichtigsten deutschen Großstädten bewegt sich noch immer in stark ansteigender Linie. Für den Juli allein ergibt sich eine Zunahme der Verfohrung bei achtzehn der wichtigsten deutschen Städte um 103 203 Tonnen, was einer relativen Steigerung von mehr als 7 Prozent gleichkommt. Für diese Städte stellte sich nämlich die Zufuhr im Juli d. J. auf 1 540 435 Tonnen gegen 1 437 292 Tonnen im Vergleichsmonat 1906. Im ganzen laufenden Jahre hat die Verfohrung bereits eine Höhe von 10 246 911 Tonnen erreicht gegen 9 662 271 im Vorjahre, also 684 640 Tonnen mehr. Die stärkste Steigerung der Zufuhren hat im laufenden Jahre der Monat Juli gebracht, und zwar sind es ganz besonders die Städte Frankfurt a. M., München, Altona, sowie Barmen, deren Zufuhr im Juli gegenüber 1906 ganz gewaltig gewachsen ist. Bei all diesen Städten geht die prozentuale Steigerung im Juli über 20 Prozent hinaus; bei Altona beträgt sie sogar annähernd 60 Prozent. Die stärkste Erhöhung der Kohlenzufuhr bei diesen vier Städten würde noch eine weit größere Gesamtsteigerung herbeiföhrt haben, wenn nicht die Bewegung der Berliner Kohlenzufuhr stark rückgängig gewesen wäre. So aber wurde die Zunahme dieser vier Städte durch den erheblichen Rückgang von 57 710 Tonnen, den die Kohlenzufuhr Berlins im Vergleich zu 1906 aufwies, stark kompensiert. Die Zufuhren Berlins stellten sich im Juli 1907 auf 520 598 Tonnen gegen 458 458 im Juni und gegen 575 008 im Juli 1906.

Die Großeinlaufgesellschaft deutscher Konsumvereine hat im Monat Juli dieses Jahres einen Umsatz von 4 916 250,72 M. erreicht. Da im gleichen Monat des Vorjahres der Umsatz 3 870 210,65 M. betrug, ist der Umsatz der Großeinlaufgesellschaft im Monat Juli 1907 gegenüber der gleichen Periode des Jahres 1906 um 1 046 039,07 M. gestiegen. In den verfloffenen sieben Monaten — Januar/Jul — dieses Jahres erreichte der Gesamtumsatz der Großeinlaufgesellschaft 30 831 637,43 M. gegen 22 584 051,12 M. in dem in Betracht kommenden Zeitraum des Vorjahres. Demnach beträgt der Mehrumsatz in den sieben Monaten 1907: 7 748 086,31 M.

Die Teuerung in Russland.

Die bei Lohnbewegungen erhobene Forderung nach Erhöhung des Arbeitslohnes wurde von den Arbeitern in vielen Fällen mit Hinweis auf die herrschende Teuerung begründet. Daß diese Begründung durchaus berechtigt war, läßt sich jetzt an der Hand offizieller Angaben nachweisen. So konstatiert der alljährlich vom Handelsministerium herausgegebene „Anzeiger der Warenpreise“ eine Steigerung der Preise der wichtigsten Waren von durchschnittlich 116,2 des Jahres 1906 auf 125,7 im Jahre 1906. Der Durchschnittspreis der Waren im Jahre 1906 betrug 100, im Jahre 1907 125,7. Demnach stellt sich die Verteuerung in 1906 gegen das Vorjahr auf 25,7 Proz. Nach einzelnen Kategorien der Waren gefondert ist die Steigerung der Preise eine sehr verschiedene. Es betragen die Preise für:

1905 1906

Getreideprodukte

114,6 119,2

Fleischprodukte

133,2 143,0

Öle

102,5 115,8

Textilprodukte

121,4 140,2

Mineralien

110,0 137,9

Farbstoffe

112,9 114,8

Kolonialwaren

110,2 110,5

Somit haben die Produkte der Textilindustrie und der Berg- und Hüttenindustrie die größte Steigerung aufzuweisen, die Erzeugnisse der Agrarwirtschaft — Getreide und fleischliche Produkte — haben eine geringere Steigerung erfahren. Die vom „Anzeiger“ gebrachten Zahlen sind Engrospreise, der Arbeiter hat aber mit den stets erheblich höheren Detailpreisen zu rechnen, außerdem sind, besonders in den Großstädten, auf die Mieten erheblich gestiegen.

Die Ursachen der Teuerung sind vielfältiger Natur. Es muß für die Preissteigerung außer der allgemeinen ökonomischen Krise, die Russland jetzt infolge der Unruhen zu überwinden hat, zweifellos auch die Mißernte verantwortlich gemacht werden. Aber es muß nach den vom „Anzeiger“ gebrachten Zahlen scheinen, als ob nicht gerade diese letztere die ausschlaggebende Ursache der Warenpreissteigerung gewesen ist, sondern die allgemeine Preisanziehung auf dem Weltmarkt in Verbindung mit der günstigen Konjunktur der meisten Industrieländer. Diese Erwägung wird durch den Umstand unterstützt, daß nicht landwirtschaftliche, sondern Industrieprodukte die größte Preissteigerung aufweisen. Hätten rein lokale, russische Wirkungen dem nicht entgegengefordert, so wäre die Abhängigkeit des russischen Marktes vom Weltmarkt zweifellos in noch viel höherem Maße zum Ausdruck gekommen. Die Verteuerung der Industrieprodukte ist wesentlich eine Folge der in allen Industrieländern erstarkten Industrieverbände, deren Zweck eben ein Einufsen der Preise ist.

Es ist endlich in direkter Verbindung mit der Teuerung auf eine sehr charakteristische Erscheinung innerhalb der russischen Arbeiterklasse hinzuweisen: auf das Entstehen einer lebhaften kooperativen Bewegung, die namentlich in Petersburg und Moskau festen Fuß gefaßt hat und sich in der Gründung zahlreicher Produktiv- und Konsumgenossenschaften äußert mit dem klar ausgesprochenen Bestreben, für die Arbeiterklasse die schweren Wirkungen der Teuerung zu

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Die Ausgabe der Festzeitung von Genf bis Stuttgart

an die Bezirksführer erfolgt am Freitagabend 8 Uhr in den bekannten Lokalen.

Zur Lokalliste! Folgende Lokale stehen uns zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung: In Reinickendorf-West J. Gördes „Waldfeldhagen“, Waldstr. 50/51, und in Zeuthen: „Albrechtshof“, Anz. Spethmann, Neu-Zeuthen, Prinz Heinrichstraße 12. Die Lokalkommission.

Nixdorf. Genossen und Genossinnen! Nach Beschluß finden im Laufe der Monate Oktober-November-Dezember zwei Vortragskurse statt. Der erste Kursus, den Genosse Julian Vorchardt leitet, behandelt das Thema: „Die gegnerischen Parteien und ihre Programme“. Derselbe findet statt am jedem Dienstag im Oktober, und zwar am 8., 15., 22. und 29.; im November am Freitag, den 8., 15. und 22. Zu diesem Kursus ist jeder Funktionär verpflichtet, an demselben teilzunehmen. — Den zweiten Kursus leitet Gen. Bruno Vorchardt und behandelt das Thema: „Ueber den Bau des Weltensystems“. Dieser Vortragskursus findet jeden Donnerstag im Oktober statt und zwar am 17., 24., 31.; im November am 7., 14., 21. und 28.; im Dezember am 5. und 12. statt. — Beide Kurse werden in Fritz Soppes Lokal, Hermannstr. 49, abends 8 1/2 Uhr abgehalten und werden die Mitglieder gebeten, sich recht zahlreich an beiden Kursen zu beteiligen. Pünktliches Erscheinen ist erforderlich. — Anmeldungen werden in jeder Zahlstelle angenommen. Der Vorstand.

Wittenau. Sonnabend, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Wb. Schulte, Hauptstr. 66, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Die wahre Gestalt des Christentums. Referent: Genosse Adolf Stern. 2. Diskussion. 8. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Handzettelverbreitung Freitagabend.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Den Genossen zur Kenntnis, daß die Wahlvereinsversammlung am heutigen Mittwoch, abends 8 Uhr, in Wildau im Lokale des Herrn Schwamm stattfindet. Tagesordnung: Bericht vom Internationalen Kongress, Referent Genosse Dr. Rosenfeld; Bericht von der Kreis-Generalversammlung und Verschiedenes. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Genossen ist Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zur Eisenbahnkatastrophe bei Strausberg.

Gestern gaben wir der Meinung Raum, daß es durchaus nicht so zweifelhaft sei, daß unter allen Umständen das Eisenbahnunglück die Folge eines Bahnfrevels sei. Diese Meinung kommt auch unter anderen in einer Zuschrift eines Passagiers des Unglückszuges des Herrn Fabrikbesitzer Paul Reinbrock aus Coply an den „Pirnaer Anzeiger“ zum Ausdruck. Herr Reinbrock schreibt:

„Ich bin überzeugt, daß keiner der Mitreisenden das Märchen von einem Attentat glaubt, vielmehr bin ich — und gewiß jeder, der Ansicht, daß auch hier, wie bei dem Unfall in Wöfen, der Leichtsinn, mit dem die Ausbesserungen an den Gleisen während des Betriebes vorgenommen werden, die Schuld an dem Unfall trägt. Wie ein jeder der Mitreisenden beim Scheitern der brennenden Wagen sehr wohl bemerken konnte, lagen auf der linken Seite der Strecke (Fabrikrichtung Königsberg—Berlin) in regelmäßigen Abständen (Schienenlänge) Schienenverbindungsloschen, und zwar vier Stück auf eine Schienenlänge! Ich besand mich bei der Entgleisung im vordersten Wagen und bin unmittelbar nach der Katastrophe an dem brennenden, umgeworfenen Zuge entlang nach der Maschine vorgegangen, wobei ich auf der ganzen Länge dieses Zuges diese Verbindungsloschen vorkam. Auch andere Herren haben dieses bemerkt, und wir haben darüber unsere Ansichten ausgetauscht. Läge ein Attentat vor, so hätten diese Leisten gewiß nicht auf der ganzen Strecke verteilt dazugelegt. Ich bin der Ueberzeugung, daß hier schlechte Schienen ausgetauscht wurden, und daß die Arbeiter nur halb getan war, als der Unglückszug darauf hinwegfuhr. Die Schienen hatte man wohl auf den Schwellen befestigt; die Leisten sollten erst später angeschraubt werden. Daß meine Vermutung richtig sein dürfte, geht doch auch daraus hervor, daß der Zug an der Unglücksstelle langsam fuhr, der Zugführer hatte eben das Signal „Langsam fahren, Strecke in Reparatur“ erhalten bezw. gesehen. Wäre er mit der für den Zug festgesetzten Schnellzugsgeschwindigkeit dahergefahren, so wäre wohl niemand von uns heil und ganz davongekommen.“

Dieser Meinung von der Annahme einer „Betriebsdummheit“ tritt nun eine behördlich inspirierte Korrespondenz wie folgt entgegen:

In einigen Zeitungen wird jetzt bezweifelt, daß es sich bei dem Eisenbahnunglück bei Strausberg um einen Frevel handle, vielmehr soll eine „Betriebsdummheit“ die Ursache des Unglücks sein. Dieser Meinung begegnet man auch im Publikum nicht selten. Aber was man für sie anführt, hält doch den Tatsachen gegenüber nicht Stich. Zunächst soll der Schiffschein gar keine Bedeutung haben. Es könnte wirklich ein Chauffeur den Schlüssel benützt und dann weggeworfen haben. Aber weshalb sollte er ihn denn wegwerfen, wenn er ihn doch gebrauchen konnte? Und weshalb sollte er ihn gerade nach der Fundstelle getragen haben, in deren Nähe er mit dem ausgebesserten Automobil doch nicht gewesen sein kann. Aber trotzdem hat die Untersuchung daran gedacht, daß der Schlüssel wirklich zur Ausbesserung eines verunglückten Automobils gedient haben könnte. Ihr Sachverständiger jedoch, der Automobilingenieur Vollmer sagt, daß der Schlüssel hierzu ganz ungeeignet, ja unbrauchbar sei. Automobilschrauben seien für ihn viel zu klein, und er selbst sei für Automobilarbeiten viel zu lang. Außerdem habe ja auch jedes Automobil sein eigenes Werkzeug. Bei der Annahme einer Betriebsdummheit denkt man daran, daß die Schrauben bei der Verlegung des neuen Oberbaues vergessen worden seien. Daß man aber sechs Wochen lang — so lange lag der Oberbau an der Unfallstelle — einen so schweren Unterlassungsfehler, wie die Nichtbefestigung vier ganzer Schienen nicht bemerkt haben sollte, ist doch wohl ausgeschlossen. Und sechs Wochen lang hätte es bei diesem schweren Fehler ohne Unfall abgehen sollen? Gegenüber diesen Unwahrscheinlichkeiten zeigt aber auch der Befund, daß die Schrauben ordnungsmäßig eingezogen gewesen sind. Die Schwellenschrauben sind zwanzig Zentimeter lange Holzschrauben, das heißt eiserne Schrauben für Holz. Sie werden mit der Spitze durch einen Hammer Schlag in die Schwelle etwas eingetrieben und dann ohne Vorbohrung mit dem Stockschlüssel angezogen. Ihr großes Gewinde hält sehr fest und hinterläßt natürlich in dem Holz ohne Vorbohrung unverwundbare Spuren. Um auch noch festzustellen, ob die Schrauben

nicht vielleicht nur oberflächlich angezogen und wieder herausgefallen sein könnten, hat man die Schwellen durchgefägt, und nun zeigt sich, daß die Gewindespuren so tief gehen, daß die Schrauben vollständig angezogen gewesen sein müssen. Auch die Muttern der Leistenbeschrauben sind fest angezogen gewesen. Diese Schrauben sind, so weit das Muttergewinde auf ihnen gelegen hat, noch blank, an den anderen Stellen aber schon etwas angerostet. Gätten aber diese Schrauben mit den Muttern noch unverwendet neben den Schienen gelegen, wie sollten dann die Muttern herumgekommen sein? Wer sollte sie abgezogen haben, und zu welchem Zweck? Die Leisten sind also angeschraubt gewesen, und daß nicht rohe Gewalt sie beseitigt hat, lehrt wieder der Befund. Waren sie bei der Entgleisung noch befestigt, so mußten sie biegen oder brechen, oder die Schraubenköpfe mußten, wie an der gegenüberliegenden Schiene, von den Rädern abgeschnitten werden. Die Leisten sind aber unverföhrt und die Schrauben auch. Trotz dieser Feststellungen aber werden beim großen Publikum, wie die Erfahrung lehrt, die Zweifel wohl nicht eher verstimmen, als bis man des Frevels habhaft geworden ist. Umso mehr ist zu wünschen, daß den fast übermenschlichen Anstrengungen der Beamten der Kriminalpolizei und der Gendarmerie endlich der ersehnte Erfolg beschieden sein möge. Bisher waren alle Mühen noch umsonst. Auch der in Zehlendorf ergriffene Landstreicher mußte aus dem Amtsgerichtsgefängnis zu Groß-Lichterfelde wieder entlassen werden, nachdem er den Befugniszenten gegenübergestellt worden war. Eine neue Spur weist nach Berlin. — Es wäre erwünscht, daß sich ein Herr melde, der sich in dem entgleisten Zuge befand und gleich nach dem Unglück die Geistesgegenwart besaß, die Leute in den Wägen 24 und 24a zu wecken mit dem Lärmruf, der Zug sei entgleist und siehe in Flammen. Auf die Frage, wer er sei, antwortete er: Mitglied der Eisenbahndirektion Bromberg. Wahrscheinlich wollte er sich dadurch Autorität verschaffen und die Leute veranlassen, nach allen Richtungen Signale zu geben. Die Befindungen dieses Mannes, als eines besonnenen und objektiven Beobachters, wären für die Ermittlungen wertvoll. Der Unbekannte ist ziemlich groß, trägt einen grauen Ueberzieher und hatte Verletzungen an zwei Fingern der linken Hand.“

Aus der Kanalisationsdeputation.

In der letzten Sitzung der städtischen Deputation für die Kanalisation und Riefelfelder wurde beschlossen, die Frage der Regelung der Lehrergehälter auf den Riefelfeldern einer erneuten Prüfung durch eine Subkommission unterziehen zu lassen. In diese Kommission wurde auch der Stadtverordnete Vorkmann gewählt.

Eine Anzahl größerer Landkäufe erhielt die Zustimmung der Deputation; ebenso das Abkommen mit der Stadt Schöneberg bezüglich der Durchlegung eines Druckrohrs durch Schöneberger Gebiet. Die Verhandlungen mit Steglitz zu gleichem Zweck sollen fortgesetzt werden.

Um die Speisereise, welche die Anstalten in Buch alltäglich liefern, zu verteuern, sind bekanntlich in Schmezdorf Schweineanstalten errichtet worden. Es hat sich nun herausgestellt, daß Jungvieh von Händlern und Züchtern nie vorteilhaft zu erhalten ist. Es soll deswegen in Schmezdorf ein Stall für hundert Zuchtsauen errichtet werden. Eine genaue Berechnung, welche Direktor Schröder seinem diesbezüglichen Antrag beigelegt hatte, wies einen guten Ertrag nach, so daß die Deputation beschloß, die Sache schleunigst zur Durchführung zu bringen. „Ja, Pödden, was seggst du?“

Die stärkere Verlegung der Anstalten in Buch erfordert auch eine stärkere Inanspruchnahme der Milchlieferung. Um diesen Anforderungen zu genügen, soll in Albertsdorf ein Kuhstall für 200 Kühe erbaut werden. Für das im Bau begriffene neue „Vorwerk Hoberchtsfelde“ sollen 20 Pferde und 60 Zugochsen beschafft, sowie zur Anfertigung eines Reliefbildnisses des verstorbenen Vaurats Hobercht 1000 Mark in den nächsten Etat eingeklagt werden.

Es dürfte erinnerlich sein, daß der verflozene Schweine-minister Pöbbelski den Genossen Singer im Reichstag aufforderte: doch seinen Einfluß in der Berliner Stadtverwaltung zu benützen, um durch eigene Zucht der Schweine not zum Teil abzuhelfen.

Die Deputation für das städtische Turn- und Badewesen hatte in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien eine reiche Tagesordnung zu erledigen, aus der wir nur die nachstehenden wichtigsten Beschlüsse hervorheben wollen. Für den Turnplatz an der Schule in der Rutenwalderstraße soll die Beleuchtung so eingerichtet werden, daß der Platz abends durch die Vereine zu ihren Übungen benützt werden kann.

Dann wurde die Stiftungsurkunde der Julius Bleichröder-Stiftung zur Kenntnis gebracht. Ueber den Zweck der Stiftung hatten wir schon vor längerer Zeit Mitteilung gemacht. Die Bestimmungen und Vorschriften, welche die Stiftung enthält, wurden allgemein als ganz vorzüglich bezeichnet und könnten manchem Stifter als Muster dienen. Vor allem ist es die begrenzte Dauer sowie die Freiheit der Bewegung, die die Stifter der Verwaltung gelassen haben. Stadtschulrat Michaelis erhielt den Auftrag, den Stiftern für ihre Stiftung wie für den ausgezeichneten Gedanken, der der Stiftung zugrunde liegt, zu danken. Der Spielplatz hinter der neuen Gemeindegasse an der Pant- und Wiesenstraße, soll auch in Zukunft als Spielplatz erhalten bleiben.

Die Bauverwaltung hat in neuerer Zeit in den Turnhallen sogenannte Tonnengewölbedecken erbaut. Dieselben haben sich aber nicht bewährt, sondern geben zu den größten Bedenken Veranlassung und zwar um bedenklichen, weil eine ganz gleiche Decke kürzlich in der Aula der Gemeindegasse in der Christburgstraße herabgefallen ist, die als hängende Decke konstruiert war. Bei dieser Gelegenheit kam auch zur Sprache, daß trotz bei früherer Gelegenheit seitens der Bauverwaltung gegebener Zusage, der Oberturmwart von den Projekten zu neuen Hallen keine Kenntnis erhält.

Auf dem Ferienspielplatz in Bürknersfelde sollen eine Anzahl Einrichtungen getroffen werden, welche denselben völlig unabhängig von dem dortigen Gutgehört machen. Stadtschulrat Vorkmann und Oberturmwart Dr. Ludow haben mit dem Gartendirektor Wählig im Plänterwald einen Spielplatz für die Ferienspiele ausgesucht, auf welchen die Kinder aus dem Süden und Südosten gebracht werden sollen. Im Plänterwald befinden sich fünf kreisrunde Spielplätze. Dieselben sollen durch Beseitigung des Unterholzes zu einem einheitlichen Platz von circa 15 Morgen Größe zusammengezogen werden. Die Deputation stimmte, in der Ueberzeugung, daß hierdurch ein geradezu idealer Spielplatz entstehen werde, dem Projekte zu.

Abweichend von ihrem früheren Standpunkt beschloß die Deputation, drei höheren Schulen für ihre Aukervereinigungen Unterstützung bis zu 600 Mark zu bewilligen, d. h. beim Magistrat zu beantragen. Allerdings unter der Bedingung, daß sich dieselben nicht am Wettzuden beteiligen dürfen. Die Aukeranstalt im Nordhofen soll auch im nächsten Jahre wieder geöffnet werden. Den Maschinenmeistern wurde die erbetene Verlängerung ihres Sommerurlaubes bewilligt.

In der gestrigen Sitzung der Deputation für die Straßeneinrichtung wurde dem Unternehmer Zabbert, dem feitherrigen Vieh-

ranten, der Zuschlag auf Lieferung von Kies und Sand auf drei Jahre erteilt. Die Preise sind wesentlich höhere wie früher. Der Jahresbedarf erfährt dadurch einen größeren Aufwand, der sich auf 60 000 M. bezieht. Herr Zabbert war der Mindestfordernde. — Der Vertrag über Beschaffung, Bedienung, Unterhaltung und Aufbewahrung der Sprengwagen wurde mit dem Unternehmer auf ein Jahr zu dem alten Preis verlängert. — In den Arbeitsplan wird eine Straße aufgenommen und der Errichtung zweier neuer Bedürfnisanstalten zugestimmt, die auf das neue Viertel am Verbindungsbahnhof Schönhauser Allee entfallen. — Beschlossen wurde die Anschaffung von acht weiteren Schneepflügen und die Montierung eines im Gebrauch befindlichen, dergestalt, daß er als Transportwagen dienen kann. Die Montierung wird eine einmalige Ausgabe von 1600 M. erfordern, und die jährliche Ausgabe der Doppelverwendung 250 M. bedingen. — Mit den Vorarbeiten zur Errichtung eines Müllabladepfleges auf dem Treptower Steindepot wird die Direktion beauftragt. Wegen der erhöhten Aufwendungen an der Reinigung der Gasseplätze der Krosidroschen und Automobillampen wurden Einwendungen nicht erhoben, und die Preisfestsetzung der Abfuhr des Mülls nach Saantwinkel — 4,50 M. pro Fuhr — wurde gutgeheißen.

Der Beigeleiter in der Damask. Die zahlreichen zwischen der Ausstellungleitung und den Ausstellern der Deutschen Armeekorps, Marine- und Kolonialausstellung schwebenden finanziellen Differenzen haben dazu geführt, daß gegen das Vermögen des Generalbevollmächtigten der Ausstellung, Direktor Albert Hüster, ein Arrestantrag und gegen die Kolonialausstellung selbst der Antrag auf Konkursöffnung beim Landgericht I Berlin gestellt worden ist. Ueber den Arrestantrag sollte bereits am Dienstag verhandelt werden; die Zustimmung an Direktor Hüster konnte indessen nicht erfolgen.

Zu dieser Sache schreibt uns die Hausbaugesellschaft: „Wir sind Hauptgläubiger der Ausstellung, sind am schwersten geschädigt und haben daher den Konkurs gegen die Ausstellung beantragt. Die Ausstellung schuldet uns circa 225 000 M., wofür uns Pfandsicherheiten gegeben worden sind, deren Vorhandensein uns trotz mehrmonatlicher Bemühungen nicht nachgewiesen werden. Wir werden noch eine Regreßklage gegen die Ausstellungsmitglieder anstrengen und hoffen auf diese Weise zu unserem Gelde zu kommen. Von einer Aufhebung des Konkurses kann wohl unter diesen Umständen keine Rede sein. Wir bemerken noch, daß wir schon seit Monaten die vereinbarten Ratenzahlungen nicht erhalten haben.“

Ein aufregender Vorfall spielte sich am Montagmorgen um 4 Uhr in der Rosenthalerstraße 11/12 an der Auguststraße ab. Eine Frau S., die schon längere Zeit krank war, versiel in Tobsucht und versuchte im Verfolgungswahn aus dem Fenster des dritten Stockwerks auf die Straße herabzuspringen. Sie war schon aus dem Fenster geklettert, als die Feuerwehr, die man alarmiert hatte, erschien. Brandmeister Hammer ließ sofort ein Sprungnetz unter dem Fenster ziehen, in das die Frau herabsprang. Sie wurde aufsteigend unterlegt aufgefangen und dann mit einem Mannschaftswagen nach der Neuen Charité gebracht. Eine Minute später und die Frau wäre auf das Pflaster gefallen.

Unnötigerweise in Schreden versetzt wurde dieser Tage eine Familie B. durch die Polizei. Am 4. September kam ein Polizeibeamter in die Wohnung der Frau B. in der Carmen Schloßstraße und übergab eine Zustellung folgenden Inhalts: „In Sachen Ihres Vaters werden Ew. Wohlgeboren und Schwester ersucht, sich morgen vormittags 9 Uhr im Leichenschauhause einzufinden.“ Frau B. bekam einen gewaltigen Schreck, hatte doch der Vater am Morgen früh und gesund die Wohnung verlassen, um zur Arbeit zu gehen. Sofort eilte sie nach dem zuständigen Polizeirevier und bat um Aufklärung. Der Beamte erbot sich bereitwillig, nach dem Leichenschauhause zu telefonieren. Er berichtete dem dortigen Beamten, daß die verheiratete Tochter des in Frage stehenden S. auf dem Revier wäre und um Aufklärung bitte, da der Vater noch am selben Tage frisch und gesund zur Arbeit gegangen wäre. Darauf stellte der Beamte ein sehr umfassendes Verhör an; er fragte genau nach den Personalien der Frau B., des Vaters und der verstorbenen Ehefrau desselben. Alle Fragen konnten wahrheitsgemäß bejaht werden. Schließlich wurde Mitteilung gemacht, daß die Leichenschauhausbesindliche, als Vater der Frau B. angesehene Person am 30. August eingeliefert wäre. Durch diese Mitteilung konnte die in Angst versetzte Frau B. endlich aufatmen, denn nun war die Identität ausgeschlossen. Abends zur bestimmten Stunde kehrte der Vater denn auch wohl und munter von der Arbeit heim. Es wäre interessant, zu erfahren, wie es möglich war, daß der Irrtum entstanden ist, der ganz unnötigerweise eine Frau stundenlang in Angst und Schreden versetzte.

Töblich verunglückt ist beim Besteigen eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens der Kaufmann Karl Guttman aus Frankfurt a. O. G. versuchte am Alexanderplatz, Ecke Königsstraße, den in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen 1732 der Linie 40 (Nixdorf—Pankow) zu besteigen. Er glitt jedoch vom Trittbrett ab und fiel so unglücklich auf das Straßenpflaster, daß er besinnungslos liegen blieb. G. wurde nach der Unfallstation 10 in der Alten Schützenstraße gebracht, wo der Verunglückte, der einen Beckenbruch und innere Verletzungen erlitten hatte, die erste Hilfe erhielt. Von dort wurde er nach dem Krankenhaus Friedrichshagen übergeführt, woselbst Guttman am gestrigen Tage den Folgen der erlittenen Verletzungen erlag.

Eine zeitgemäße Revision.

Aus dem Rathause wird gefürchtet: „Den Gemeindebeschluß betreffend die Gewährung von Ruhegeld und Reklamentversorgung für die ohne Pensionsberechtigung dauernd bei der Stadt angestellten Personen, insbesondere also für die städtischen Arbeiter, will der Berliner Magistrat durch eine Kommission einer Durchsicht unterziehen lassen. Dabei soll insbesondere auch geprüft werden, ob und in welcher Weise die kürzlich vorgenommenen Verbesserungen des Beamten-Pensionsgesetzes und des Gesetzes über die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Beamten auf die städtischen Arbeiter ausgedehnt sind. Bekanntlich beträgt nach diesen Gesetzen bei Pensionierungen vom 1. April dieses Jahres ab das Mindestmaß der Pension 2/100 des Gehalts an Stelle von 1/100 nach der bisherigen Regelung; dementsprechend erhöhen sich nun alle Pensionen bis zum zurückgelegten 30. Dienstjahre und die Bezüge der Hinterbliebenen. Nach dem Ausfall dieser Prüfung wird event. der Berliner Magistrat vor der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen.“

Hoffentlich beseitigt der Magistrat bei dieser Gelegenheit verschiedene Härten, die sich beim Uebertritt aus einer Verwaltung in eine andere herausgestellt haben.

In der Spree ertränkt hat sich der Töpfermeister Albert Feturo aus der Adolfsstraße 25. F. war vor längerer Zeit einmal in der Treppenstube in Waldorf interniert und nach seiner Entlassung gab es in seiner Wohnung keine ruhige Stunde mehr. Oft wurden die erregtesten Szenen herbeigeführt. Gestern wurde seine Leiche aus der Spree gelandet. Am Schiffbauerdamm hatte sich der Lebensmüde ins Wasser gestürzt und ertränkt, obwohl Hilfe sofort zur Stelle war.

Der Berliner Freibäderverein hat sich konstituiert und einen Herrn mit langjährigem Namen, Baron von Arnim, zu seinem Vorsitzenden gewählt. Man glaubt durch „gute Beziehungen“ am besten zu wirken. Der Zweck des Vereins besteht in dem Schutz und der Pflege des Freibadwesens im Einklang mit den zuständigen Behörden. Der jährliche Mitgliederbeitrag beträgt 1 M. Die Beiträge werden dazu verwandt, Wohlfahrts-Einrichtungen aller Art soweit als zulässig zu treffen. Die Mitglieder genießen diese Einrichtungen zum Teil gratis, zum Teil zu ermäßigten Preisen. Mitgeteilt wurde in einer am Montag stattgefundenen Versammlung, daß der Landrat von Stubentau als auch der Vorsitzende die Begründung des Vereins mit großer Freude begrüßt hätten, namentlich deswegen, weil in letzter Zeit eine Unzahl von Beschwerden des Freibades wegen eingelaufen seien und der Verein die beste Garantie für die Verhinderung von Ausschreitungen biete. Landrat von Stubentau habe auch nicht die Absicht, wieder Gendarmen an den Strand zu schicken, sondern die Aufrechterhaltung der Ordnung der Strandwache des Vereins zu überlassen. Für November dieses Jahres ist der Vorstand des Freibädervereins vom Landrat zu einer Sitzung eingeladen worden, in der die Grenze des Freibades nach der Anstalt Nikolasssee, nach der anderen Seite und nach dem Walde zu festgelegt werden soll. Die Länge des Freibades wird nach ungefähr 1000 Meter betragen. Der Ortsverein Nikolasssee sei mit dem Verein in Verbindung getreten und habe angeregt, dahin zu wirken, daß ein besserer direkter Weg vom Bahnhof Nikolasssee nach dem Freibad geschaffen und an den Eisenbahnsystem die Witte gerichtet wird, Vabefahrkarten zu ermäßigten Preisen von Berlin nach Nikolasssee einzuführen. Am Strand selbst will der Verein durch eine dünne Kette die Zuschauer von den Badenden trennen. Zum Auslaufen sollen Zelte errichtet werden, die gegen eine geringe Gebühr allen zugänglich gemacht werden. Ferner werden Bedürfnisanstalten und Rettungsbote zur Anschaffung kommen. Die Mitglieder des Freibädervereins sollen als Abzeichen eine schwarzweiche Badehose tragen und die Mitglieder der Strandwache durch besondere Hüben kenntlich sein. Keineswegs sei aber beabsichtigt, durch die Einrichtungen des Vereins irgendeine einen Zwang auf die übrigen Besucher des Freibades zur Benutzung der Vereinseinrichtungen auszuüben.

52 000 Zigaretten gestohlen. Reiche Beute machten in der vergangenen Nacht Eindiebstahl, die den Lagerräumen der Zigarettenfabrik von Nowaki in der Chausseestraße einen Besuch abstatteten. Die Täter verschafften sich dadurch Zutritt zu dem Tator, daß sie an den nach dem Hofe zu gelegenen Fenstern die Schlösser und Riegel aufbrachen. Sie stiegen sodann ein und räumten unter den Zigarettenvorräten gehörig auf. Nicht weniger als 52 000 Zigaretten entwendeten sie und trugen sie nach einem Handwagen, der auf dem Hofe stand. Auch mehrere Juwelen, die sie in den Geschäftsräumen aufgeschübert hatten, eigneten sie sich an. Ohne daß jemand etwas von dem dreifachen Diebstahls bemerkt hätte, zogen die Diebe mit ihrem hochbeladenen Handwagen davon.

Zu dem Bootsunfall auf dem Wannsee, bei dem der Küchenschef Willy Otto und der Bootsdienner Paul Bremer den Tod fanden, wird gemeldet, daß gestern früh auch der leblose Körper des Bootsdienners Bremer an Land geschwemmt wurde.

Zur Besichtigung deutscher Tuberkuloseeinrichtungen trifft am 23. September eine Abordnung des Pariser Gemeinderats in Berlin ein, deren Führung auf Wunsch der Delegation Dr. A. Kahserling Berlin übernimmt. In Aussicht genommen ist der Besuch der Waldschule, der Erholungsstätten, der Fürsorgestellen sowie der Heilstätten Beelitz, Weizig, Malchow und Grabowsee.

Im Luisen-Theater findet am Freitag, den 13. September, die Erstaufführung des Schauspiels „Carmen“ mit Musikeinlagen aus der gleichnamigen Oper statt. Am Sonntag, den 15. September, wird das Schauspiel zum erstenmal wiederholt.

Ein Verbandsbuch mit Marken des Glasarbeiter-Verbandes ist am 7. September verloren gegangen. Der Finder wolle dasselbe abgeben bei Paul Beltsch, Marusstraße 47.

Auf der Provinzialkonferenz am Sonntag, den 1. September, im Gewerkschaftshause ist ein Taschenmesser gefunden worden. Der Besitzer kann dasselbe im Verbandsbureau, Lindenstr. 69, in Empfang nehmen.

Kadrennen zu Steglitz, Montag, 9. September. Das Match Guignard-Robl-Verbis, das über eine Stunde hinter Motorführung am Montagabend als Ersatz für die am Sonntag des Regens wegen ausgefallenen Kadrennen, die nunmehr auf den 8. Oktober verschoben sind, stattfand, gestaltete sich dank der vorzeitigen Belegung zu einem spannenden Schauspiel, das um so fesselnder wirkte, als sowohl Robl wie der junge Belgier Verbis das lange Rennen ohne Schrittmacherwechsel durchstanden. Guignard hingegen mußte mehrfach wechseln. Verbis, der seit kaum einem Jahre als Rennfahrer bekannt ist, startete zum ersten Male in Berlin und er rechtfertigte seinen Ruf als erstklassiger Dauerfahrer vollkommen, denn er fertigte sowohl Robl wie auch den Franzosen Guignard, der noch vor wenigen Wochen den Großen Preis von Berlin gewonnen hatte, in einwandfreier Weise ab. Beim Ablassen lag er an zweiter Stelle hinter Guignard, der gut im Zuge war; doch Verbis rückte zusehends auf und hatte beim achten Kilometer seinen Gegner erreicht, doch wies dieser den Angriff des Belgländers ab. Ein erneuter Vorstoß im 16. Kilometer war erfolglos, nach kurzem Kampf setzte sich Verbis an die Spitze, die er bis zum Schluß behauptete. Mit Guignards Widerstand war es vorbei, seine Führung wechselnd, hatte er im Ru vier Runden verloren. Auch Robl vermochte dem scharfen Zug Verbis nicht zu folgen; bis zum 42. Kilometer hielt er wacker stand, doch dann mußte auch er die Ueberlegenheit des Belgiers, der an ihm vorbeizog, anerkennen. Nun hatte dieser gewonnenes Spiel; des alten Weltmeisters Kraft schien gebrochen. Bis zum Schluß hatte er über vier Runden verloren, Guignard endete mehr als 15 Runden zurück als Letzter. Verbis hatte in der Stunde 84,420 Kilometer zurückgelegt, Robl 82,250 Kilometer, Guignard 76,700 Kilometer. Verbis erzielte wohlverdienten Beifall.

Feuerwehrbericht. Am Sonntag nachmittags um 5 Uhr wurde der 7. Zug nach der Vorkamerstr. 28 alarmiert, wo ein Schuhwarenladen brannte. Die Flammen konnten bald gelöscht werden. Die Ursache des auffallenden Brandes konnte von der Feuerwehr nicht ermittelt werden. In der Nacht zum Dienstag wurde der 7. Zug abermals dorthin gerufen. Der Schuhmacherkolben stand zum zweiten Male in Flammen. Es brannte allerhand Gerümpel. Der Inhaber des Ladens, Schuhmacher Karl Weyer, wurde bewußtlos aufgefunden. Nach erfolgreicher Behandlung mit Sauerstoff kam der Bewußtlose wieder zu sich. Die Entstehung des Brandes wird auf einen Unfall zurückgeführt. Gestern früh um 3 Uhr kam in einem Kinematographentheater in der Büdlerstr. 19 Feuer aus. Es brannten dort Filmrollen und der Inhalt des eisernen Vorkamerdraumes. Es gelang, die Flammen auf das Theater zu beschränken. In der Friedrichsbergerstr. 17 kam nachts in einem Zigarrenladen Feuer aus, das an den Regalen, Zigarren und Kisten, Möbeln, Fenstern, Türen usw. reiche Nahrung fand. Die Feuerwehr mußte längere Zeit tüchtig Wasser geben, um eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern. Ein Küchenbrand beschlagnahmte den 12. Zug in der Potsdamerstr. 79. Schalbeden brannten in der Bernburgerstr. 35, Petroleum in der Stralauer Allee 17b. Ferner hatte die Wehr noch in der Göttestr. 4, Holzmarktstraße 4 und an anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg. Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der neuen Schulartzordnung. Stadtv. Sobel (lib.) hält die Schulartzordnung für unbedenklich, sowohl für die Schüler wie für die Ärzte. Er empfiehlt, einen Schularzt im Hauptamt anzustellen. Stadtv. Dr. Freund tritt

dem letzteren Vorschlage entgegen. Man solle die Schulärzte entlasten, dadurch, daß man denselben zukünftig nicht mehr zwei Schulen, sondern nur eine Schule überweise. Stadtv. Küter (Soz.) weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie schon vor drei Jahren den Antrag gestellt habe, die Schulärzte zu vermehren, aber die Mehrheit sei nicht dafür zu haben gewesen. Trotzdem eine Vermehrung der Schüler eingetreten ist, sei die Zahl der Schulärzte die gleiche geblieben. Redner empfiehlt auch, der Anstellung von Spezialärzten, besonders Zahnärzten, endlich einmal näher zu treten. — Die Schulartzordnung wird darauf einem Ausschuss zur Prüfung überwiesen.

Einem Ausschuss wird sodann auch die Vorlage des Magistrats betreffend die Uebernahme der Unterhaltung der Bürgersteige durch die Stadtgemeinde überwiesen.

Zugestimmt wird dem Antrage des Magistrats: dem Verein zur Förderung der Kunst im kommenden Winterhalbjahre eine Aula nebst Heizung und Beleuchtung zur Veranstaltung von Volksunterhaltungsabenden zur Verfügung zu stellen. Ferner wird ein Betrag bis zu 500 M. zur Deckung für ein sich aus den Veranstaltungen etwa ergebendes Manko unter Festhaltung eines Einheitspreises für den Eintritt von 30 Pf. bewilligt. Ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag, worin an den Magistrat das Ersuchen gerichtet wird, Schülern in den oberen Klassen der Gemeindegemeinschaften und bedürftigen Schülern der höheren Schulen Freibillets zu den Aufführungen zu gewähren, wird angenommen.

Mit der Amtsniederlegung des unbeforderten Stadtrats Gremler erklärte sich die Versammlung einverstanden, die Vorbereitungen der Neuwahl werden einem Ausschuss überwiesen.

Ohne Debatte angenommen wird der Magistratsantrag; an die Schöneberger Rettungswache einen außerordentlichen Beitrag von 3000 M. zu zahlen und eine gemischte Deputation einzusetzen zur Regelung des Rettungswesens in Schöneberg nach dem 1. April 1908.

Von der Aufnahme eines Darlehens aus der städtischen Sparkasse im Betrage von 6 253 600 M. wird Kenntnis genommen. Zu der in Eisenach stattfindenden Jahresversammlung des Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit wird je ein Mitglied des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung entsandt.

Ein Antrag der Liberalen verlangt die Einrichtung einer gemeinsamen, kommunalen Rechtsanwaltsstelle. Stadtv. Dr. Bahberg (lib.) weist in seiner Begründung auf die gute Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeitersekretariate hin, die seiner Meinung nach aber nicht ausreichen. Man müsse auch den nicht zur Arbeiterklasse gehörenden Bevölkerungsschichten Rechnung tragen. Auch der Vertreter des Magistrats spricht sich in längerer Ausführung für eine derartige Rechtsanwaltsstelle aus, um hauptsächlich dem Winkelkonsulententum entgegenzutreten. Von sozialdemokratischer Seite wird erklärt, daß man sich von dem Antrage nicht viel verspreche, wenn nicht auch Schriftsätze in der Anwaltsstelle angefertigt werden. Für die Arbeiterklasse wird nach wie vor die Vermutung der gewerkschaftlichen Arbeitersekretariate am vorteilhaftesten sein. — Der Antrag wird einem Ausschuss überwiesen.

Ein weiterer Antrag der Liberalen verlangt die Schaffung einer städtischen Anwaltsstelle für alle privaten und öffentlichen Wohlfahrts-Einrichtungen Schönebergs. Nach der Begründung des Antrages wird von Seiten des Magistrats erklärt, daß sich derselbe bereits mit einem derartigen Antrage beschäftigt habe, eine entsprechende Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung in kürzester Zeit zugehen.

Am nächsten Montag soll eine gemeinsame Besichtigung der Rieselfelder durch den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung vorgenommen werden.

Lichtenberg.

Geldschrankräuber haben in der Nacht zum Dienstag dem Bureau der Ortskrankenkasse in Lichtenberg einen Besuch abgestattet, ohne indes ihren Zweck zu erreichen. In die im Parterre des Hauses Frankfurter Chaussee 158 belegenen Kassenräume drangen die Spitzbuben ein, indem sie von dem eine halbe Treppe höher belegenen, vom Treppenaufgang zugänglichen Kofferraum aus ein etwa 1/2 Meter im Umfange großes Loch in das Mauerwerk schlugen und sich dann in die Räume herabließen. Der Geldschrank aber, dessen Tür die Diebe durch zu zertrümmern gesucht haben, widerstand den Anstrengungen. Der Inhalt des Schanks, etwa 4000 M., blieb daher unberührt. Die Diebe müssen in der Arbeit gestört worden sein, denn nahe dem Erfolge haben sie die Räume durch ein Hoffenster verlassen.

Friedrichshagen.

Der Selbstmord eines Liebespaares. Gestern wurden Nachforschungen nach dem Verbleib des 23jährigen Karl Röhling aus Berlin und der 19jährigen Hofferer angestellt, die seit einigen Tagen verschwunden sind. Aus hinterlassenen Briefen der beiden geht hervor, daß sie die Absicht hatten, sich im Ruggelsee zu ertränken. Die Leichen des Liebespaares sind bisher noch nicht gefunden worden.

Weißensee.

Im Hausbesitzerverein irrt es, im Mieterverein nicht minder. Die letzte Versammlung der Hausbesitzer verlief sehr stürmisch, weil die von ihnen auswählten Gemeindevetreter für ein Ortsstatut gestimmt haben, nach dem die Hausbesitzer einen Teil der Straßenpflasterungskosten zu tragen haben. Aus moralischen Gründen sollen die Herren ihre Ämter niederlegen, führte ein Redner unter großer Beifall aus. Aber dazu scheinen die Herren gar keine Lust zu haben, denn sie verteidigten ihren Standpunkt damit, andere könnten es auch nicht besser machen. — Der Vorsitzende des Mietervereins hat seinen Posten demonstrativ niedergelegt, weil er eine Frage aus dem Fragelasten des Vereins verschwinden ließ. Wie aus einer Notiz des Ortsblattes zu ersehen war, lautete die Frage: „Ist dem Vorstand bekannt, daß bei einem Mitgliede des Vorstandes die Steuern unentrichtbar sind?“ Diese Frage bezog der Vorsitzende auf sich und quittierte seinen Posten.

Das Evangelium der Handelsgesellschaften lautet das Thema, über das Genosse Udo in einer am Donnerstag abend 9 Uhr nach dem Prälatur, Ledderstr. 122, Ecke Königs-Chaussee, einberufenen öffentlichen Versammlung referieren wird. Der Einberufer ersucht alle im Handelsgewerbe tätigen Angestellten zu erscheinen. Die Arbeiterschaft wird besonders ermahnt, ihre im Handelsgewerbe tätigen Angehörigen auf obige Versammlung hinzuweisen.

Nieder-Schönhaußen.

Wieder ist ein langjähriges Mitglied unseres Wahlvereins, der Genosse Karl Weber, gestorben. Weber, der Maurer von Beruf war, hat nur ein Alter von 35 Jahren erreicht. Tätig und rührig wirkte er schon vor Jahren am Orte für die Ideen des Sozialismus, als die Bewegung in Niederschönhaußen noch auf schwachen Füßen stand. Jetzt hat am Sonnabendvormittag die Diphtheritis seinem Leben ein allzu frühes Ende gemacht. Wir aber werden den wackeren Genossen, an dessen Wahre die Frau und fünf kleine Kinder trauern, nicht vergessen. — Die Beerdigung findet heute, nachmittags 5 Uhr, auf dem Friedhof in der Buchholzerstraße statt.

Spandau.

Eine gut besuchte Generalversammlung des Wahlvereins nahm am letzten Freitag im Lokal von Köpnick in der Hauptsache den Bericht von der Kreis-Generalsversammlung und der Provinzialkonferenz entgegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Genossen Franz West und Hermann Hausburg durch Erheben von den Plätzen. Genosse Grögerchen erstattete hierauf den Bericht von der Kreis-Generalsversammlung. Er teilte mit, daß die Spandauer Genossen in Henningsdorf in schlechtes Licht gekommen seien, weil von den im Wahlverein organisierten 1100 Mitgliedern nur 600 ihre Beiträge entrichtet hätten. Des weiteren

beschäftigte sich Redner mit dem Punkt Presse und dem von Spandau gestellten Antrage. Er gab der allseitigen Zufriedenheit darüber Ausdruck, daß endlich die Kreisgeneralversammlung die Wünsche der Spandauer anerkannt und den Spandauer Antrag einstimmig angenommen habe. Bedauerlich sei, daß sich gerade seitens der „Brandenburger Zeitung“ eine Gegenströmung geltend mache. Hier scheint man zu sehr von Rücksichten auf das Geschäft geleitet zu werden. Hauptsache sei, daß die Organisation ausgebaut werde, dann dürfte Spandau auch seinem Ziele näher kommen. Genosse Schuster bemängelte, daß die Angelegenheit Reibholz auf der Kreisgeneralversammlung nicht zur Sprache gekommen ist; es sei an der Zeit, einen solchen Schwindler loszuwerden. Zu einem von ihm gestellten Antrage, Reibholz aus der Partei auszuschließen, bemerkte Genosse Piefer, daß der Antrag überflüssig sei, da das Ausschlußverfahren bereits im Gange sei. Im übrigen zeigte Redner, daß man keineswegs unversucht gelassen habe, den Machinationen Reibholz' entgegenzutreten. Es sei jedoch von einer öffentlichen Kennzeichnung bisher aus besondern Umständen abgesehen worden. Nunmehr liege der Veröffentlichung nichts mehr im Wege, weshalb der Vorstand eine konsequente Durchführung seines Beschlusses verlange. Hierauf gab Genosse Piefer den Bericht von der Provinzialkonferenz. Er stellte fest, daß der Kreis Brandenburg-Westhavelland trotz eigener Presse dem Kreise Osthavelland nur ein klein wenig voraus sei. Den auf der Konferenz erweckten Glauben, als sei in Bezug auf Agitation für die Presse nicht genügend geschehen, müsse er entschieden zurückweisen. Im übrigen sei den Genossen zu empfehlen, die Spandauer Verhältnisse etwas mehr in Betracht zu ziehen. Er hoffe, daß wenn der Antrag nächstes Jahr erneut gestellt werde, er dann angenommen wird, zumal sich diesmal schon eine starke Minorität für denselben erklärt habe. Genosse Piefer gab hierauf noch den Bericht von dem Referat Stadthagen über das Gesinderecht in Preußen und forderte die Genossen auf, gerade dem heute noch vollständig rechtlosen Gesinde helfend zur Seite zu stehen. Der Vorstand habe Schritte zum Schutze der Rechtlosen unternommen; Pflicht aller Genossen sei es, ihn in diesem Bestreben zu unterstützen. In der Diskussion wies Genosse Böhle speziell auf die intensive Art hin, in welcher der Spandauer Schleiffen das Verbummungsweck an der Arbeiterschaft zu treiben luche. Ohne eigenes Organ sei es unmöglich, in die verirrten und dunklen Köpfe der Staatsarbeiter hineinzuleuchten. Mehrere Redner wünschten die Anstellung eines Parteisekretärs in Spandau auf Kosten des Kreises. Genosse Piefer betonte, daß diese Frage in nächster Zeit beraten würde. Zuletzt nahm die Versammlung Stellung zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Als Kandidaten wurden die Genossen Böhle, Hornig, Piefer, Piefer, Göze und Veiler, die beiden letzteren als Hausbesitzerkandidaten, nominiert. Es fehlt, da der gleichfalls als Hausbesitzerkandidat vorgeschlagene Genosse Falster ablehnte, noch ein Solcher. In die Wahlkommission wurden die Genossen Reichard, Grögerchen, Köppen, Schneeweis und Eior gewählt. Der Rest der Tagesordnung mußte infolge der vorgeschrittenen Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt werden.

Im Anschluß an diesen Bericht teilen wir mit, daß der Vorstand des Wahlvereins vor einiger Zeit eine Warnung vor Reibholz zugehen ließ, deren Veröffentlichung aus besondern Gründen vorläufig unterblieb. Jetzt aber liegt kein Grund mehr vor, mit derselben zurückzuhalten; sie lautet:

Warnung! Wegen den Jahntechniker Max Reibholz, früher in Spandau, jetzt in Berlin, Grüner Weg 104 wohnhaft, ist der Ausschluß aus der Partei wegen fortgesetzter Schwindeleien beantragt. Wir geben dies bekannt, um weitere Genossen vor Schaden zu bewahren.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins für Spandau.

Vermischtes.

Der Prozeß Niederhoser, über dessen Vorgeschichte wir mehrfach berichteten, wird am Montag, 23. d. M., vor dem Münchener Schwurgericht seinen Anfang nehmen. Es sind im ganzen 300 Zeugen geladen, und zwar die meisten von der Staatsanwaltschaft, da Niederhoser beharrlich leugnet. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Heib II, den Angeklagten Rechtsanwalt Kleinberger. Der Prozeß wird voraussichtlich acht Tage dauern.

Opfer der Berge. Zwei Knaben namens Deßmann aus Düsseldorf sind nach einer Meldung aus Bern an der Erjegg (Hochalpe), 9 Kilometer nordöstlich von Weiringen, am letzten Sonntag wahrscheinlich beim Edelweissuchen zu Tode gestirbt.

Ein junger Deutscher namens Dentelle, 21 Jahre alt, stürzte bei Zürich ab und wurde mit zerstückeltem Schädel tot aufgefunden.

Typhus, Cholera und Pest.

Typhus herrscht, wie wir bereits in einem Teil der gestrigen Ausgabe meldeten, in der Jägerkaserne zu Wlidaß (Kigier). Dem Vernehmen nach sind bisher bereits 18 Erkrankungen und sechs Todesfälle vorgekommen.

In Wischni Nowgorod in Rußland sind 12 neue Cholerafälle und in Jarostaw sieben Cholerafälle festgestellt worden.

Auf der Insel Mauritius wurden Londoner Meldung zufolge fünf Pestfälle festgestellt, von denen vier tödlich verliefen.

Eine Feuersbrunst gerührte nach einer Meldung aus Paris in Gap in der vergangenen Nacht einen ganzen Teil der Kaserne des 17. Infanterieregiments, das sich zurzeit im Manöver befindet. In der Ortschaft Courdemagne brannten einer Meldung aus Nancy zufolge mehrere Wohnhäuser nieder. Drei Personen wurden unter einer einstürzenden Mauer verdrückt. Zwei blieben tot, der dritte wurde lebensgefährlich verletzt. Der Materialschaden beträgt 150 000 Fr.

Einfuhr eines Betonbauers. Die die „Kölnische Volkszeitung“ aus Ralmehy meldet, stürzte in der Steinbachischen Papierfabrik ein Betonbau ein. Acht Arbeiter wurden dabei lebensgefährlich verletzt.

Wieder ein Eisenbahnzusammenstoß. Bei dem Bahnhof Campo Marino hat ein Zusammenstoß zwischen einem Güterzug und einem Personenzug stattgefunden; zwölf Wagen wurden zertrümmert, sieben Personen wurden verletzt, darunter eine Schwere.

Furchbarer Sturm herrscht, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, im Ägäischen Meere. Es werden zahlreiche Schiffsunfälle gemeldet.

Witterungsübersicht vom 10. September 1907.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Stinems	773.5		1 bedekt	13	Saparanda	755.5		2 bedekt	10		
Damburg	773.3		2 wolkt	11	Betersburg	764.5		2 bedekt	11		
Berlin	773.2		2 bedekt	12	Scilly	767.0		5 wolkt	15		
Frankfurt	770.0		4 heiter	13	Aberdeen	769.5		1 wolkt	12		
Hannover	769.0		4 bedekt	14	Paris	760.0		2 wolkt	11		
Wien	771.0		1 wolkt	13							

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 11. September 1907. Troden und ziemlich heiter, nachts etwas kälter, am Tage mild bei schwachen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 11. September. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Lucia von Lammermoor.
Kgl. Schauspielhaus. Klein Doris. Zerstört. Das Wintermärchen.
Rammerstraße: Reihlings Erwaschen. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Die tanzenen Männchen. Leiffing. Die Söhne der Gesellschaft.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Schmutzler.
Schiller Charlottenburg. Perichons Reise.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Die Nibelungen.
Neues Schauspielhaus. Das Glas Wasser.
Neues. Der Dieb.
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Wesien. Die lustige Witwe. Volkstheater. Hufarenfieber.
Zentral. Dreyfus in der Unterwelt.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Neubenz. Haben Sie nicht zu verzollen?
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Thalia. Der Sechshundert. Puffen. Gebildete Menschen.
Bernhard Hofe. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.
Theater an der Spree. Der Affenbubler.
Metropol. Geschlossen.
Wahalla. Spezialitäten.
Wahalla. Spezialitäten.
Hebr. Herrnsfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachtleben.
Wahlag. Dana Hansen. Spezialitäten.
Wintergarten. Anne Dancrey.
Wahlag. Spezialitäten.
Prater. Der Tanzteufel.
Kasino. Die lustige Witwe.
Herschbalken. Stettiner Sänger.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Urania. Zaubertränke 18/19.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtskönige.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die tanzenen Männchen.
Donnerst.: Die tanzenen Männchen.
Freitag: Richard III.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Dieb.
Donnerstag: Der Dieb.
Freitag: Ueber den Wassern.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein idealer Gatte.
Donnerstag zum 55. Male: Vater und Sohn.
Freitag: Die Stimme der Unschuldigen.
Sonnenabend: Vater und Sohn.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: Frühlingsluft.
Friedrich-Schauspielhaus
Anfang 8 Uhr.
Die Nibelungen.
Donnerstag: Winterschlaf.
Freitag: Die Nibelungen.
Sonnenabend: Die Nibelungen.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Hufarenfieber.
Zentral-Theater.
Abends 8 Uhr:
Dreyfus in der Unterwelt.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Anfang 8 Uhr.
Gebildete Menschen.
Donnerst.: Die beiden Reichenmüller.
Freitag zum ersten Male: Carmen.
Schauspiel mit Gesang.
Sonnenabend: Turandot.
Sonntag nachmittag: Turandot.
Abends: Carmen.
Montag: Die beiden Reichenmüller.

Passage-Theater.
Lona Nansen.
14 erstklassige Nummern.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtskönige.
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.
Tägl. geöffnet von 7 1/2-11 U. abds.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachm. 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Theater an der Spree
Königsplatz 68.
Abends 8 Uhr:
Der Affenbubler.
Bilder aus dem Volksleben m. Gesang von D. Kallisch.
(Josefine Dora, Helms Gochen, Marie Grimm-Ginöndhofer.)

Rixdorfer Theater
Direktion: Julius Carl Bergstraße 147.
Beginn der Saison am 18. Sept. 07.
Eröffnungs-Vorstellung: Emilia Galotti
von G. E. Lessing.

Metropol-Theater
Heute Mittwoch, den 11., bis inkl. Freitag, den 13. September wegen Vorbereitung zu der neuen Revue **Geschlossen.**
Sonnenabend, 14. September 1907: Zum 1. Male:

Das muß man sehen!
Große humoristisch-satirische Jahres-Revue in 4 Akten und 15 Tableaux von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Apollo Theater
9 1/2 Uhr: Täglich: 9 1/2 Uhr:
Berlins größte Sensation:
Sylvester Schäffer jr.,
der berühmte Universal-Künstler.
Vorher, ab 8 Uhr: Das große Spezialitäten-Programm.

WINTERGARTEN
Anne Dancrey, Pariser Säng.
The 8 English Girls.
Gesangs- und Tanztruppe.
Die 4 Barowskys, Akrobaten.
„Die Bausamungen im Walde“.
Le Roy Talma u. Bosco,
Zauberkünstler.
Agost, komischer Jongleur.
George B. Reno Company,
amerikanische Exzentriks.
Annie Dirkens.
Olga Proobrajensky, Prima Ballerina, u. M. Legat, Solotänzer v. d. kais. Hofoper in Petersburg.
Papants, amerikan. Phantasie- und Spiegeltänzerin.
Kellino Truppe, „In Venedig“.
The Hartleys, Springer. Der Biograph.

Palast-Theater.
Burgstraße 24.
Heute 1/8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende Programm.
Unter anderem:
Das schwimmende Theater.
Das Tölkje vom Tölkje.
The 5 Marnos
erstklassige Akrobaten.
The Newport
Erzentricks
und 8 erstklassige Nummern.
Vorverkauf von 11-1 Uhr.

Gebr. Herrnsfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf 11-2 Uhr.
Madame Wig-Wag
Operette von Anton und Donat Herrnsfeld. Musik von E. Stal.
Es lebe das Nachtleben!
Separat-Affäre mit den Autoren Anton u. Donat Herrnsfeld in dem Hauptrollen.
Sonntag 3 Uhr
bei halben Preisen:
Ein verrücktes Hotel
und
Sahisch geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnsfeld.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Schmutzler.
Komödie in 4 Akten v. Victor Dinter.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ein Fallissement.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein Fallissement.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Perichons Reise.
Schwank in 4 Akten, von Eugene Labig und Edouard Martin.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Perichons Reise.
Freitag, abends 8 Uhr:
Götz von Berlichingen.

Buggenhagen Moritzplatz.
Inhaber Albert Böhme.
Sonnenabend: Eröffnung der Winter-Saison.
Täglich: Die 7 Schwaben. Moderne Volkslieder.
Allabendlich: Sherlock Holmes von Trounström mit dem urkomischen Bendix als Sherlock Holmes. 5967L.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 4 u. 8 Uhr. Entree 50 Pf. Familienbillets 5 Stck. 2 M.
Im unt. Konzertsaal tägl. Gr. Militär-Konzerte, Przywarski, Becker, Götsch, Offenay, Neumann, Lütlich usw.

Residenz-Theater.

8 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwank in 3 Akten von Maurice Hennequin und Pierre Veber.
Robert de Triebeln: Mich. Alexander.
Sonntag, den 15. September, nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitssnacht.

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 182.
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:
Das glänzende Septembere-Programm
Sperrig 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Ditt. Baumstr. 16.
Wegen Renovierung geschlossen!
Sonnenabend, 14. Sept.: Eröffnung der Winter-Saison: Gr. Exzentriker-Bericht.
Die Jüdin von Toledo.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Rauch d. Boxen! Eröffnungs-Festball.

Walhalla Varieté-Theater
Weidenbergsweg 12/13, Hohenl. Kor.
Anfang 8 Uhr.
Das originale Sept.-Programm.
Auto Atlas, der Athlet hebt ein Automobil mit den Zähnen.
Tunnel: Konzert f. Theaterbes. frei.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Tanzteufel.
Kuhgarden:
Spezialitäten 1. Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Kasino-Theater.
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Die wilde Jagd.
Lustspiel in 4 Akten v. Victor Dinter.
Vorher d. glänz. Eröffnungs- Progr.
Sonntag 4 Uhr: Heirat auf Probe.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönd. Allee 148, Kastan.-Allee 97/99.
Neuestes Volkstheater Berlins.
Heute: **Letzter Elite-Tag.**
Konzert, Theater, Spezialitäten u. a.: **Karl Braun** 45 Jahre Verwundungen, Beinbrüche, Deklam., Franzosen usw. — Dazu um 8 Uhr: **Esse aus den Amorösen.**
Vollständ. in 3 Akten von H. Schöler.
Am Nielsenplatz: **Großer Ball.**
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Am Sonnenabend: Abgibt-Vorstell. für Karl Braun.

Trianon-Theater.
Fräulein Josette — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntags, Montags, Donnerstags:
Hoffmanns Nordlied-Sänger u. Tanzkränzchen.
Morgen:
Große Elite-Soiree. Tanz. Sonnt. ab 8, wochent. 8 1/2.
Abd. Dienstag u. Freitag: Gastsp. der Berliner Volksbühne. Volkstümlich. Preise.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton als Kute im Familienbad Wannsee.
Anf. Bochent. 8. Sonntags 7 Uhr.

Ehrentätigung!
Bedauere sehr, die Beleidigung gegen die Kollegen D. Volkmering, B. Neumann und Effen gelassen zu haben, ich lege hiermit öffentliche Abbitte. 181/2
Köpenick, den 6. September 1907.
Kotiser, Steinscher.
Ehrentätigung!
Bedauere sehr den lässlichen Angriff und die Beleidigung gegen den Kollegen Albert Neumann, ich lege hiermit öffentliche Abbitte. 181/3
Berlin, den 20. August 1907.
Karl Art, Steinscher.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Steyppdecken
billigt direkt in der Fabrik.
72. Wallstr. 72.
Es auch alle Steyppdecken aufgearbeitet werden. **Bernhard Strohmundel,** Berlin S 14. Muster-Katalog gratis.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 8. September, verstarb unser Mitglied, der Werkmeister **Theodor Nerzmann** Brunnenstr. 154.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwochnachmitt. 3 1/2 Uhr, von der Halle des Elisabeth-Friedhofes in der Ringel-Allee aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Am Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber, unvergesslicher Kollege und Meister **Theodor Neumann** im 40. Lebensjahre. 28306
Wir werden sein kühnen Geist in Ehren halten.
Das gesamte Personal der Firma **Max Wolff.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Ober-Schöneweide.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 8. September, verstarb nach langer Krankheit unser Mitglied, der Bootsbauer **Gustav Carl.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Gemeinde-Friedhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 222/10

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Verwaltungsstelle **Ober-Schöneweide.**
Am Sonntag, den 8. d. M., verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, der Bootsbauer **Gustav Carl.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 12. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Gemeinde-Friedhofes aus. 253/15
Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Jahrestelle **Ober-Schöneweide.**
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag, den 8. d. M., nach langem Leiden unser Kollege, der Bootsbauer **Gustav Carl** verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 12. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Gemeinde-Friedhofes aus.
Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.** 04/0

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Karl Rebs** am Sonntag, den 8. d. M. nach schwerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Philipp-Kapitel-Friedhofes aus nach dem hiesigen Friedhof, Röllersstraße, Ecke der Seelstraße statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die überaus reichen Blumenpenden bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes und herzensguten Vaters, Sohnes, Bruders und Schwagers sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere seinen Freunden und der Familie für Eritrudenerwartung meinen innigsten Dank. 28408
Ewe. **Anna Fengler,** Kronprinzenstr. 25.
Dankjagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Frau sage ich den Kolleginnen und Kollegen der K. O. G., Adersstraße 1, und den vielen Bekannten für die rege Beteiligung und schönen Kranzpenden meinen tiefgefühltesten Dank. 28456
Groth, Wilhelmshafenstraße 14.

Zum bevorstehenden Parteitag empfehlen wir: Parteitags-Protokolle

- der früheren Parteitage, die ein reiches Material zur Geschichte der Partei, ihrer Kämpfe, ihrer Grundzüge, ihrer Taktik bieten. Nachstehend heben wir die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung in summarischer Inhaltsangabe hervor: 294/6*
- 1890. Reorganisationsfrage; Programmrede Liebknechts; Stellung zu Streiks und Boykotts; Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“. R. — 50
 - 1891. Festlegung des Programms; Programmunterschiede; Ausschluß der „Unabhängigen“; Taktik der Partei. R. — 50
 - 1892. Vergriffen. R. — 40
 - 1893. Gemeinlichkeitsbewegung; Antikemalismus; Wahlrecht und Beteiligung an preussischen Landtagswahlen. R. — 40
 - 1894. Budgetberufungsfrage in den Landtagen; Agrarfrage; Trunks, Ringe und Kartelle. R. — 25
 - 1895. Agrarprogramm; Hausindustrie. R. — 30, geb. R. — 50
 - 1896. Arbeiterschutz, Frauenagitation, Proportionalwahl-system. R. — 30
 - 1897. Preussische Landtagswahlen; Militarismus. Vorführt R. — 35
 - 1898. Koalitionsrecht; Bergarbeiterschutz; Preussische Landtagswahlen; Zoll- und Handelspolitik. Vorführt R. — 35, gebunden R. — 60
 - 1899. Bernstein-Debatte. Die Jahreshausvorlage. R. — 50
 - 1900. Weltpolitik; Berg- und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Anhang: Bericht über die Frauenkonferenz. Vorführt R. — 50
 - 1901. Zolltarif und Handelsverträge; die Wohnungsfrage. R. — 30
 - 1902. Arbeiterschutz; Kommunalpolitik; Frauenkonferenz. R. — 30
 - 1903. Taktik der Partei; der Internationale Kongress in Amsterdam 1904. R. — 75
 - 1904. Reiseleiter; Vinsener Kongress; Organisationsfrage; Fall Schippel; dritte Frauenkonferenz. Vorführt R. — 70, geb. R. 1,—
 - 1905. Parteiorganisation; der politische Massenstreik. R. — 70
 - 1906. Der politische Massenstreik; Sozialdemokratie und Volksverziehung; Streikrecht, Strafvolzug, Strafprozeß. Vorführt R. 1,—, lat. R. 1,25, geb. R. 1,50

Expedition des Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Riesenauswahl sehr billige Preise. Besichtigung ohne Kaufzwang.

MÖBEL

nach auf

TEILZAHLUNG.

A. Schatz sen. gegründet 1866. **Brunnenstr. 160** Eingang Anklamerstr.

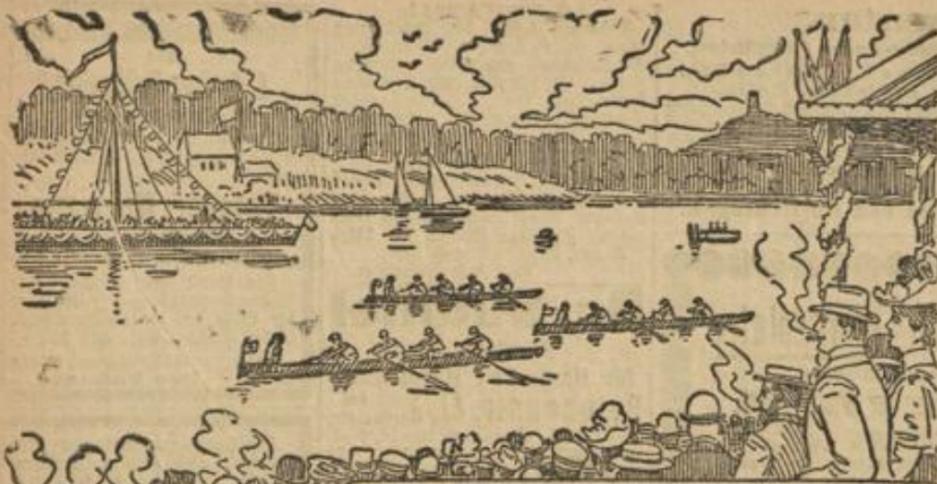
5690L*

Phänomenen-

Nach **Egyptischer Art** hergestellt. **Zigaretten** feinste Handarbeit.



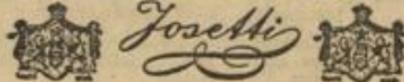
Zigarettenfabrik „NAMKORI“



Drei Dinge sind nötig zur Herstellung bester Cigaretten:

1. Umfassendes Verständnis der Fabrikation.
2. Allerbeste Rohmaterialien.
3. Technisch vollkommenste Fabrikeinrichtung.

Dafür zu sorgen ist unsere Sache. Eins nur ist nötig zum Einkauf bester Cigaretten: darauf zu achten, dass die Cigaretten die Marke



tragen.

Dafür zu sorgen ist Ihre Sache. Diese vier Faktoren gewährleisten Ihnen den Einkauf denkbar bester Cigaretten.

Die Marke *Josetti* ist die Garantie.

Dass wir die besten Cigaretten fabrizieren, können Sie selbst feststellen bei einem Versuch mit irgend einer Sorte deren Vorzüglichkeit durch die Marke *Josetti* garantiert ist.

Josetti Juno 10 St. 20 Pf.
Josetti Vera 10 St. 30 Pf.

Wie kann auch nur ein vernünftiger

Mensch immer noch gebrannte Gerste und offenen Malzkaffee kaufen, oft verunreinigt und staubig, wenn man für 10 Pfennig schon

ein Paket Kathreiner

erhalten kann. „Kathreiner“ wird nicht lose ausgewogen verkauft, sondern nur in Paketen. Man achte darauf, daß jedes Paket den Namen „Kathreiner“ trägt.

64/8

66171*

Gardinen-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158
Riesen-Auswahl!

Gardinen, Portieren, Stores, Vitragen, Tüll-Bettdecken etc.
Einzelne Fenster spottbillig!
Pracht-Katalog mit ca. 600 Abbildungen gratis und franko.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Oranienburger Strasse 4, I.

Restaurant „Hungrierer Wolf“ Strausberg II.
Gerrlich an Wald und Wasser gelegen. — Tanzsaal, Regalbahn, Kaffeeküche.
Es ladet die geehrten Kutschknechte, Vereine und Radfahrer ergebenst ein
6635*

Möbel

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.
Einzelne Möbel.

Entgegenkommende Zahlungsweise.

„ALLE TAGE ANDERS“

direkt am Nettelbeck-Platz 6637L*
Pank-, Gericht- und Reinickendorfer-Straßen-Ecke.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.

Vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.

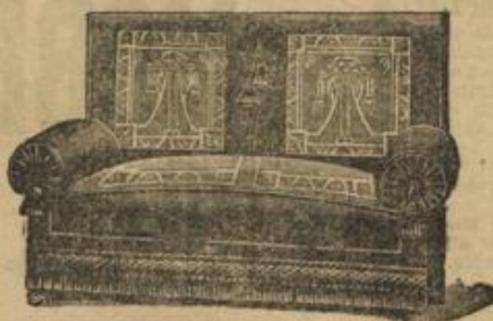
BERLIN, An der Jannowitz-Brücke 3-4.

Deutschlands größtes Möbelkaufhaus für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen.

Verlangen Sie unser großes Musterbuch D, mit über 1000 Abbildungen frei und umsonst.

Moderne Wohnzimmer-Einrichtung.

No. 7.	1 Diwan	95,— M.
"	8. 1 Kleiderschrank	85,— "
"	9. Sofatisch	27,— "
"	10. 4 Stühle & 7 M.	28,— "
"	11. 1 Vertiko	90,— "
"	12. 1 Spiegel	36,— "
"	13. 1 Spiegelspind	36,— "
		397,— M.



No. 7. Diwan mit Satteltaschen in schönen modernen Mustern, mit gutem Wollplüsch eingefasst, Sitz zum Herausziehen, ohne Rollen, 95,— M. 115 cm hoch, 189 cm lang, 81 cm tief.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.
BERLIN, Jannowitzbrücke.



No. 8. Kleiderschrank, echt Nußbaum mit Hutboden und Messingstange u. reich mod. Schnitzerei, 85,— M. 120 cm breit, 230 cm hoch, 60 cm tief.



No. 9. Sofatisch, halbecht Nußbaum 27,— Mark, Blattmaß 115 x 77 cm, 77 cm hoch.



No. 10. Stuhl, halbecht Nußbaum, 7,— M.



No. 11. Vertiko, echt Nußb. mit Facettenspiegel u. reich mod. Schnitzerei, 90,— M. 98 cm br., 206 cm h., 47 cm t.



No. 12. Spiegel, echt Nußbaum, Glasmaß 115 x 47 cm, 36,— M. 161 cm hoch, 73 cm breit.
No. 13. Spiegelspind, echt Nußbaum, reich geschnitzt, 36,— M. 80 cm h., 86 cm br., 46 cm tief.